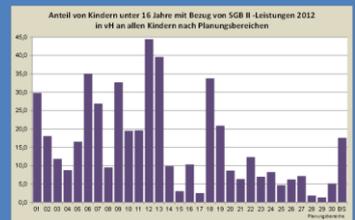
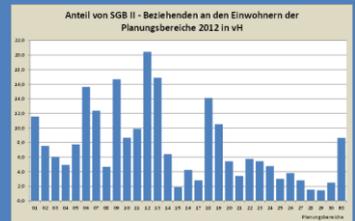
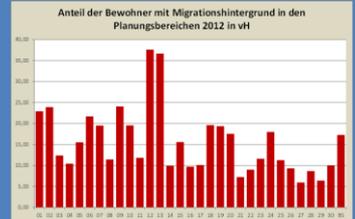
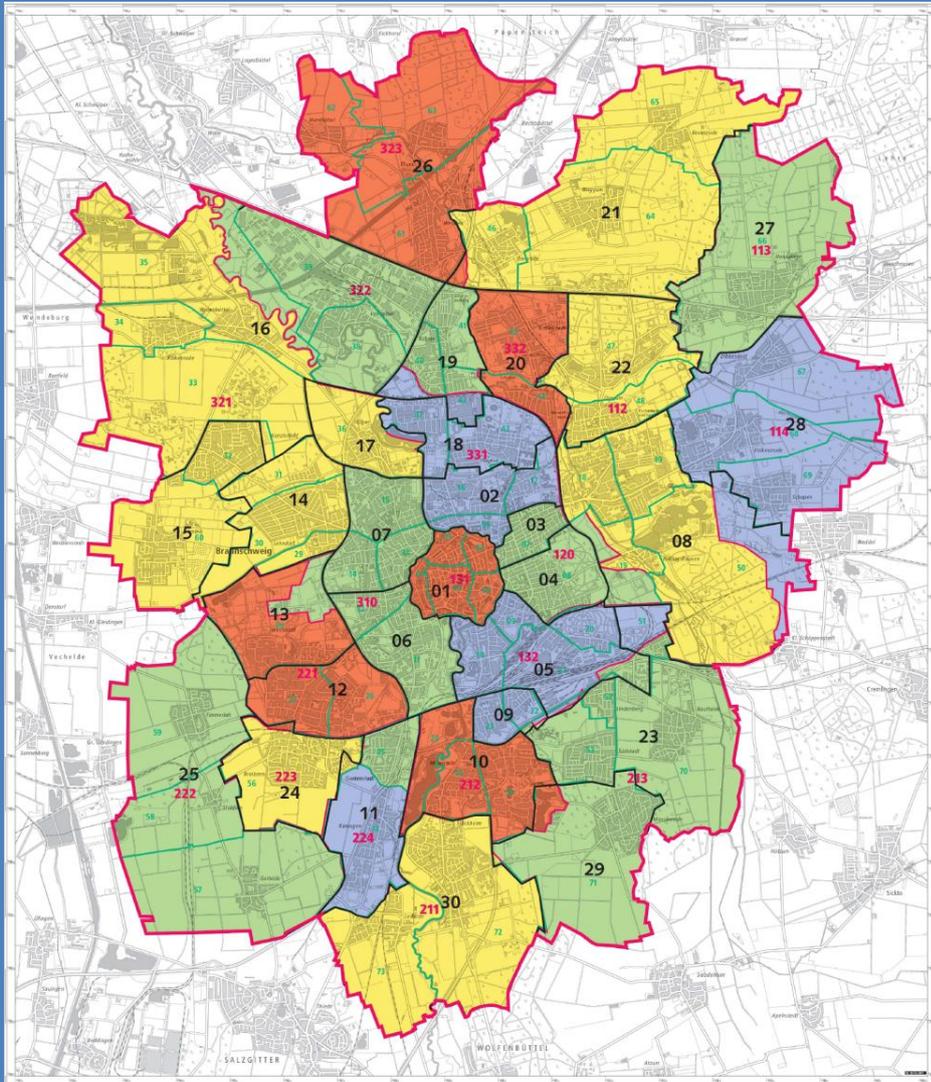


Sozialatlas Stadtteilprofile 2013



Bearbeiter: Hartmut Dybowski
Berechnungen, Text und Darstellung: Stadt Braunschweig – 0500 Sozialreferat –
Daten: Stadt Braunschweig – 0120 Referat für Stadtentwicklung -
Soweit nicht anders vermerkt beziehen sich die Angaben auf den Stichtag 31.12.2012

Gliederung

Stadtteilprofile

Indikatoren für die Entwicklung der Braunschweiger Stadtteile

Erläuterungen zu den Indikatoren

Einwohnerzahl und Altersgliederung

„Migrationshintergrund“

Arbeitslosigkeit

SGB II-Bezug

SGB II-Bezug bei Kindern

Entwicklungen

Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Arbeitslosigkeit und SGB II-Bezug

SGB II-Bezug von Kindern

Merkmale 2012 nach Planungsbereichen

Einwohnerinnen und Einwohner mit Hauptwohnsitz

Einwohner mit Migrationshintergrund

Arbeitslosigkeit

SGB II-Bezug

Kinder mit SGB-II-Bezug

Entwicklung der Indikatoren in den Planungsbereichen

Indikatoren und mögliche Segregationstendenzen

Segregationstendenzen Indikator „Einwohner mit Migrationshintergrund“

Segregationstendenzen Indikator „Arbeitslosigkeit“

Segregationstendenzen Indikator „Bezug von Leistungen nach dem SGB II“

Segregationstendenzen Indikator SGB II-Bezug bei Kindern unter 6 Jahren

Zusammengefasst

Anhang: Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende

Anhang: Überschneidung der Rechtskreise SGB II und SGB III

Anhang: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung

Stadtteilprofile

Indikatoren für die Entwicklung der Braunschweiger Stadtteile

In seiner Sitzung am 30.05.2013 beschloss der Rat der Stadt Braunschweig auf Antrag: „Das im Haushaltsplan vorhandene Produkt Sozialatlas soll inhaltlich ausgestaltet werden. Dazu ist in einem ersten Schritt die Erfassung und Veröffentlichung von Daten über die sozialräumliche Verteilung von einkommensschwachen Haushalten in der Stadt Braunschweig umzusetzen.“

In der Vorberatung des Antrags hatte die Verwaltung auf die begrenzten Kapazitäten des zuständigen Sozialreferats hingewiesen. Daraufhin wurde das Anliegen des Antragstellers dahingehend präzisiert, dass als erstem Schritt den Ratsgremien eine Zusammenstellung der bereits in der Verwaltung vorhandenen Daten zur Verfügung gestellt werden soll.

Auf der Grundlage des Ratsbeschlusses wurde im Sozialreferat ein stark vereinfachtes Monitoring entwickelt, das anhand weniger ausgewählter Indikatoren Profile aller Planungsbereiche¹ in der Stadt erstellt und ihre Entwicklung dokumentiert und kommentiert.

Zu den Indikatoren gehören

- die Einwohnerzahl und ihre Entwicklung
- die Altersgliederung der Planungsbereiche im Vergleich zur Gesamtstadt
- der Anteil von Einwohnerinnen und Einwohner mit „Migrationshintergrund“²
- der Anteil von arbeitslos gemeldeten Einwohnerinnen und Einwohner im Alter zwischen 16 und 65 Jahren an der Gesamtbevölkerung der Altersgruppe
- der Anteil von Einwohnerinnen und Einwohnern mit Bezug von Leistungen nach dem SGB II („Hartz IV“) an der Bevölkerung
- der Anteil von Kindern mit SGB II-Bezug an den Kindern des Planungsbereichs.

Im Folgenden werden die genannten Indikatoren erläutert und ihre jeweilige Aussagekraft kritisch beleuchtet. Anschließend wird kurz ihre Entwicklung in den letzten Jahren nachgezeichnet und der am 31.12.2012 erreichte Stand dargestellt.

Im Hauptteil wird jeder der 30 Planungsbereiche durch die gewählten Indikatoren beschrieben. Die Systematik erlaubt sowohl die zeitliche Entwicklung nachzuvollziehen als auch die Abweichungen von den stadtweiten Werten zu erkennen. Die Daten werden nur kurz kommentiert.

Abschließend wird der Frage nachgegangen, wie weit man auf der Grundlage der vorgestellten Daten von einer sozialen oder ethnischen Segregation der Stadt sprechen kann. Hier wird eine bundesweit verstärkt geführte Debatte aufgegriffen.

Der Anhang enthält noch weitergehende Erläuterungen, die ein Verständnis der Indikatoren und ihrer rechtlichen Grundlagen erlauben.

¹ Für die Sozial- und Jugendhilfeplanung wurden die 74 statistischen Bezirke der Stadt Braunschweig zu 30 Planungsbereichen unterschiedlicher Größe aggregiert. Siehe dazu auch die Karte auf der Titelseite.

² Zur Definition und ihrer Problematik siehe unten

Erläuterungen zu den Indikatoren

Einwohnerzahl und Altersgliederung

Alle Angaben basieren auf der Zählung der Stadt Braunschweig auf der Basis des Einwohnermelderegisters und erfassen alle hier mit erstem Wohnsitz Gemeldeten. Mit der Durchführung des Zensus 2011 wurden die Bevölkerungszahlen bundesweit neu erhoben. Im Ergebnis weist die Bundesrepublik weniger Bewohnerinnen und Bewohner auf als angenommen. Auch gegenüber den Zahlen der Stadt Braunschweig gibt es (negative) Abweichungen. Die hier verwandten Zahlen basieren auf den Daten der Braunschweiger Einwohnerstatistik.

„Migrationshintergrund“

Das zuständige Bundesamt für Statistik hat im Rahmen seiner Auswertung des Mikrozensus erstmals eine verbindliche Definition des Begriffs „Migrationshintergrund“ geliefert:

„Zu den Menschen mit Migrationshintergrund zählen „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“.³

Auf dieser Grundlage können für die Bundesrepublik und für größere statistische Einheiten die Zahl und der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund gemessen und dargestellt werden, der aus der Kombination verschiedener Merkmale besteht. Für die Ebene der Stadt Braunschweig ist eine Darstellung auf der Grundlage des Mikrozensus schon mit Fehlern behaftet, eine noch kleinräumigere Darstellung (Stadtteile) ist gar nicht möglich. Das amtliche Einwohnermeldewesen enthält die notwendigen zu kombinierenden Daten nicht vollständig. Damit gelingt es nicht, auf dieser Ebene einen identischen Migrationshintergrund zu rekonstruieren. So setzte sich zunächst (auch in Braunschweig) eine Auswertungsweise durch, die die Einwohnerinnen und Einwohner nach dem Status „mit ausschließlich deutscher Staatsangehörigkeit“, „deutsche und mindestens eine weitere Staatsangehörigkeit“ und „ausschließlich nichtdeutsche Staatsangehörigkeit“ unterscheidet und die beiden Gruppen mit mindestens einer nichtdeutschen Staatsangehörigkeit zum „Migrationshintergrund“ zusammenfasst. Dies ist wesentlich differenzierter als die Unterscheidung „deutsch“ und „nichtdeutsch“, entspricht aber nicht der Definition aus dem Mikrozensus. Wird eine Person eingebürgert und verliert sie damit ihre ursprüngliche Staatsangehörigkeit, so ist sie auf diesem Wege nicht mehr als Person „mit Migrationshintergrund“ zu identifizieren.

Der daraus resultierende statistische Fehler ist nicht unbeträchtlich. Laut Zensus 2011 wohnten in dem Jahr 53.780 Menschen mit Migrationshintergrund in Braunschweig, während die Zählung aus dem Einwohnermelderegister lediglich 41.000 erfasste.

In der folgenden Darstellung wird der „Migrationshintergrund“ trotzdem durch diese Kriterien ausgewiesen, da derzeit keine anderen zur Verfügung stehen. In Vorbereitung ist der Einsatz eines Programms, das die Erfassung noch dadurch präzisiert, dass der Geburtsort ausgewertet werden kann. So wären auch diejenigen mit Migrationshintergrund ausgestattet, die nach erfolgter Zuwanderung ihre ursprüngliche Staatsbürgerschaft aufgegeben haben und nun per Definitionem den hier Geborenen mit deutschen Eltern statistisch gleichgestellt wurden.

Da sich der methodische Fehler durch alle Stadtteile durchzieht, behält der hier verwandte Begriff des „Migrationshintergrunds“ einen wesentlichen Teil seiner Erkenntnisse. Zu einem späteren Zeitpunkt wäre er durch eine präzisere Erfassung zu ersetzen.

Arbeitslosigkeit

³ Zitiert nach Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2011 – Quelle:
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund201020117004.pdf?__blob=publicationFile abgefragt 01.08.2013

Die verwandten Daten beziehen sich auf Personen, die nach dem **Sozialgesetzbuch (SGB) Drittes Buch (III) – Arbeitsförderung** als Arbeitslose definiert werden:

§ 16 Arbeitslose

(1) Arbeitslose sind Personen, die wie beim Anspruch auf Arbeitslosengeld

1. vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen,
2. eine versicherungspflichtige Beschäftigung suchen und dabei den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit zur Verfügung stehen und
3. sich bei der Agentur für Arbeit arbeitslos gemeldet haben.

(2) An Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik Teilnehmende gelten als nicht arbeitslos.

Der Absatz 2 verweist bereits darauf, dass über den erfassten Personenkreis hinaus weitere Personen nicht erwerbstätig und arbeitssuchend sind. Diese sind hier nicht erfasst. Es handelt sich vornehmlich um Personen, die vorübergehend an „Maßnahmen“ teilnehmen oder die eine Beschäftigung unterhalb der Sozialversicherungspflichtgrenze suchen oder die sich nicht bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldet haben.

Unterbeschäftigung und Dunkelziffer sind schwer zu erfassen. Eine Darstellung der amtlichen Statistik auf der Ebene der Stadt und ihrer Stadtteile gibt es nicht, so dass im Weiteren mit der Zahl der nach der engen Definition der Bundesagentur für Arbeit als arbeitslos Geltenden gearbeitet werden muss.

SGB II-Bezug

Das **Zweite Buch Sozialgesetzbuch (SGB) – Grundsicherung für Arbeitsuchende** regelt seit 1. Januar 2005 die Grundsicherung für Arbeitsuchende. Es bezieht sich auf die die Förderung von erwerbsfähigen Personen ab 15 und unter 65 Jahren sowie deren Angehörigen, soweit diese ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können.

Zum Wechsel der Systematik von der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) zur Grundsicherung nach dem SGB II siehe auch die Darstellung im Anhang.

SGB II-Bezug bei Kindern

Mangels verfügbarer aussagekräftigerer Daten vor allem auf kleinräumiger Ebene, wird der Umfang der Kinderarmut oft am Bezug von SGB II-Leistungen gemessen. Dies ist unzureichend. Nicht alle Kinder in Haushalten, deren Einkommen dem Grunde nach Leistungsbezug nach SGB II erlauben würden, erhalten solche Leistungen auch (Dunkelziffer)⁴. Wenn durch eine Aufstockung von Leistungen für das Kind vermieden werden kann, dass ein Haushalt auf Grundsicherung angewiesen ist, kann der sog. Kinderzuschlag beantragt werden⁵. Die Antragstellung und Abwicklung erfolgt aber nicht über die Stellen der Grundsicherung (Jobcenter), sondern über die Familienkassen. Diese Kinder fallen dann aus der statistischen Erfassung nach der Systematik des SGB II, da sie von dort keine Leistungen beziehen. Ihre finanzielle Situation ändert sich damit nicht. Der Bedarf des Haushalts gilt als gedeckt, ein Bezug von Leis-

⁴ Eine von der Bundeszentrale für politische Bildung zitierte Studie aus dem Jahr 2007 schätzt, dass neben 1,8 Mio Kindern im Leistungsbezug 1 Mio. Kinder in verdeckter Armut zusätzlich anspruchsberechtigt wären. Vgl. Irene Becker, Armut in Deutschland: Bevölkerungsgruppen unterhalb der Alg II Grenze, SOEP-Papers on Multidisciplinary Panel Data Research, Berlin Februar 2007, S. 36f] Quelle: <http://www.bpb.de/apuz/32283/kinderarmut-in-deutschland?p=1> abgefragt 30.07.2013

⁵ Alleinerziehende und Elternpaare haben Anspruch auf Kinderzuschlag für ihre unverheirateten, unter 25 Jahre alten Kinder, die in ihrem Haushalt leben, wenn

- für diese Kinder Kindergeld bezogen wird,
- die monatlichen Einnahmen der Eltern die Mindesteinkommensgrenze erreichen,
- das zu berücksichtigende Einkommen und Vermögen die Höchsteinkommensgrenze nicht übersteigt und
- der Bedarf der Familie durch die Zahlung von Kinderzuschlag gedeckt ist und deshalb kein Anspruch auf Arbeitslosengeld II/Sozialgeld besteht.

tungen nach dem SGB II ist damit ausgeschlossen. Die Kinder sind aber berechtigt Leistungen für Bildung und Teilhabe bei den zuständigen kommunalen Stellen zu beantragen.

Kleinräumig können weder Dunkelziffern geschätzt noch Angaben über den Bezug von Kinderzuschlag gemacht werden. Die in der folgenden Darstellung verwandten Daten über den SGB II-Bezug erfassen somit nur einen Teil der finanziellen Dimensionen der Kinderarmut in der Stadt.

Der Umfang dieses statistischen Fehlers lässt sich nur schwer schätzen. Der Leiter des Landesbetriebs für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen, Prof. Eichhorn, lieferte für Niedersachsen die folgende Daten über den Bezug von SGB II und Kinderzuschlag⁶:

September	SGB II-Bezug	Kinderzuschlag	Zusammen	Anteil an allen Kindern*
	Anzahl			%
2006	201 592	6 390	207 982	16,8
2011	161 748	22 935	184 683	16,5

* durch die in der Zeitspanne gesunkene Kinderzahl ergibt sich ausgewiesene Quote

Eichhorn zitiert in seinem Aufsatz,⁷ dass die Zahl der Kinder unter 25 im Kinderzuschlagsbezug in Niedersachsen von 2006 bis 2011 um 259 % gestiegen ist. Bundesweit gebe es eine Steigerungsrate von 394 %. Ein wesentlicher Teil des auch in dieser Darstellung Stadtteilprofile wiedergegebenen Rückgangs des SGB II-Bezugs ist nicht darauf zurückzuführen, dass die Kinder nicht mehr auf die Leistungen angewiesen wären, sondern, dass an seiner Stelle verstärkt Kinderzuschlag bezogen wurde. Ein Teil des Rückgangs ist auch auf sinkende Kinderzahlen zurückzuführen, sodass von einem echten Rückgang der Kinderarmutsquote kaum gesprochen werden kann.

⁶ Statistische Monatshefte Niedersachsen Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen 3/2012 S. 139

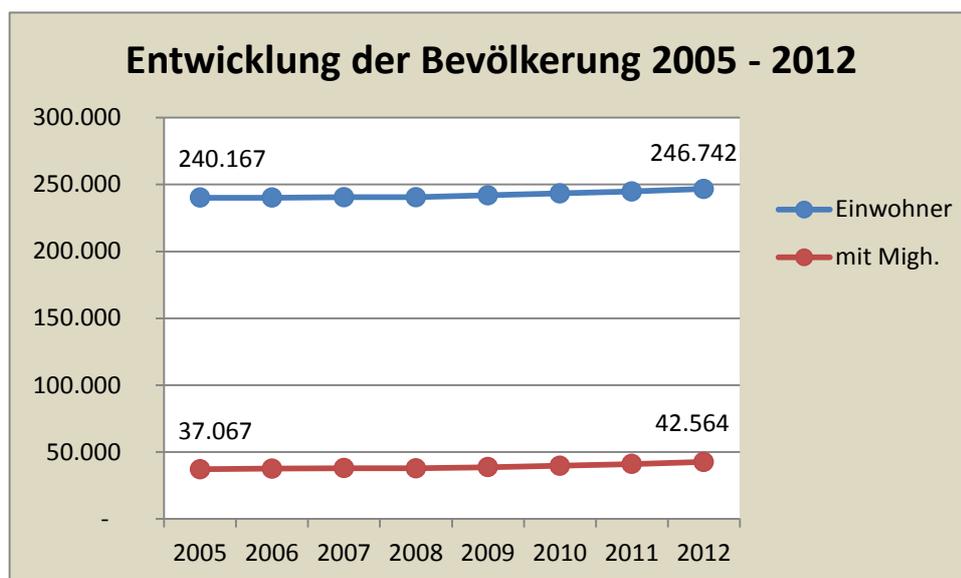
⁷ Lothar Eichhorn, Wie hat sich die Kinderarmut in den letzten fünf Jahren entwickelt? In: ebenda, S.134 - 139

Entwicklungen

Bevölkerung mit Migrationshintergrund

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Einwohner	240.167	240.171	240.513	240.531	241.930	243.363	244.806	246.742
davon Migrationshintergrund	37.067	37.623	37.966	37.853	38.630	39.748	41.003	42.564
Quote	15,43	15,67	15,79	15,74	15,97	16,33	16,75	17,25

Einwohner 2005 = 100	100,0	100,0	100,1	100,2	100,7	101,3	101,9	102,7
Mig.H. 2005 = 100	100,0	101,5	102,4	102,1	104,2	107,2	110,6	114,8



Im betrachteten Zeitraum steigt die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner mit erstem Wohnsitz in Braunschweig um rund drei Prozent.

Zeitgleich steigt der Anteil von ihnen, der mindestens eine nichtdeutsche Staatsbürgerschaft besitzt („Migrationshintergrund“) um rund 15 Prozent.

Arbeitslosigkeit und SGB II-Bezug

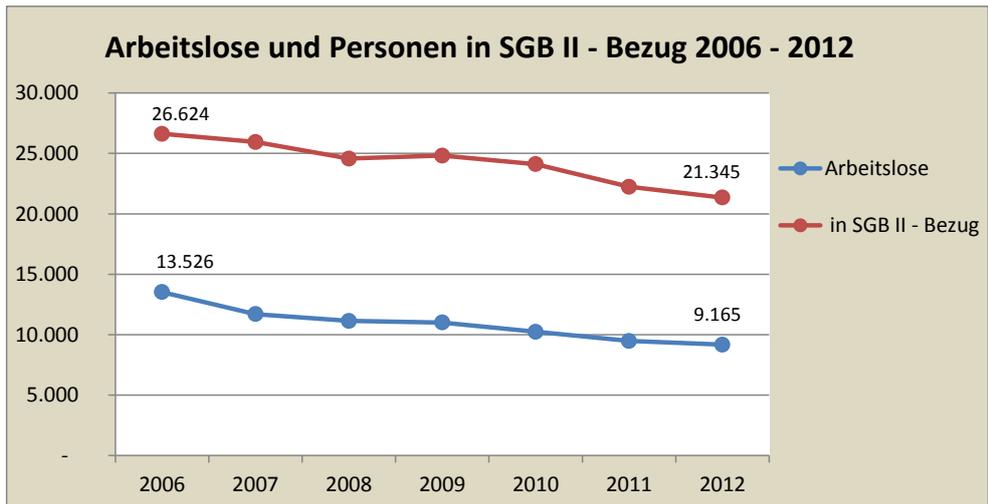
Die im betrachteten Zeitraum positive wirtschaftliche Entwicklung führt sowohl zu einem deutlichen Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit⁸ als auch des SGB II-Bezugs.

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Arbeitslose	13.526	11.697	11.134	11.001	10.234	9.479	9.165
2006 = 100	100,0	86,5	82,3	81,3	75,7	70,1	67,8

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
SGB II Beziehende	26.624	25.944	24.575	24.821	24.114	22.238	21.345
2006 = 100	100,0	97,4	92,3	93,2	90,6	83,5	80,2

Die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen in den betrachteten Jahren 2006 bis 2012 sinkt um 32,2 %. Die Zahl der auf Arbeitslosengeld II Angewiesenen verringert sich im selben Zeitraum um 19,8 %.

⁸ Siehe dazu im Anhang auch das Konzept von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung der Bundesagentur für Arbeit, in dem deutlich wird, dass die registrierten Arbeitslosen nur einen Teil der nichterwerbstätigen Arbeitssuchenden ausmachen.



Der in früheren Ausgaben des Sozialatlas konstatierte enge Bezug von Arbeitslosigkeit und Transfer-einkommen (damals Hilfe zum Lebensunterhalt, heute Bezug von Grundsicherung) besteht heute nicht mehr in demselben Maße. Der in Deutschland im Zuge der

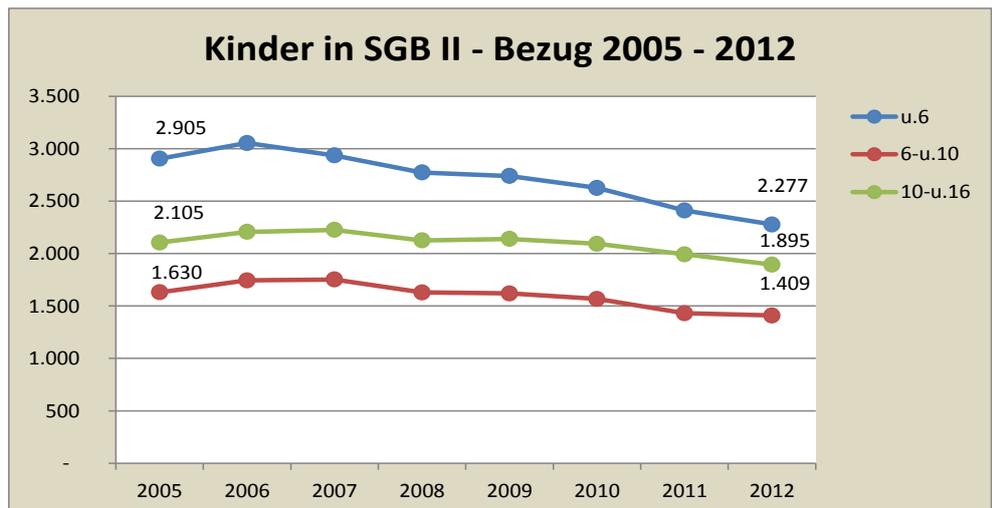
Reformen des Arbeitsmarkts besonders forcierte Ausbau des Niedriglohnsektors führt unter anderem dazu, dass in einer beträchtlichen und wachsenden Zahl von Fällen Transferleistungen bezogen werden müssen, obwohl die Betroffenen (z. T. sogar Vollzeit-) erwerbstätig sind.

SGB II-Bezug von Kindern

Kinder in SGB II-Bezug im Alter bis unter 16 Jahre

Einwohner u. 16	31.453	31.215	31.169	31.102	31.220	31.467	31.477	31.724
davon in Bezug	6.640	7.004	6.912	6.527	6.499	6.286	5.835	5.581
Quote	21,1	22,4	22,2	21,0	20,8	20,2	18,5	17,6
2005 = 100	100,0	105,5	104,1	98,3	97,9	94,7	87,9	84,1

Nach einem Anstieg in den ersten Jahren der Einführung der Grundsicherung (2005 und 2006) entwickeln sich die Zahlen von Kindern in Haushalten mit SGB II-Bezug je nach Altersgruppe unterschiedlich rückläufig⁹.



Insgesamt sinkt die Quote von 21,1 % auf 17,6 %. Den größten Rückgang verzeichnet die Altersgruppe der unter 6-Jährigen, die bis 2011 am meisten betroffen ist. 2012 sinkt die Quote dieser Altersgruppe leicht unter die der 6- bis unter 10-Jährigen.

⁹ Damit geht nicht automatisch eine Verbesserung der Situation der Kinder einher, da verstärkt andere, in der Höhe identische Leistungen in Anspruch genommen werden, die hier nicht statistisch erfasst sind. Siehe dazu die Ausführungen weiter oben.

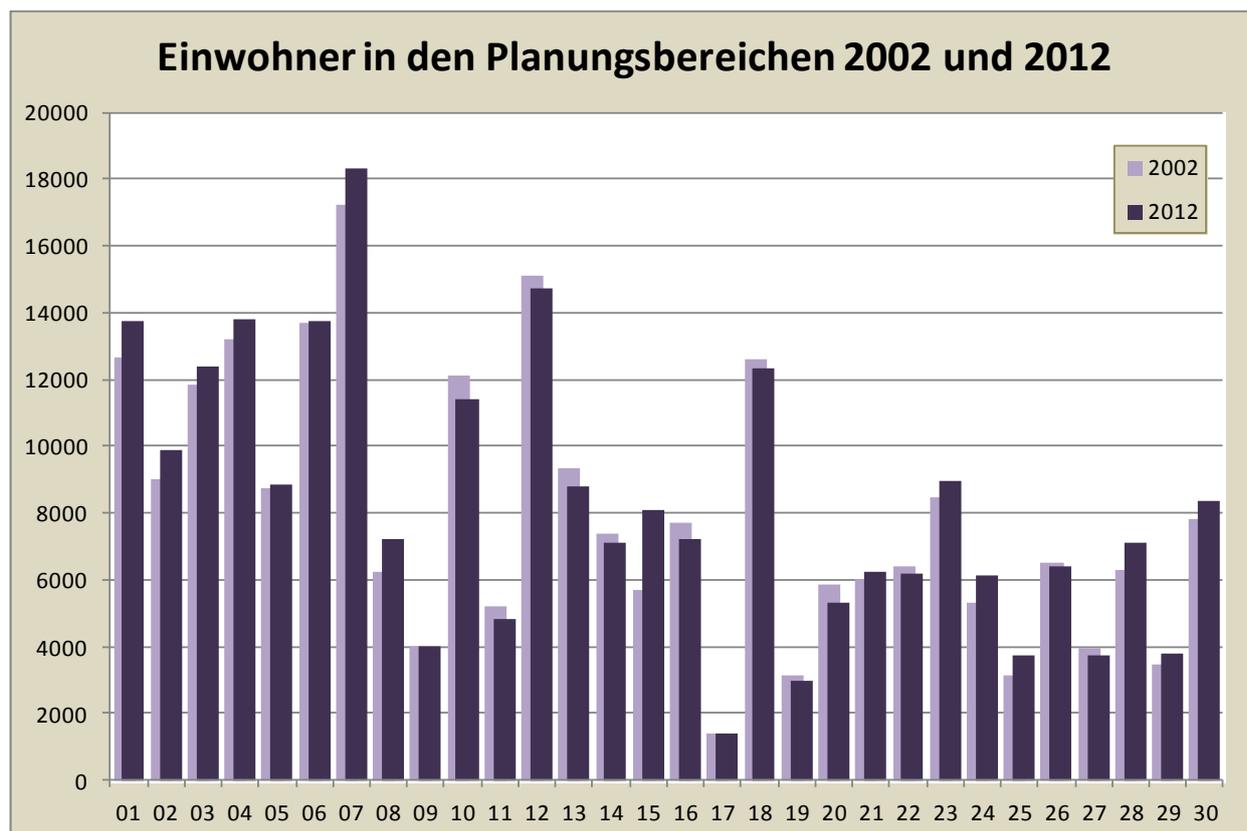
Merkmale 2012 nach Planungsbereichen

Einwohnerinnen und Einwohner mit Hauptwohnsitz

Zunächst wird die Größe der Planungsbereiche anhand ihrer Einwohnerzahl in den Jahren 2012 im Vergleich zum Jahr 2002 dargestellt.

Der Zuschnitt der Planungsbereiche führte zu sehr unterschiedlichen Größen.¹⁰

Die insgesamt positive Einwohnerentwicklung der Stadt Braunschweig in den letzten Jahren führt nicht in allen Planungsbereichen zu steigenden Bevölkerungszahlen.



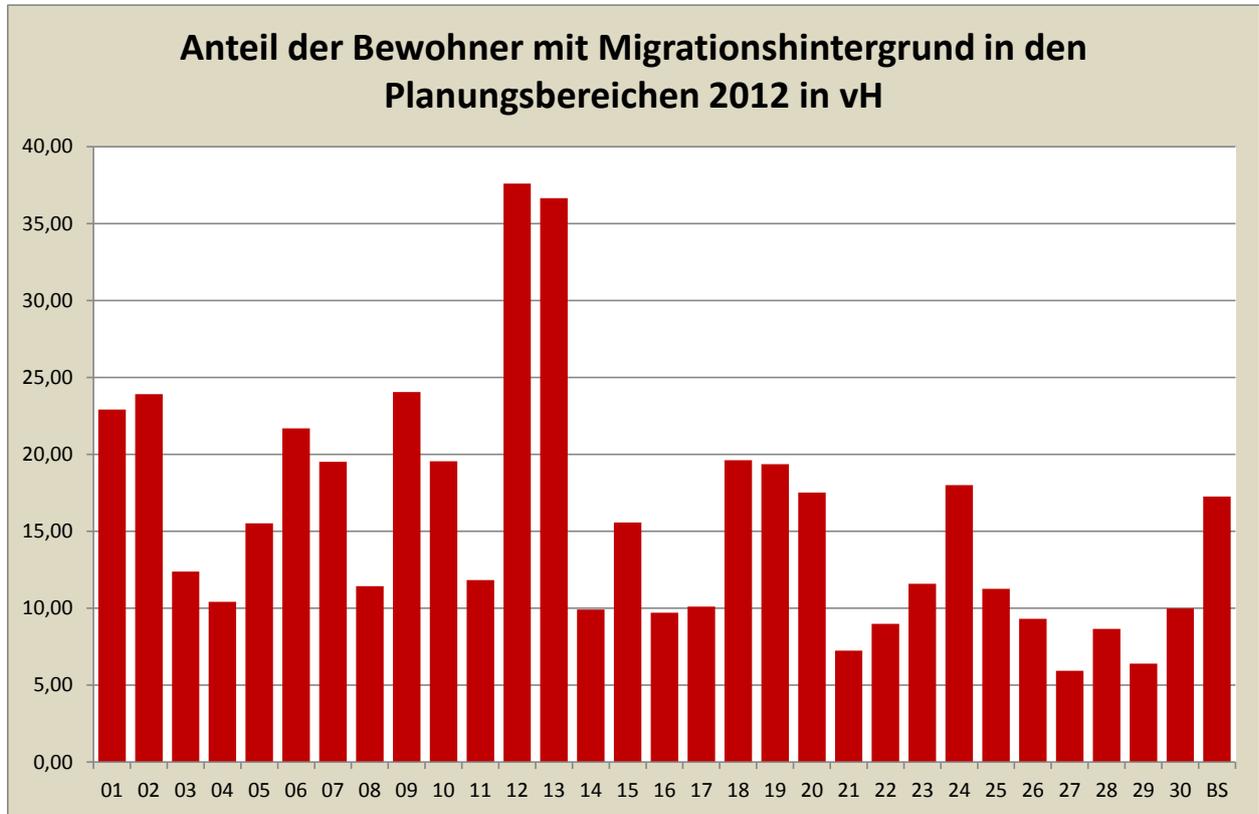
Zuwächse verzeichnen die Innenstadt (01) und das Östliche (03, 04), teilweise auch das Westliche Ringgebiet (v. a. 07). In einigen Planungsbereichen führen Neubaugebiete zu höheren Bevölkerungszahlen (08, 15, 23).

Andere Planungsbereiche verlieren Einwohner im Zuge der Altersentwicklung (10) oder aus anderen Gründen, die nur durch eine vertiefte Analyse (Umwzugsbewegungen und ihre Motivation) aufgedeckt werden könnten.

¹⁰ Dies ist zu beachten, wenn im Folgenden von Prozentanteilen die Rede ist. Ein hoher Anteil in einem kleinen Planungsbereich weist auf einen eher geringen Umfang eines Problems hin, wie auch umgekehrt eine kleine Quote in einem größeren Planungsbereich einen beträchtlichen Umfang eines Problems verdecken kann.

Einwohner mit Migrationshintergrund

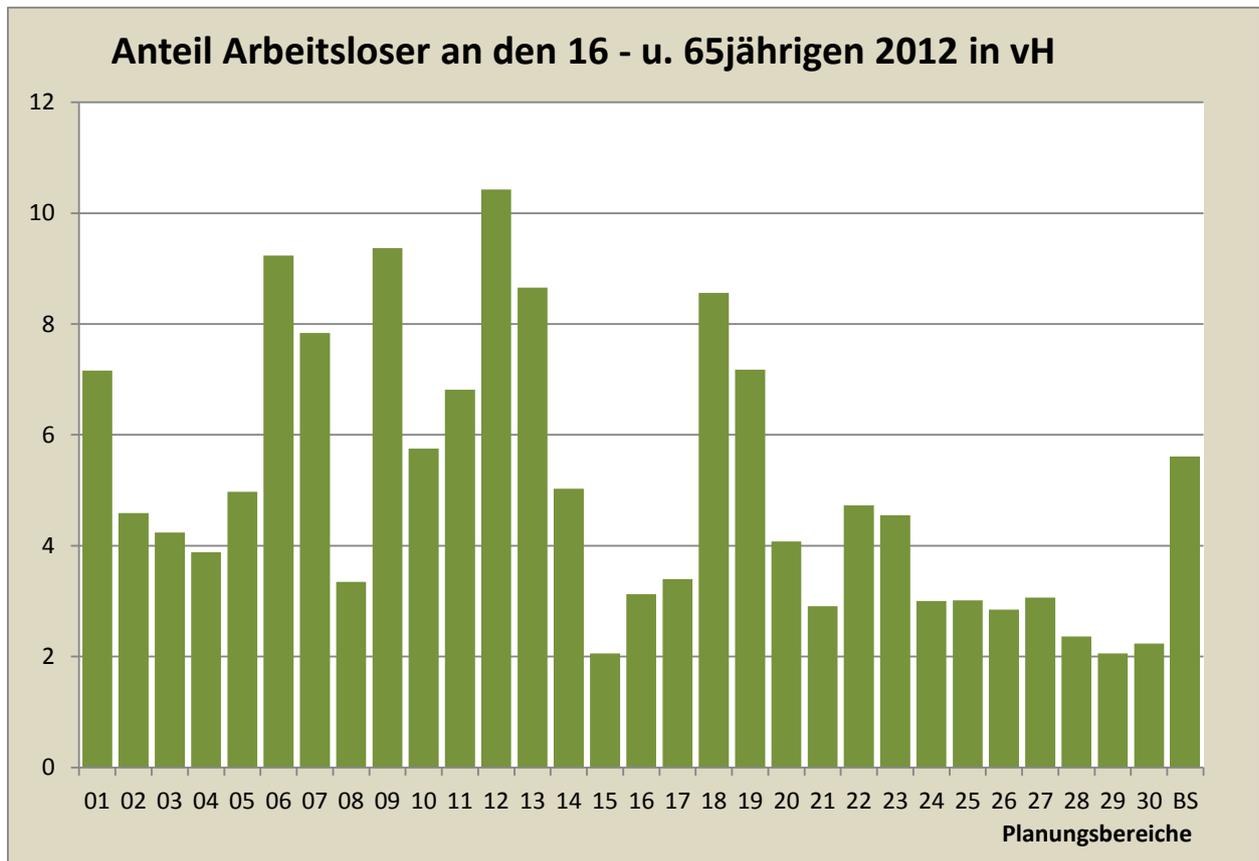
In den betrachteten Jahren ist die Zahl der Menschen, die hier „mit Migrationshintergrund“ erfasst wurden, fast durchgängig angestiegen. Ihre Anteile verteilen sich auf die Planungsbereiche unterschiedlich.



Auch die Bewohnerinnen und Bewohner mit Migrationshintergrund konzentrieren sich deutlich auf einige Planungsbereiche. Ihre Verteilung ist aber wesentlich weniger ungleich als die Verteilung nach den Merkmalen „arbeitslos“ oder „SGB II beziehend“. Einige höhere Anteile sind statistischen Besonderheiten geschuldet. So enthält der Planungsbereich 20 auch die Landesaufnahmebehörde Niedersachsen mit einer höheren Anzahl von vorübergehend in Braunschweig wohnhaften Ausländerinnen und Ausländer. Im Planungsbereich 15 ist die erhöhte Quote auch der Tatsache geschuldet, dass der Planungsbereich insgesamt sehr klein ist.

Arbeitslosigkeit

Die Darstellung setzt die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit und den Jobcentern gemeldeten Arbeitslosen (zur Definition siehe Anhang) in eine rechnerische Beziehung zu der Bevölkerung eines Planungsbereichs im Alter zwischen 16 und 65 Jahren. Die daraus resultierende errechnete Quote ist nicht zu verwechseln mit der Arbeitslosenquote der amtlichen Statistik, die die gemeldeten Arbeitslosen in Beziehung zur Gesamtzahl der zivilen Erwerbspersonen setzt.



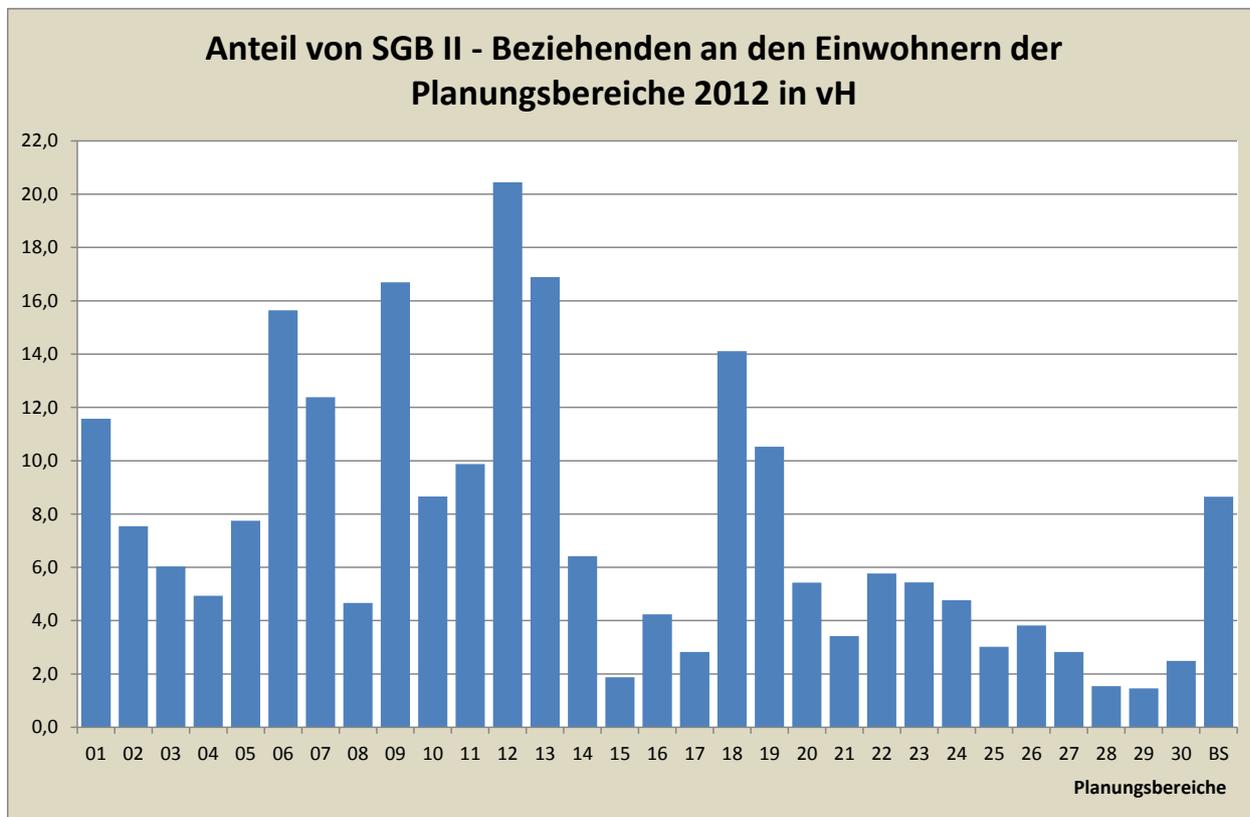
Die Darstellung erfasst nicht den Umfang der faktischen Arbeitslosigkeit (zum Konzept Unterbeschäftigung der Bundesagentur für Arbeit siehe Anhang).

Arbeitslosigkeit ist in den Stadtteilen unterschiedlich verteilt, aber in allen Stadtteilen präsent.

Die Unterschiede zwischen ihnen sind gravierend, aber die Extremwerte der am wenigsten und am meisten betroffenen Stadtteile liegen nicht so weit von einander entfernt wie bei der Verteilung des Bezugs von Grundsicherung für Arbeitsuchende.

SGB II-Bezug

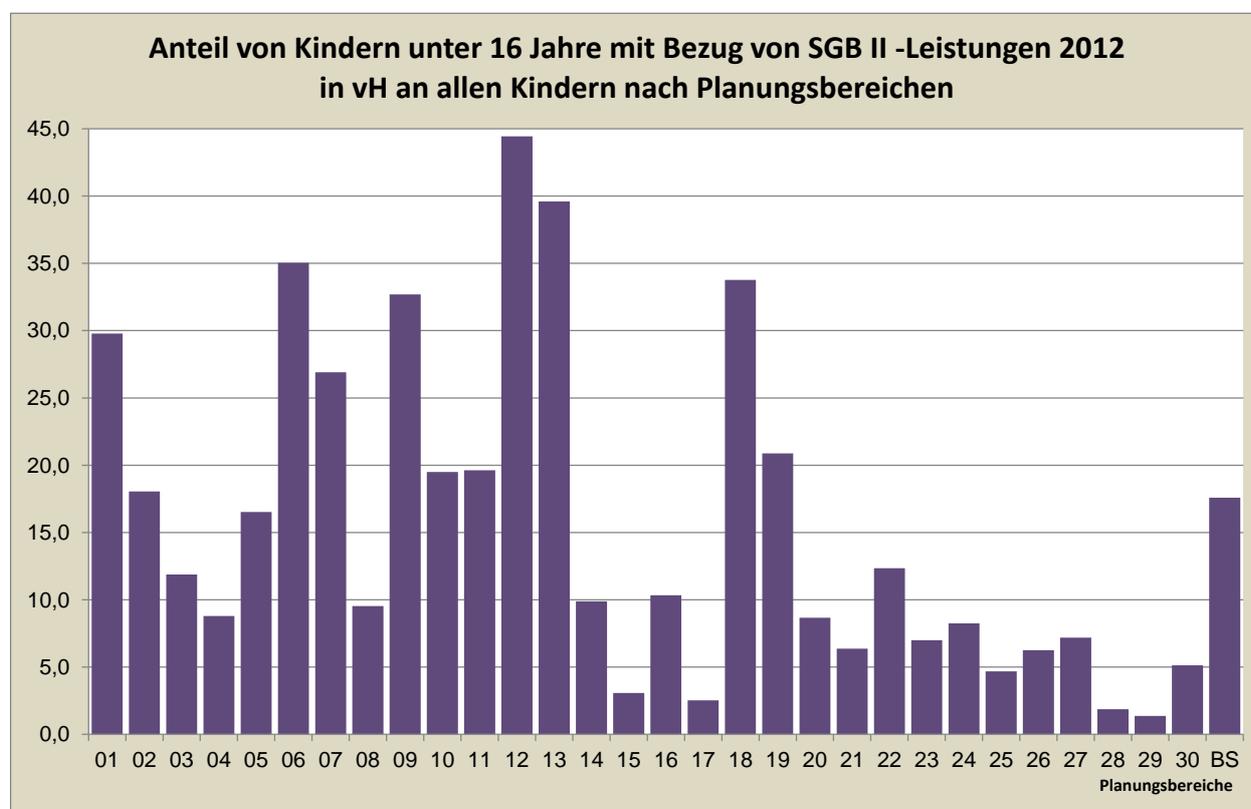
Wie oben dargestellt hat sich die Zahl der Menschen, die Grundsicherungsleistungen nach dem SGB II beziehen, in den letzten Jahren kontinuierlich verringert. Der Rückgang betrifft nicht alle Planungsbereiche im gleichen Umfange. Am Jahresende 2012 zeigt sich die folgende Verteilung:



Der Abstand zwischen den Werten der am meisten und der am wenigsten betroffenen Planungsbereiche ist beträchtlich und verändert sich über die Jahre kaum. Schon auf der groben Ebene der Planungsbereiche rangieren die Quoten von 1,5 % bis 20 %. Kleinräumiger (etwa auf der Ebene der statistischen Bezirke oder Unterbezirke) betrachtet sind die Abweichungen noch wesentlich größer.

Kinder mit SGB-II-Bezug

Betrachtet werden Kinder im Alter bis 15 Jahre. Der Anteil der Kinder, die SGB II-Leistungen beziehen, ist in den einzelnen Stadtteilen extrem unterschiedlich.



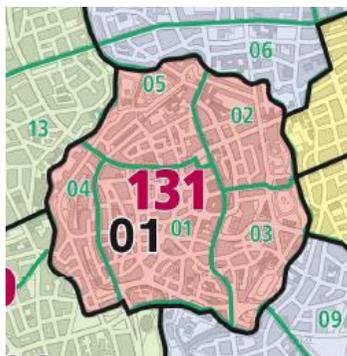
Während er in einigen Stadtteilen weniger als fünf Prozent beträgt, erreichen die Extremwerte in anderen Stadtteilen schon fast die Fünfzigprozent-Marke. Diese Verteilung entspannt sich im Lauf der betrachteten Jahre nicht, siehe dazu die Profile der einzelnen Stadtteile und die zusammenfassende Bewertung, ob sich ggf. Hinweise auf eine soziale oder ethnische Segregation der Stadt Braunschweig erkennen lassen.

Entwicklung der Indikatoren in den Planungsbereichen

Im Folgenden werden die 30 Planungsbereiche der Jugendhilfe- und Sozialplanung anhand der oben erläuterten Indikatoren Einwohnerentwicklung und Bevölkerungsaufbau, Arbeitslosigkeit und SGB II-Bezug einzeln dargestellt.

Auf eine tiefere Analyse der Situation und der Entwicklung der einzelnen Planungsbereiche muss an dieser Stelle verzichtet werden.

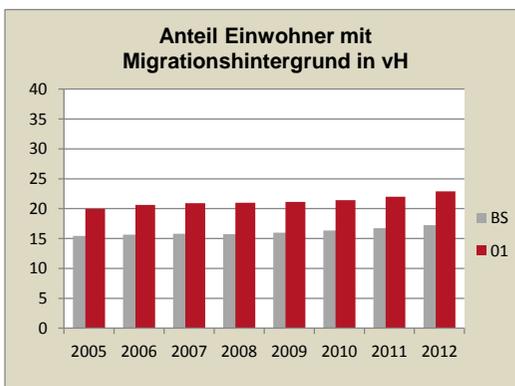
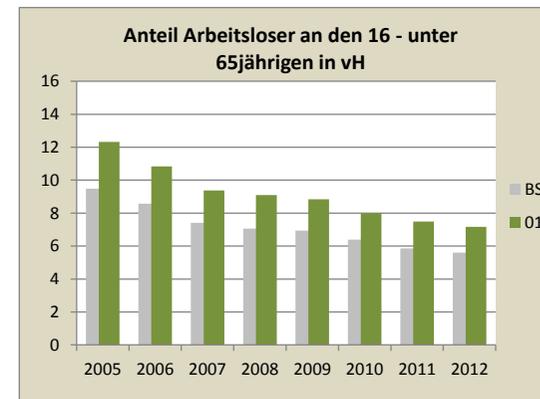
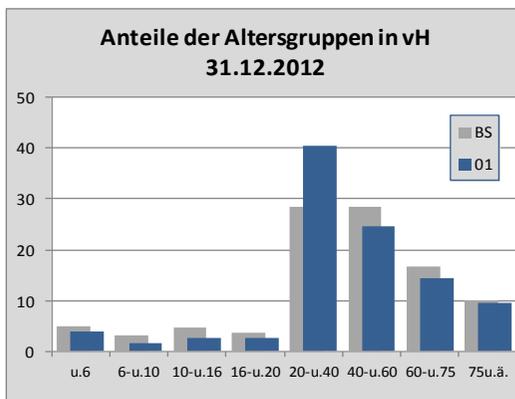
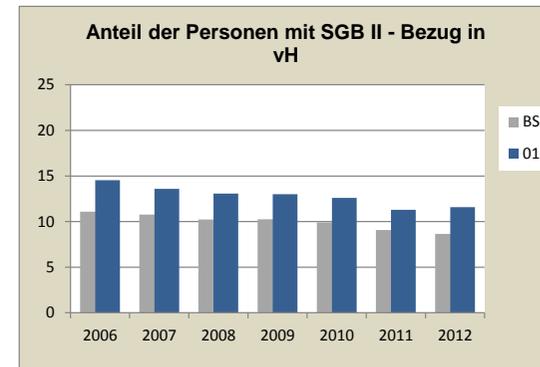
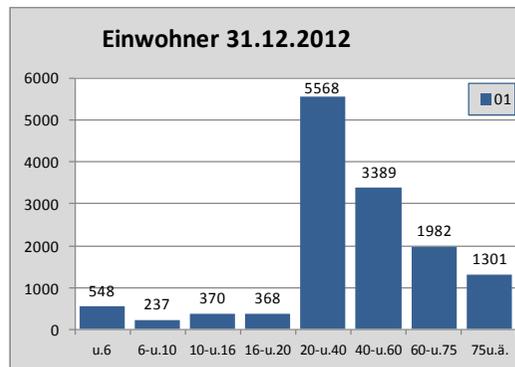
Stadtteilprofile 2013

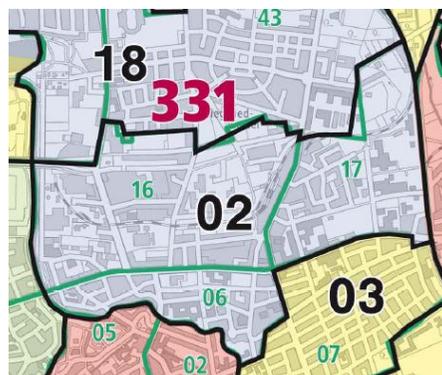


Pb 01 Innenstadt

Identisch mit StBez 131
Enthält die Stat. Bez. 01, 02, 03, 04, 05

- 13.763 Einwohner. Zugewinn seit 2002 8,9 %, v. a. Kinder unter 6 und 20- bis u. 40-Jährige, Rückgang bei den 75-Jährigen und Älteren gegen den Trend.
- Weit überdurchschnittlicher Anteil von 20- bis u. 40-Jährigen.
- Überdurchschnittlicher Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund, leicht steigend.
- Überdurchschnittlicher Anteil von Personen mit SGB II-Bezug tendenziell rückläufig.
- Anteil der Arbeitslosen über dem Stadtdurchschnitt, rückläufig.
- Umfang des SGB II-Bezugs bei unter 6-Jährigen deutlich über Durchschnitt, Rückgang bis 2011, dann wieder steigend.



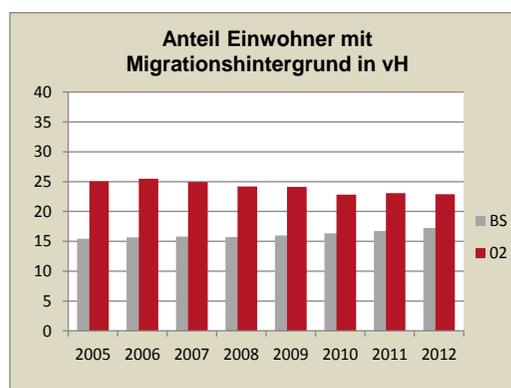
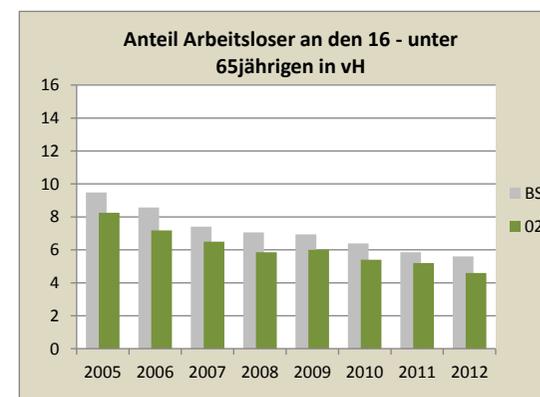
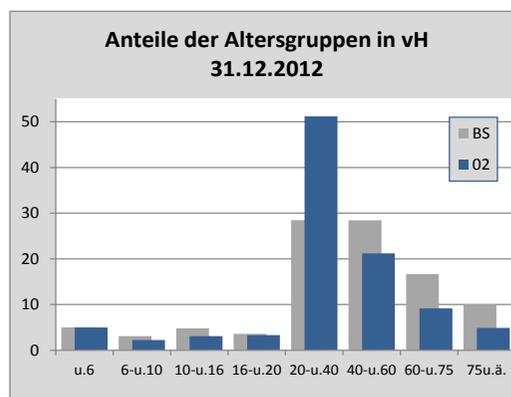
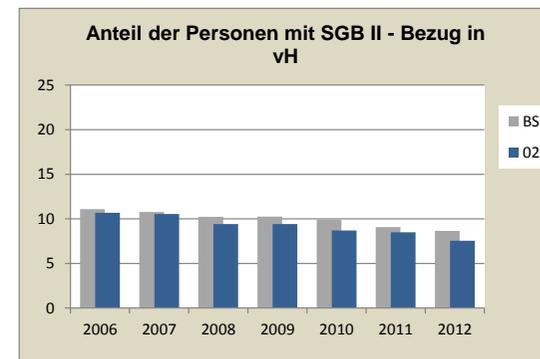
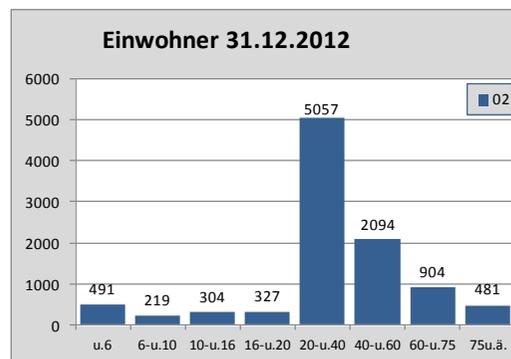


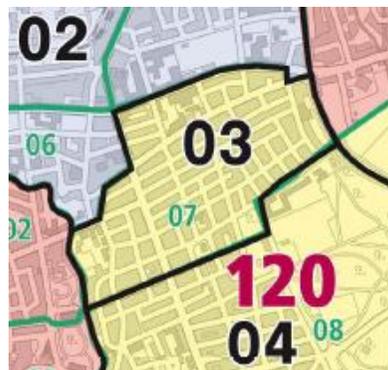
Pb 02

Nördlicher Ring / Hochschulviertel

Südlicher Teil des StBez 331
Enthält die Stat. Bez. 06, 16, 17

- 9.877 Einwohner. Starker Anstieg seit 2002 um 9,6 %, vor allem bei den 20- bis u. 40-Jährigen. Rückgang bei den jüngeren Jugendlichen und bei den Älteren.
- Extrem hoher (und wachsender) Anteil junger Erwachsener (Studierende).
- Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich, leicht sinkend.
- Arbeitslosigkeit und SGB II-Bezug liegen leicht unter den stadtweiten Werten.
- SBG II-Bezug bei jüngeren Kindern sinkt unter den stadtweiten Wert.



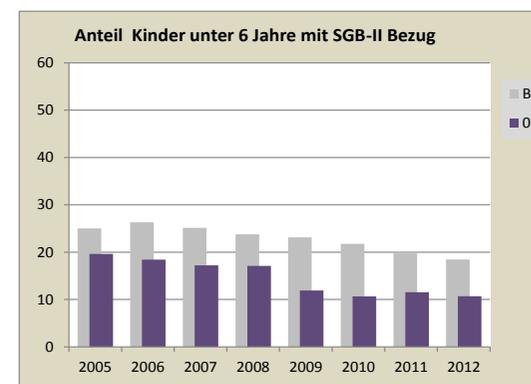
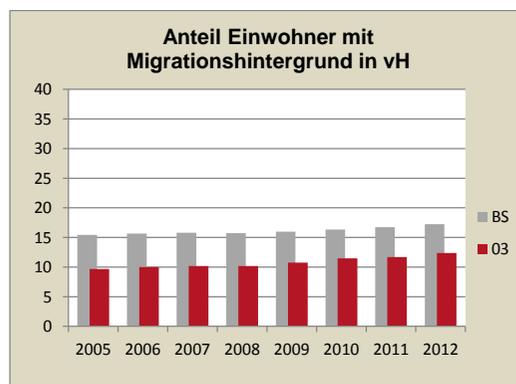
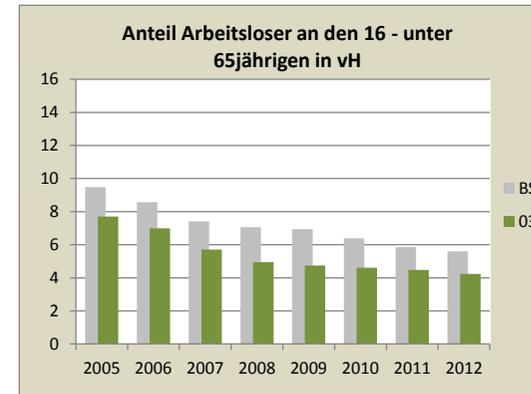
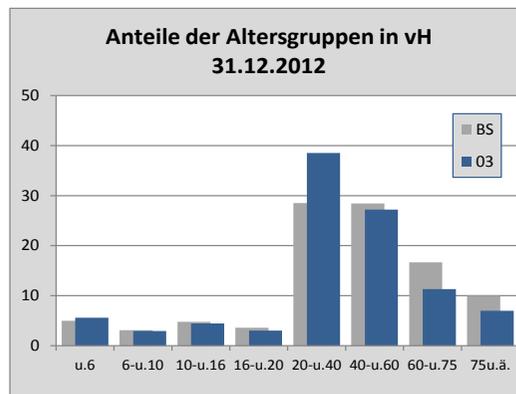
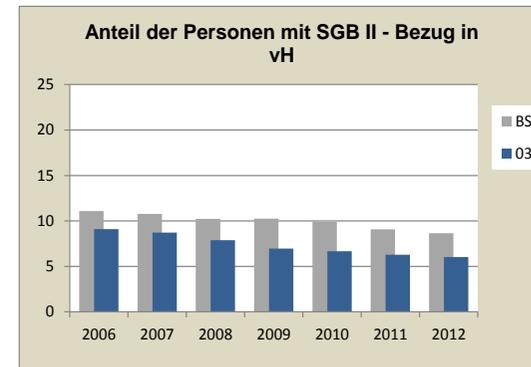
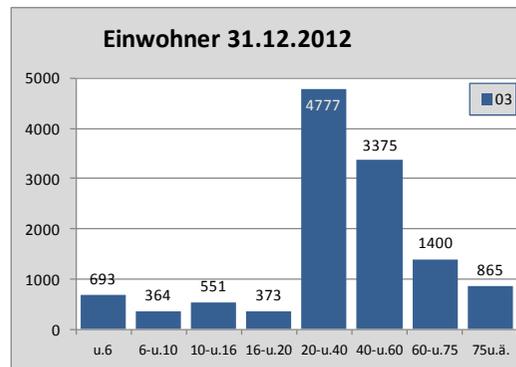


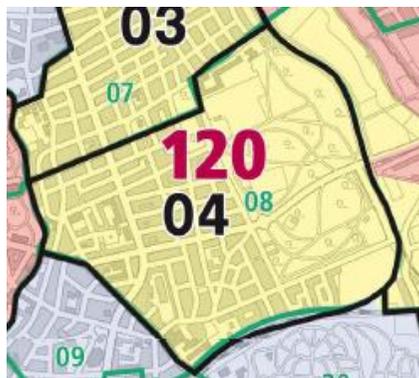
Pb 03

Östliches Ringgebiet Nord

Nördlicher Teil des StBez 120
Identisch mit Stat.Bez. 07

- 12.398 Einwohner. Zuwachs seit 2002 um 4,9 %, v. a. bei den 40- bis 60-Jährigen und den Grundschulkindern. Deutliche Rückgänge bei den Älteren (- 25 %).
- Anteil 20 – 40-Jähriger weit über Durchschnitt, Ältere darunter.
- Unterdurchschnittlicher Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund, leicht steigend.
- Unterdurchschnittliche Anteile von Arbeitslosen und von SGB II-Beziehenden.
- SGB II-Bezug bei Kindern unter 6 unter Durchschnitt, deutlicher Rückgang seit 2009.



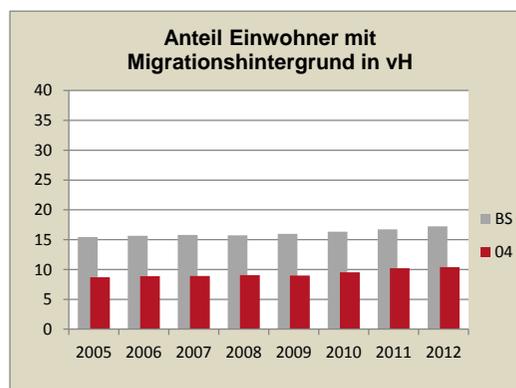
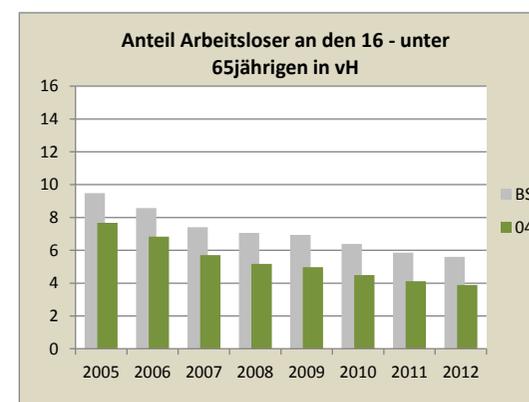
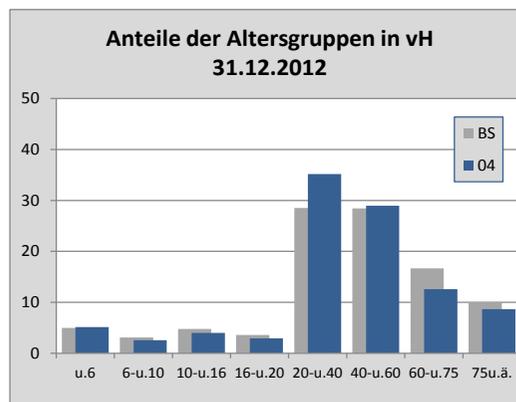
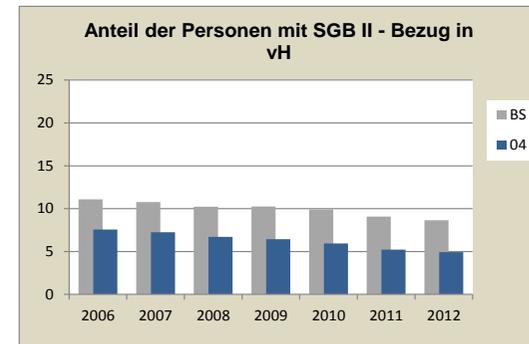
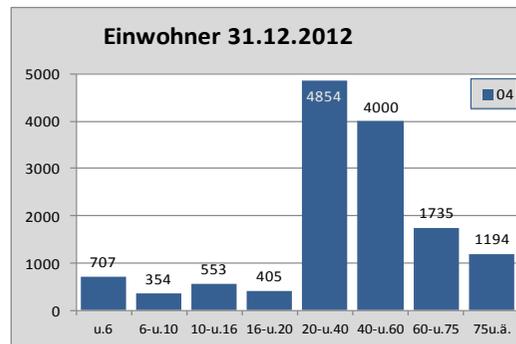


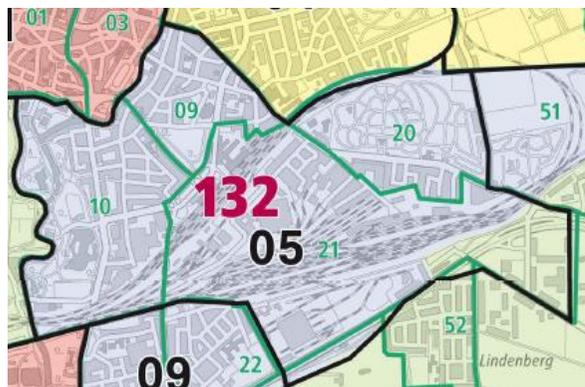
Pb 04

Östliches Ringgebiet Süd

Südlicher Teil des StBez 120
Identisch mit Stat.Bez. 08

- 13.802 Einwohner. Zuwachs seit 2002 4,6 %. Deutlichem Rückgang der Älteren (auch durch Schließung einer Pflegeeinrichtung) und Zuwachs bei den 40- bis u. 60-Jährigen (+ 27 %).
- Der Anteil der 20- bis u. 40-Jährigen liegt über dem Durchschnitt.
- Anteile der Einwohner mit Migrationshintergrund, mit SGB II-Bezug und Anteile Arbeitsloser ebenso unter städtischem Durchschnitt.
- Anteile von Kindern unter 6 in SGB II beziehenden Haushalten dauerhaft unter Durchschnitt, Rückgang weit stärker als in der Gesamtstadt.





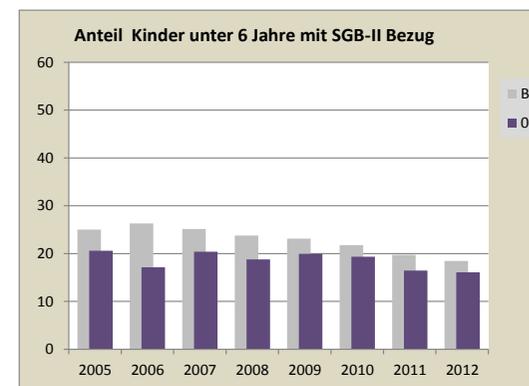
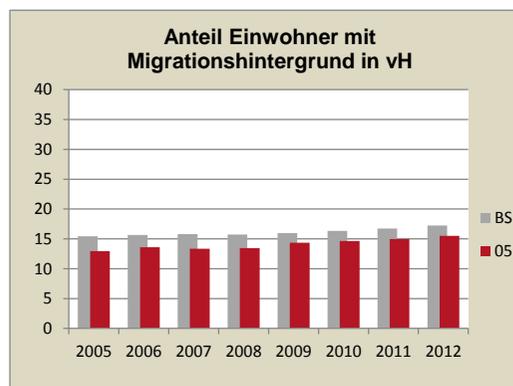
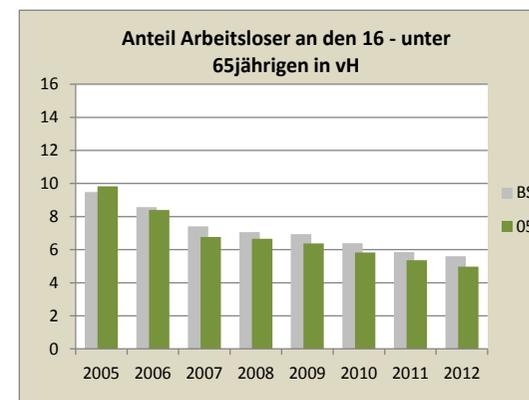
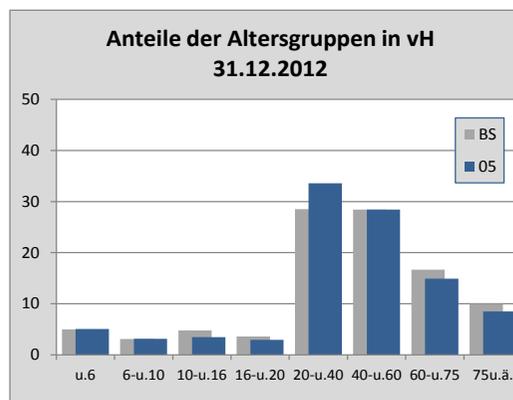
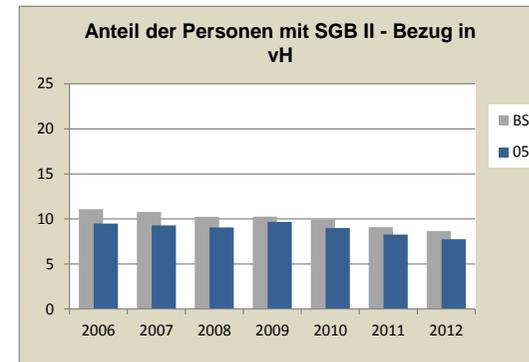
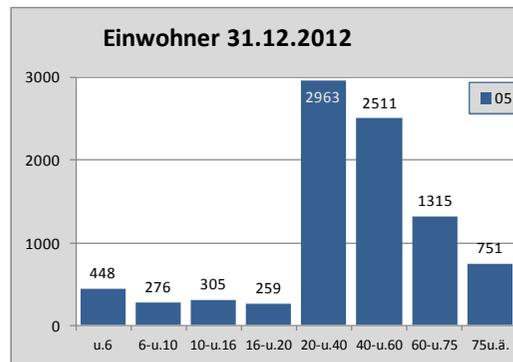
Pb 05

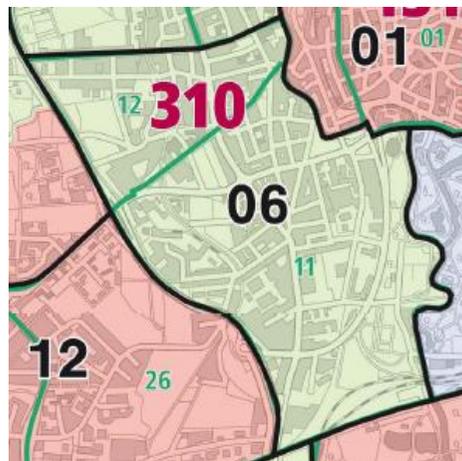
Bürgerpark / Viewegs Garten / Hbf

Teil des StBez 132

Enthält die Stat.Bez. 09, 10, 20 und 21

- 8.828 Einwohner, geringer Anstieg (0,7 %) seit 2002.
- Starker Anstieg der Kinder unter 6 (+15 %) bei Rückgang der Jugendlichen (6 bis u.10 (- 30 %), 10 bis u.16 (- 16 %) und der Älteren ü. 75 (- 12 %).
- Der Bevölkerungsanteil der Menschen mit Migrationshintergrund, der Anteil von Bewohnerinnen und Bewohner mit SGB II-Bezug und der Arbeitslosen entspricht annähernd den stadtweiten Werten.
- Anteil von Kindern in SBG II beziehenden Haushalten leicht unter dem Durchschnitt.



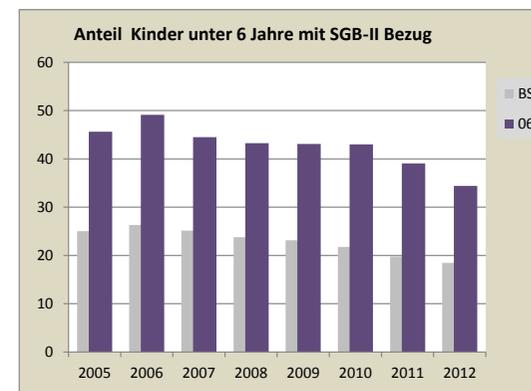
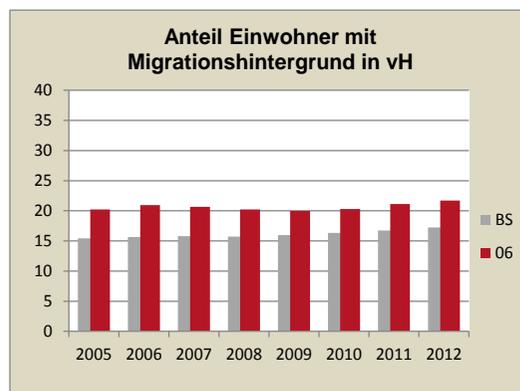
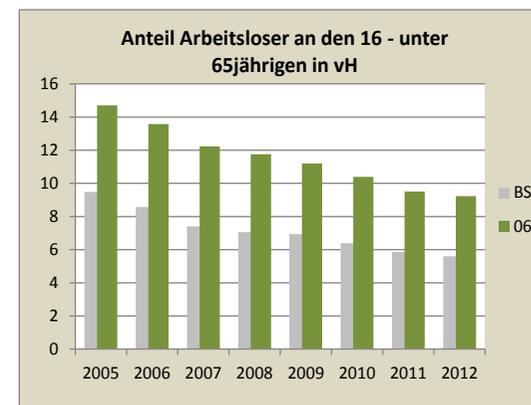
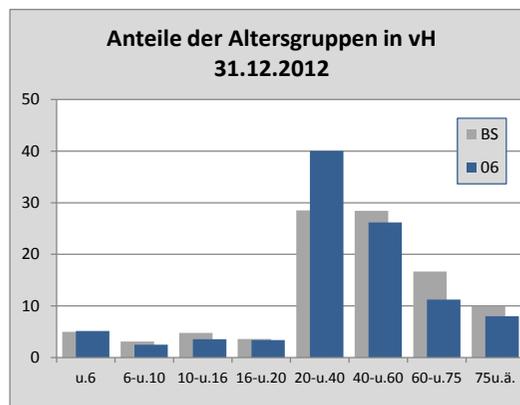
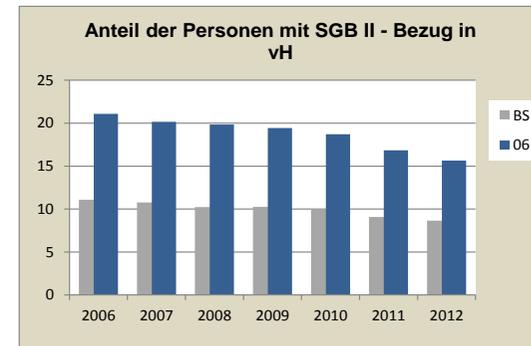
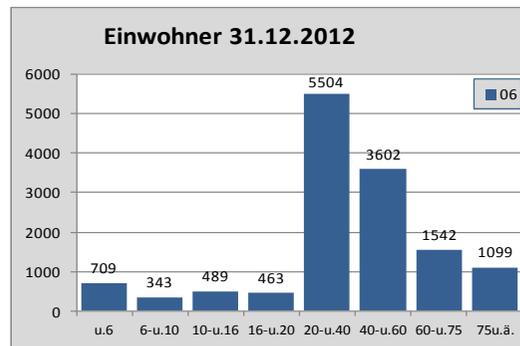


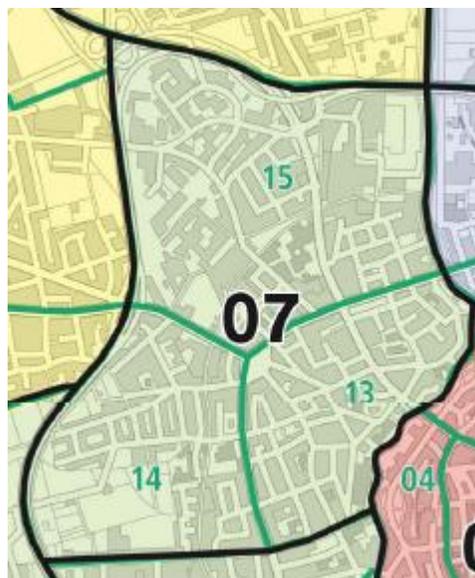
Pb 06

Westliches Ringgebiet Süd

Südlicher Teil des Stadtbezirks 310 enthält die Statistischen Bezirke 11 und 12

- 13.751 Einwohner. Zunahme seit 2002 um 0,6 %, v. a. bei den 40- bis u. 60-Jährigen. Rückgang der Kinderzahlen (u. 6: - 21 %), der der Jugendlichen (10- bis u.16: - 24 %) und der Älteren (75 u. ä.: - 8,8 %). Hoher Anteil 20- bis u. 40-Jähriger, weit über dem Durchschnitt.
- Überdurchschnittlicher Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund.
- Hohe Werte bei SGB II-Bezug und Arbeitslosigkeit, Abstand zum Durchschnitt nimmt ab.
- Rückgang der Fallzahlen bei SGB II-Bezug der Kinder, Quote bei rund dem Doppelten des städtischen Durchschnitts.

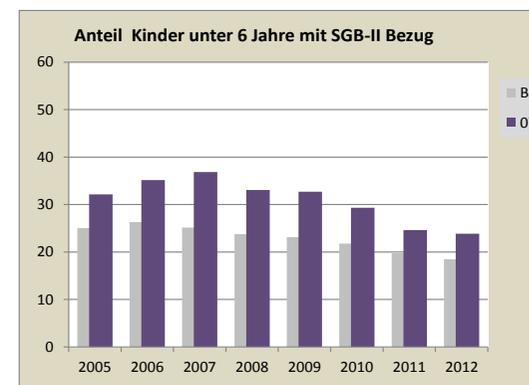
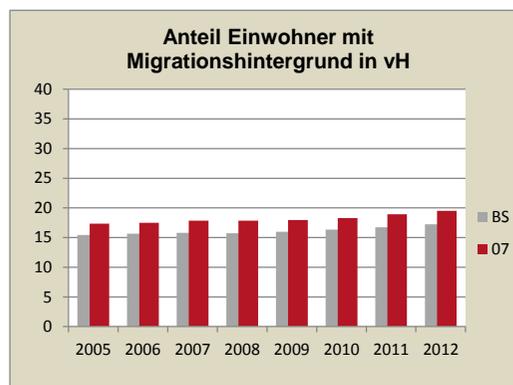
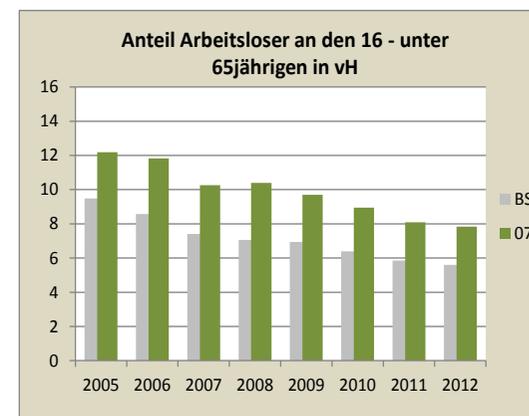
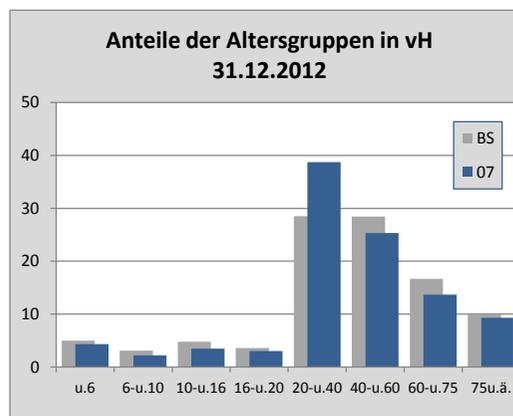
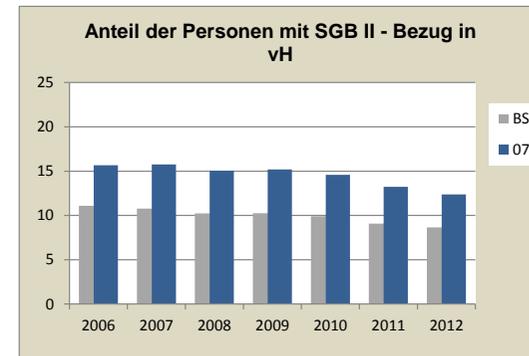
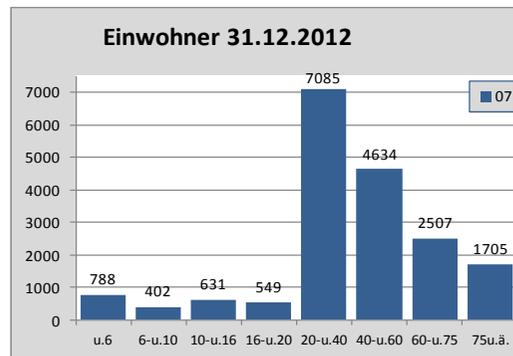




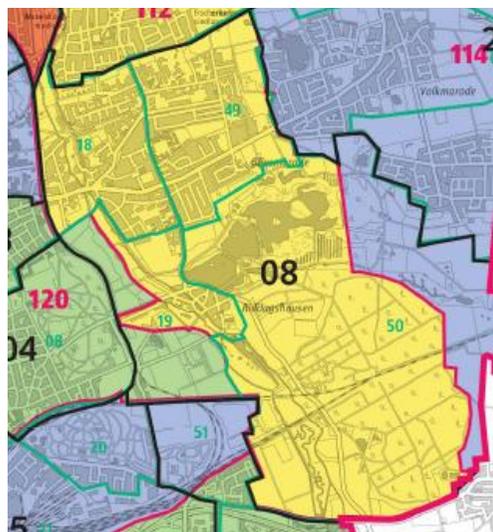
Pb 07

Westliches Ringgebiet Nord
Nördlicher Teil des Stadtbezirks 310
Enthält die Stat. Bezirke 13, 14 und 15

- 18.301 Einwohner, Zunahme seit 2002 um 6,3 %, v. a. bei 40- bis u. 60-Jährigen, Rückgang bei den Kindern.
- Die Altersgruppe 20 bis u. 40 liegt auffällig weit über dem Durchschnitt.
- Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund leicht steigend gering über dem Durchschnitt.
- SGB II-Bezug, Arbeitslosigkeit über Durchschnitt.
- SGB II-Bezug bei Kindern stark rückläufig, bleibt über dem Durchschnitt.



Stadtteilprofile 2013



Pb 08

Gliesmarode / Riddagshausen

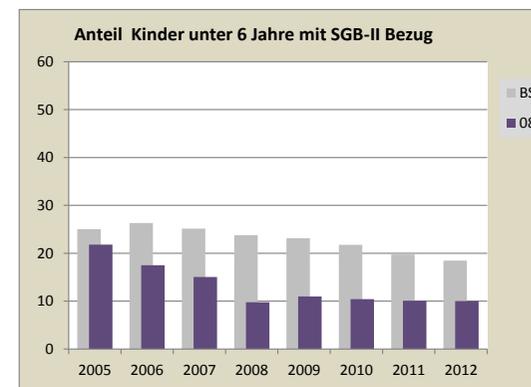
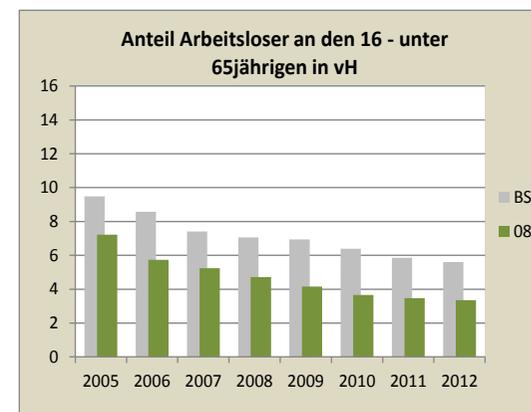
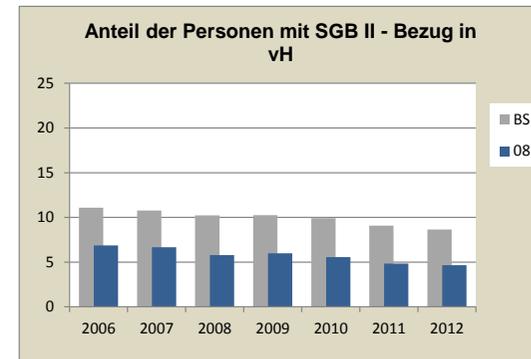
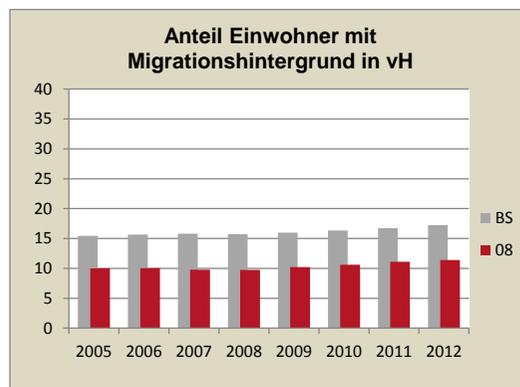
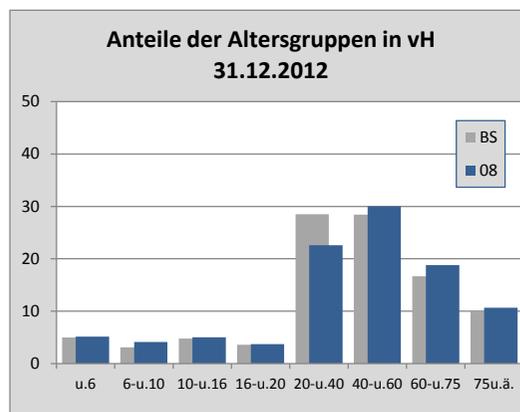
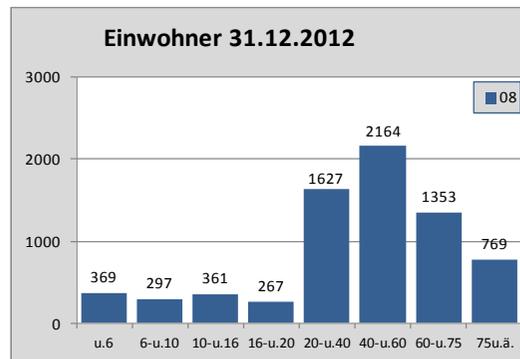
Teil des Stadtbezirks 112

Umfasst die Stat. Bezirke 18, 19, 49, 50

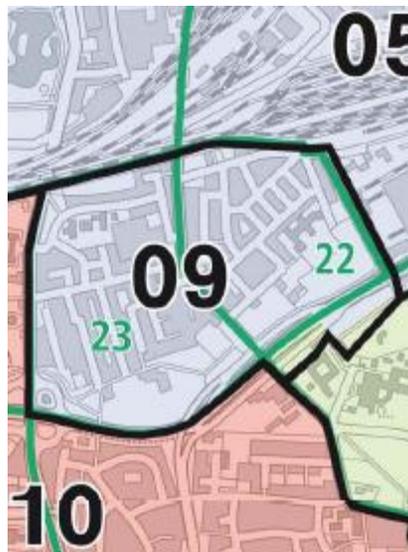
- 7.207 Einwohner. Starker Zuwachs seit 2002 (+ 15,7 %) durch alle Altersgruppen, insbesondere durch 40- bis u. 60-Jährige. Anstieg der Kinder unter 6 um 46,4 %.

- Minimal ansteigender Anteil Einwohner mit Migrationshintergrund, unterdurchschnittlicher Anteil SGB II-Bezug, abnehmender Anteil Arbeitsloser.

- Stark steigende Kinderzahl unter 6, sinkende SGB II-Quote.



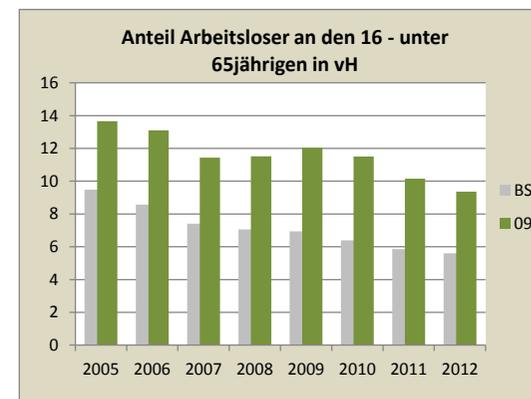
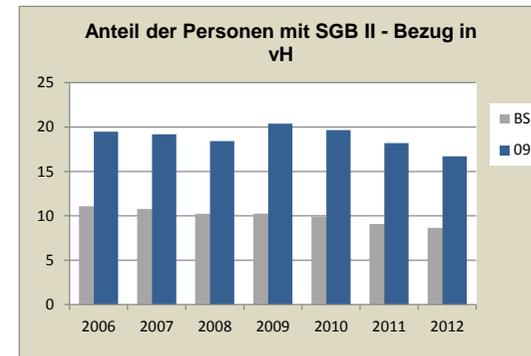
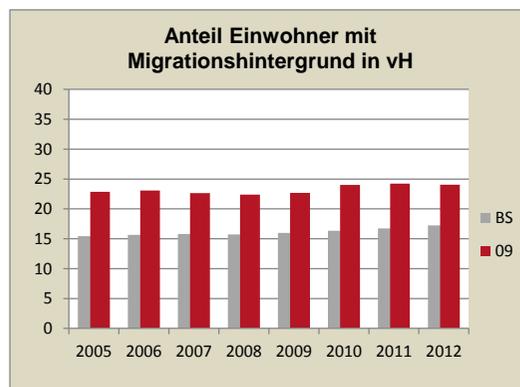
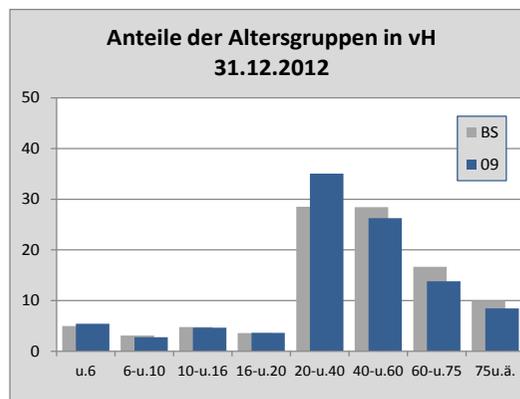
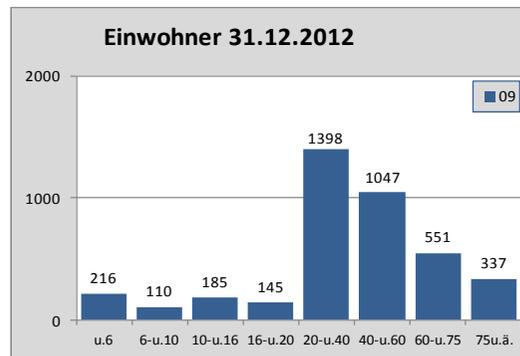
Stadtteilprofile 2013

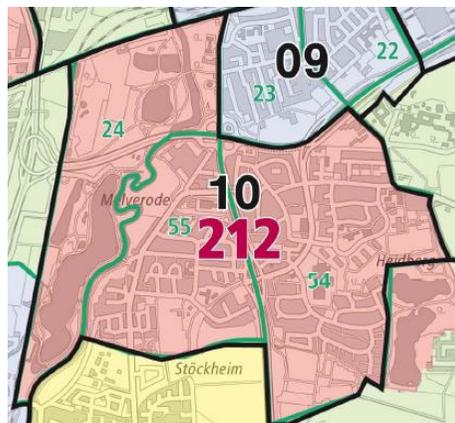


Pb 09

Zuckerbergweg / Bebelhof
Teil des Stadtbezirks 132
Umfasst die Stat. Bezirke 22 und 23

- 3.989 Einwohner. Rückgang seit 2002 um 0,5 %, v. a. Kinder u. 6 (- 8,9 %) und Altenbevölkerung 75 u. ä. (- 18,0 %).
- Anteil der Einwohner mit Migrationshintergrund weit über Durchschnitt.
- Anteil der Beziehenden von SGB II-Leistungen und Anteil Arbeitsloser weit über Durchschnitt.
- SGB II-Bezug bei Kindern extrem hoch, Rückgang seit 2009 deutlich.



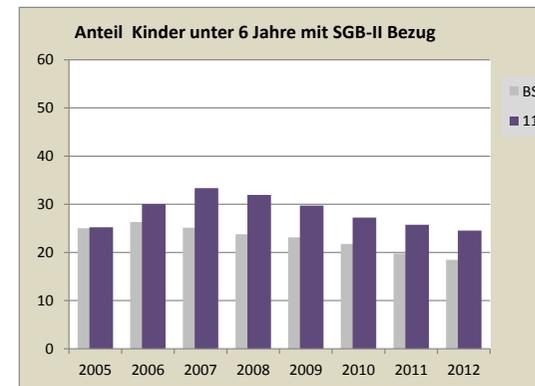
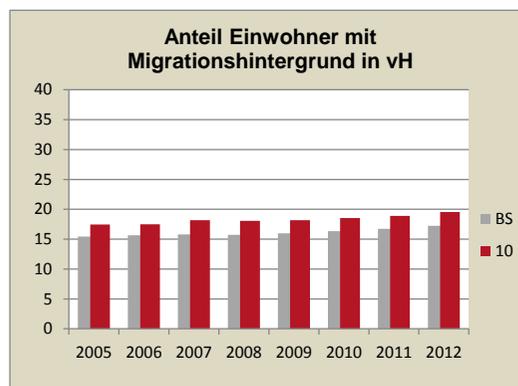
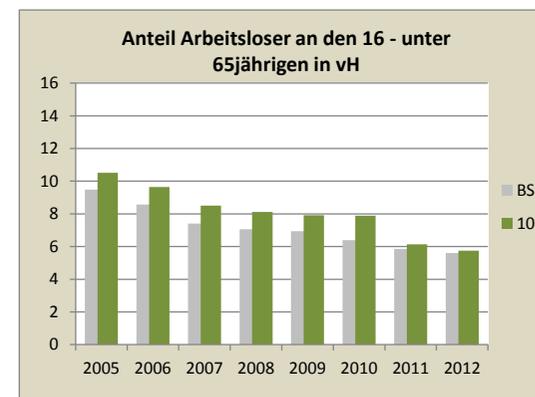
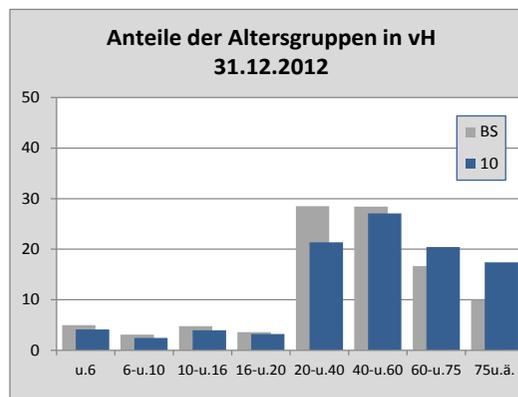
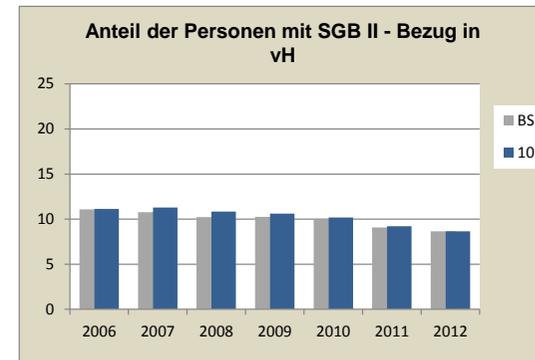
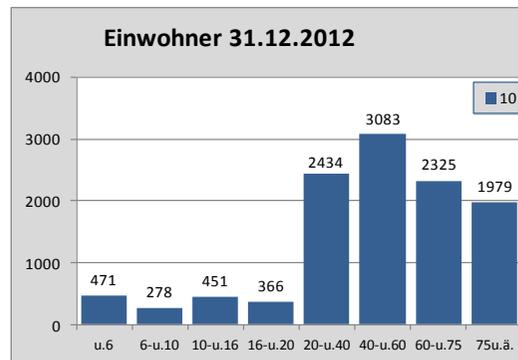


Pb 10

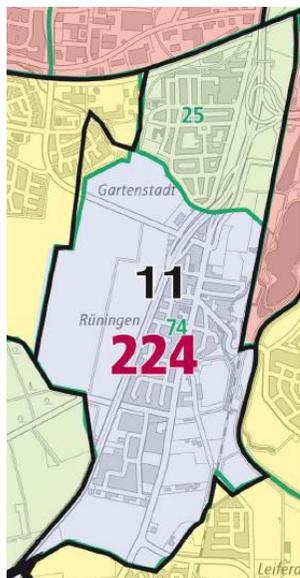
Heidberg / Melverode

In etwa identisch mit Stadtbezirk 212
Enthält die Stat. Bezirke 24, 54, 55

- 11.387 Einwohner, Rückgang seit 2002 um - 5,9 %. Rückgang u. 6 um - 9,6 %. Zweistellige Verluste in den Altersgruppen 6 bis u.10, 10 bis u.16 und 16 bis u. 20. Zuwächse bei den Älteren (+ 22,2 %) bei Rückgang jüngerer Senioren (60 bis u. 75) um - 26 %.
- Extrem hoher Anteil älterer Menschen.
- Leicht steigender überdurchschnittlicher Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund.
- SGB II-Bezug und Arbeitslosigkeit entsprechen den Stadtwerten, Anteil Arbeitsloser rückläufig.
- Anteil der Kinder mit SGB II-Bezug liegt über dem Durchschnitt.



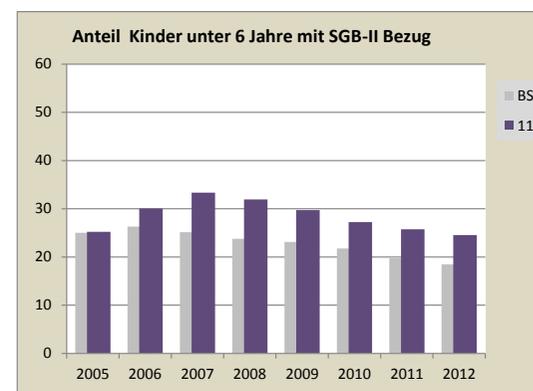
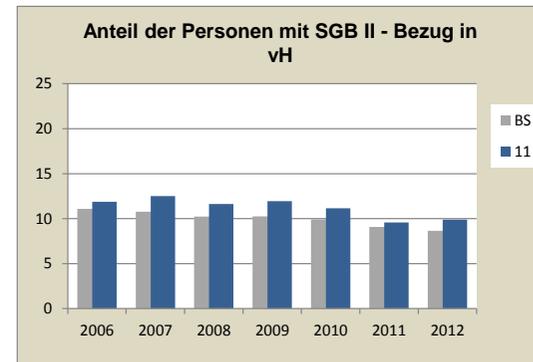
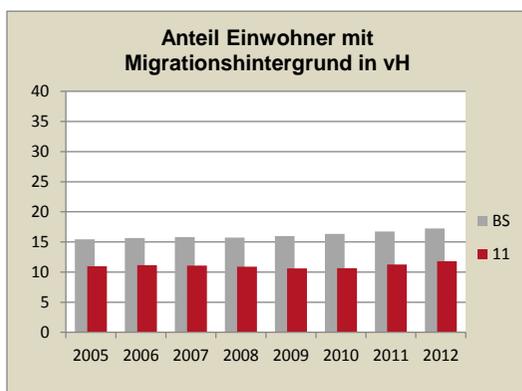
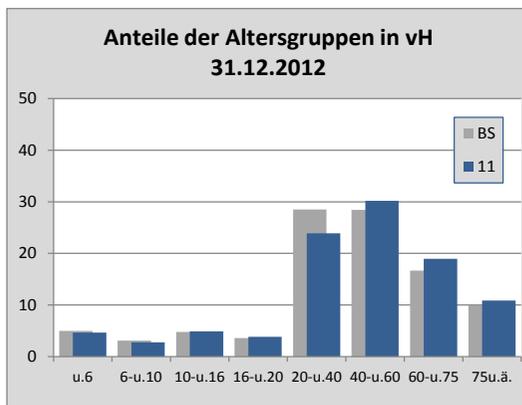
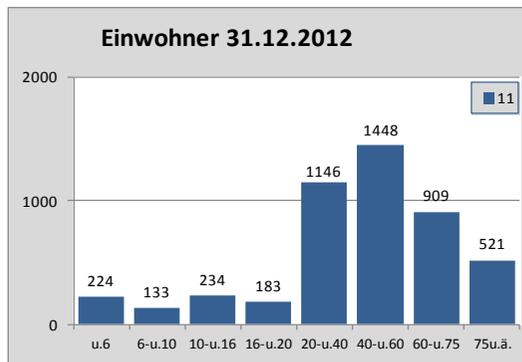
Stadtteilprofile 2013



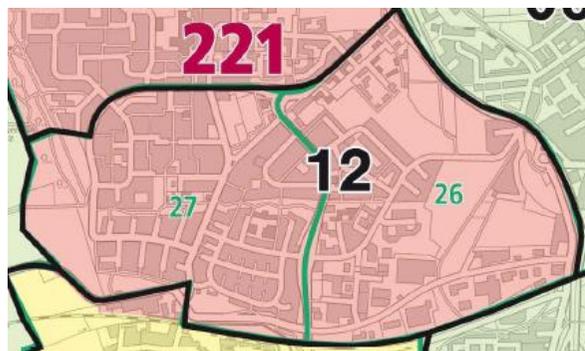
Pb 11 Gartenstadt / Rüningen

In etwa identisch mit Stadtbezirk 224 plus Gartenstadt
Umfasst die Stat. Bezirke 25 und 74

- 4.798 Einwohner, Rückgang seit 2002 um 7,4 %. Starke Verluste bei den unter 16-Jährigen, vor allem im Grundschulalter (- 25,7 %!) und bei 10- bis u.16-Jährigen (- 28,7 %)
- Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund unter Durchschnitt leicht steigend.
- Leicht überdurchschnittlicher Anteil bei SGB II-Bezug und Arbeitslosigkeit.
- Erhöhter Bezug von SGB II-Leistungen bei Kindern unter 6 Jahren.



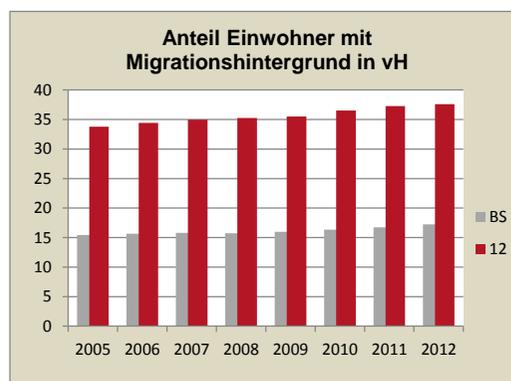
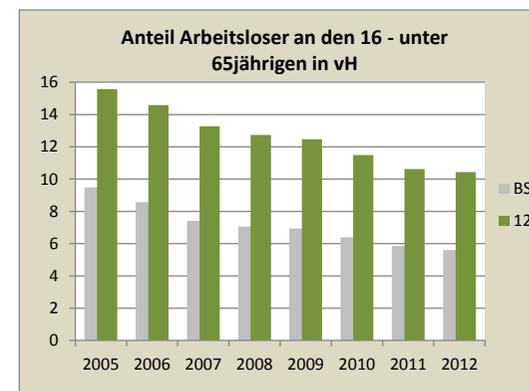
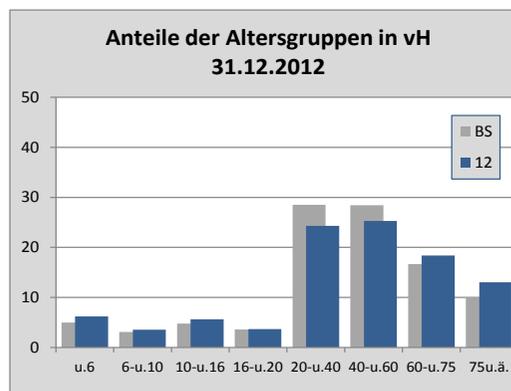
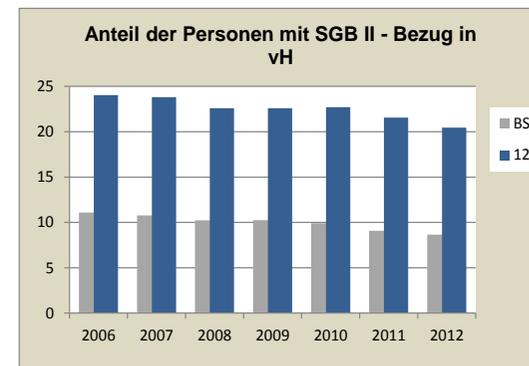
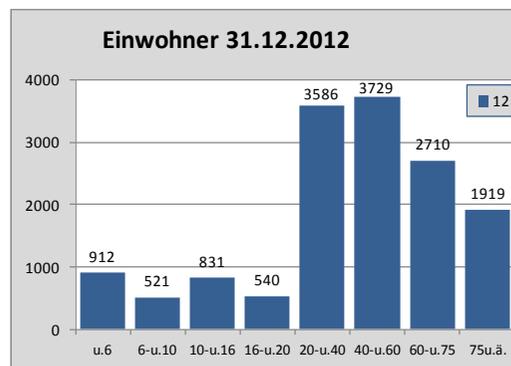
Stadtteilprofile 2013



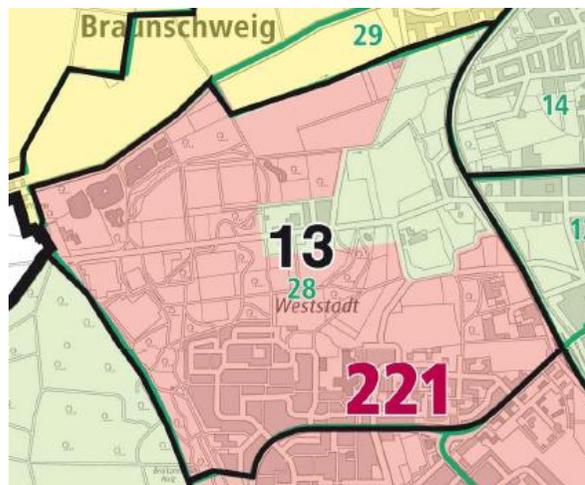
Pb 12 Weststadt Süd

Südlicher Teil des Stadtbezirks 221
Enthält die Stat. Bezirke 26 und 27

- 14.748 Einwohner. Verlust seit 2002 von 2,5 % Rückgang, v. a. bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Zuwachs der Älteren 75 u. ä. von 29,8 %.
- Hoher Anteil Älterer.
- Höchste und wachsende Anteile von Bewohnern mit Migrationshintergrund.
- Stadtweit höchster Anteil an SGB II Beziehenden und an Arbeitslosen, Rückgang geringer als im Durchschnitt.
- Sinkende Quote, aber weiterhin Extremwerte bei den Anteilen von Kindern in SGB II beziehenden Haushalten.



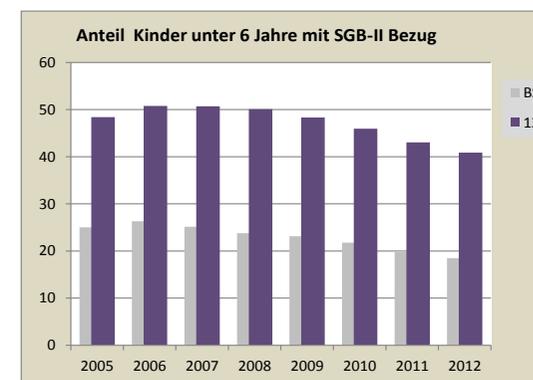
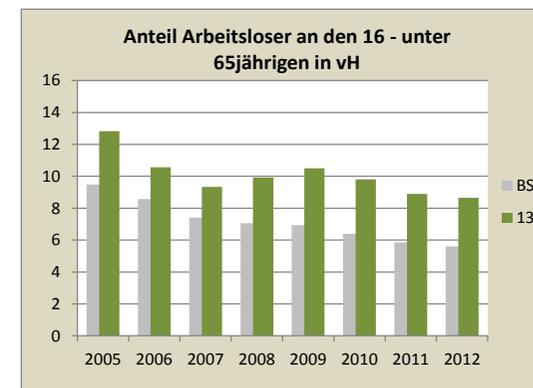
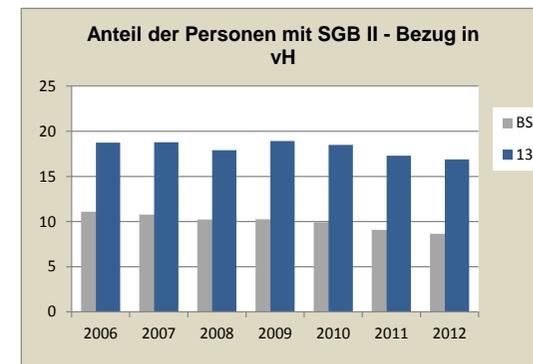
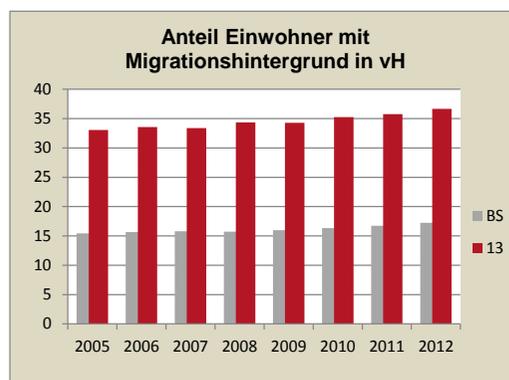
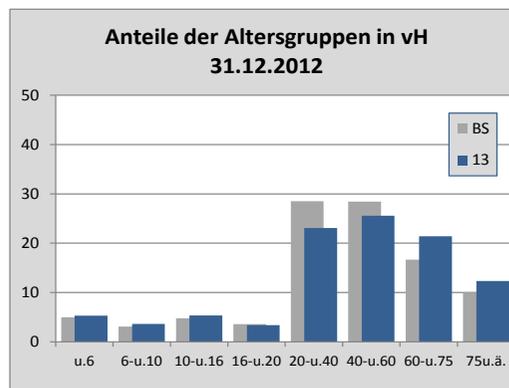
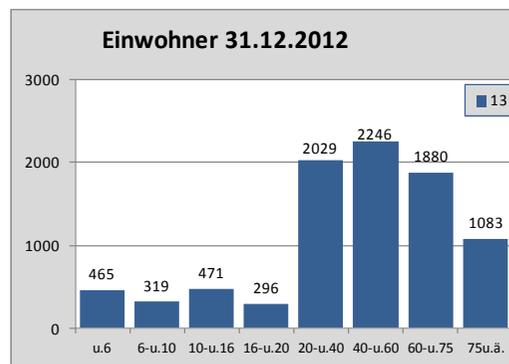
Stadtteilprofile 2013



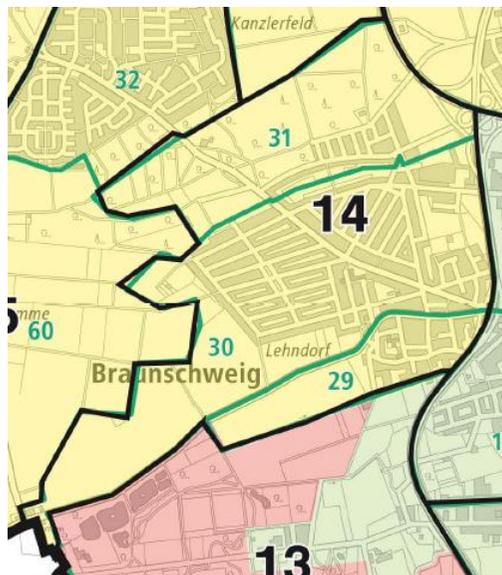
Pb 13 Weststadt Nord

Im Wesentlichen nördlicher Teil des Stadtbezirks 221
Identisch mit Statistischem Bezirk 28

- 8.789 Einwohner. Gegenüber 2002 Einwohnerverlust von 5,8 %. Größte Verluste bei den u. 20-Jährigen: 10 bis u. 16: - 23 %, 16 bis u. 20: - 33 %. Zuwächse in der Altersbevölkerung 75 und älter. Jüngere Senioren erreichen einen überdurchschnittlichen Anteil.
- Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund weit über Durchschnitt und steigend.
- Extrem hohe Werte bei den Anteilen von SGB II Beziehenden (Rückgang geringer als in der Gesamtstadt), Arbeitslosen und Kindern in SGB II-Haushalten.



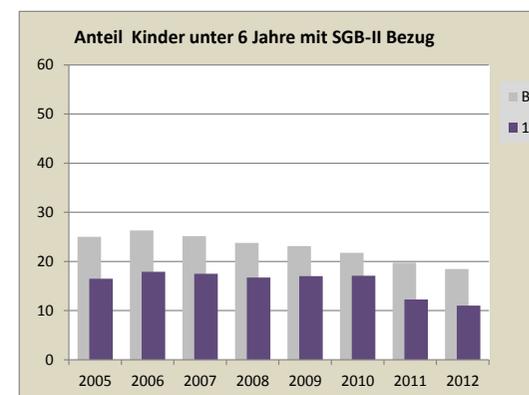
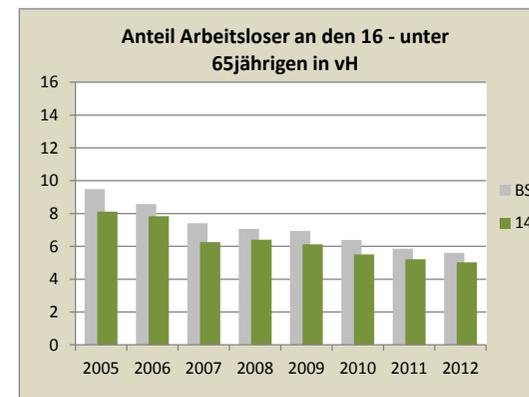
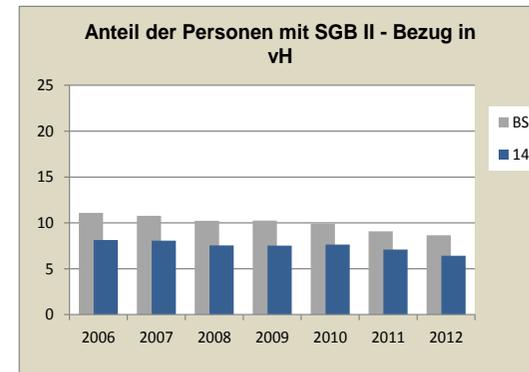
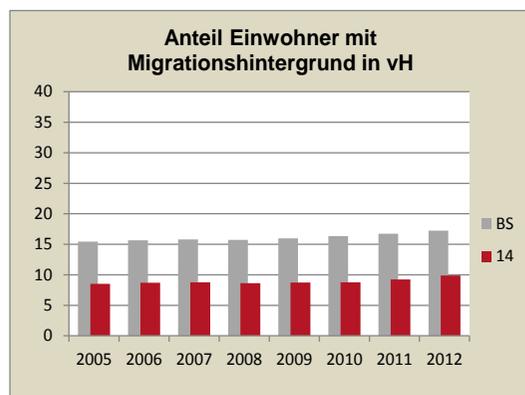
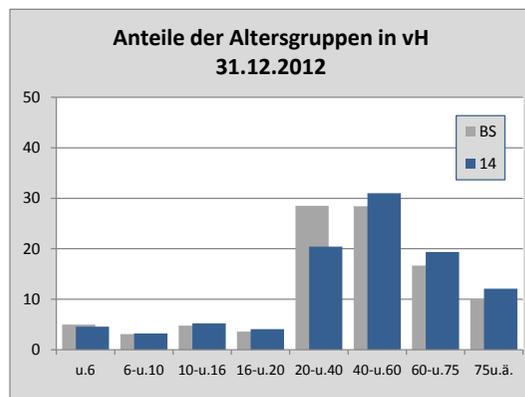
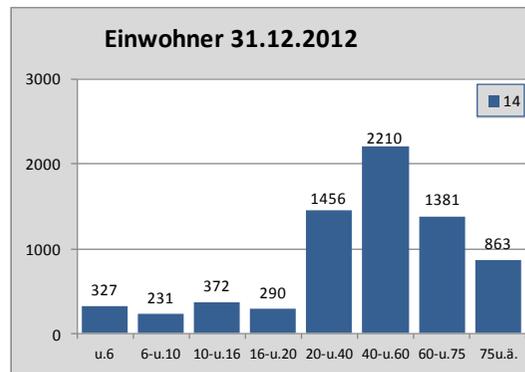
Stadtteilprofile 2013



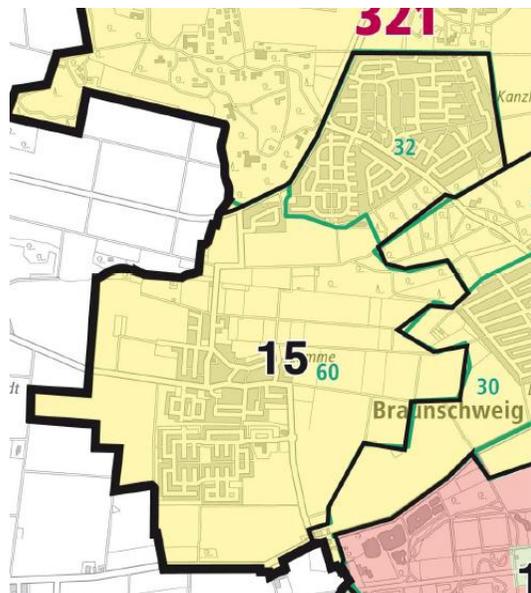
PB 14 Lehndorf

Teil des Stadtbezirks 321
Identisch mit den Stat. Bezirken 29, 30, 31

- 7.130 Einwohner. Rückgang seit 2002 um 3,2 %, v. a. bei Grundschulkindern und Jugendlichen. Leichter Anstieg der über 75-Jährigen.
- Geringer Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund.
- Unterdurchschnittliche Anteile bei SGB II-Bezug und Arbeitslosigkeit.
- Anteile von Kindern SGB II beziehenden Haushalten unterdurchschnittlich, deutlicher Rückgang ab 2011.



Stadtteilprofile 2013

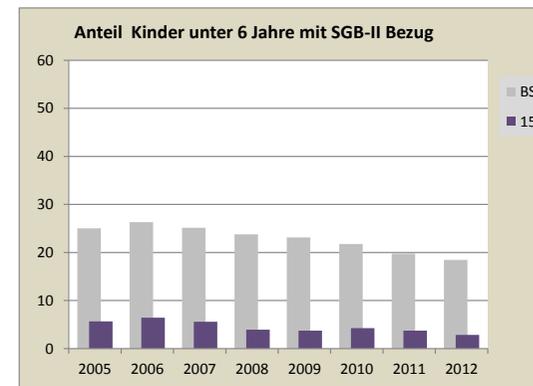
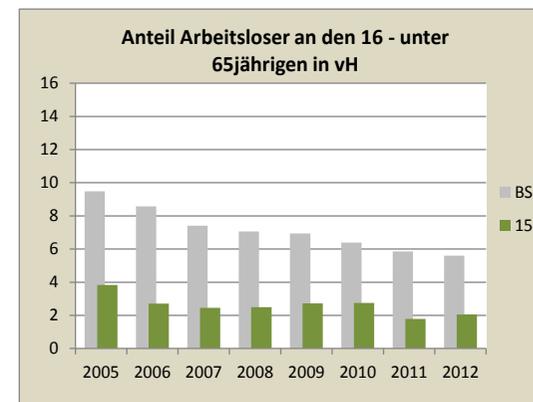
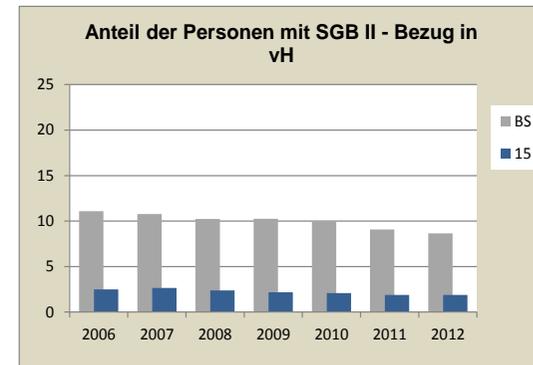
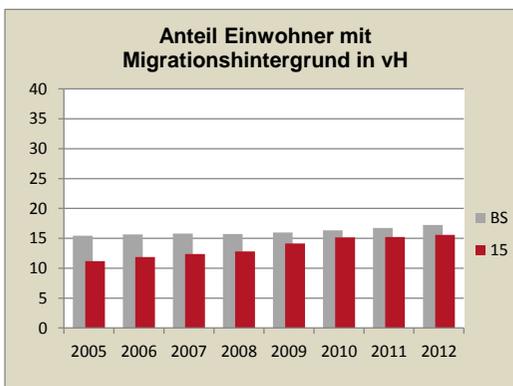
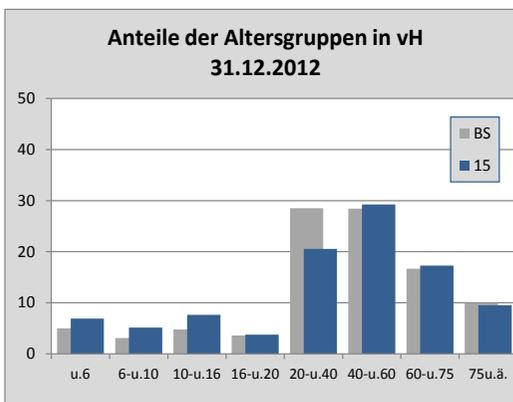
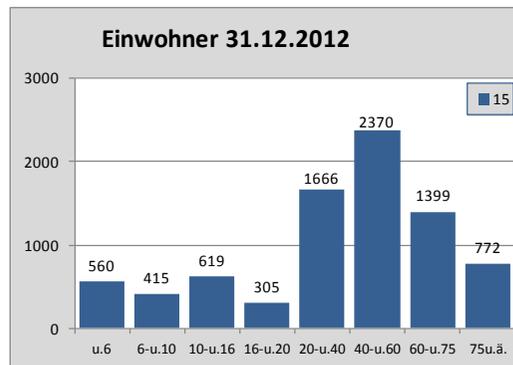


Pb 15 Kanzlerfeld / Lamme

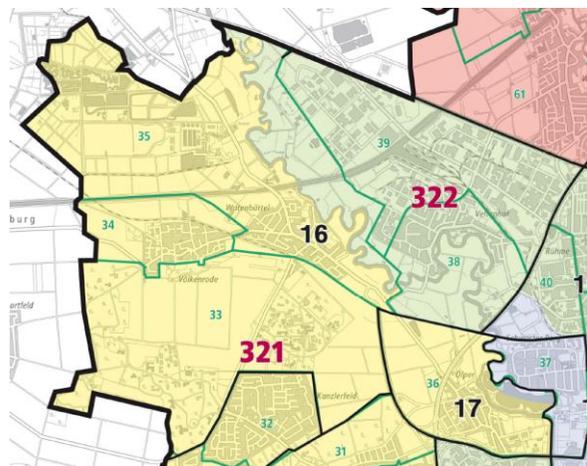
Teil des Stadtbezirks 321

Besteht aus den Stat. Bezirken 32 und 60

- 8.106 Einwohner. Massiver Zuwachs (43 %) durch Neubaugebiete in Lamme, Verdoppelung der Kinderzahl u. 10, gleichzeitig massiver Anstieg der über 75-Jährigen (+ 58 %). Unterschiedliche Entwicklungen in Kanzlerfeld und Lamme.
- Anstieg des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund bis nahe stadtweitem Durchschnitt.
- Anteil von Personen mit SGB II-Bezug und Arbeitslosen sehr gering.
- SGB II-Bezug bei Kindern gering.



Stadtteilprofile 2013



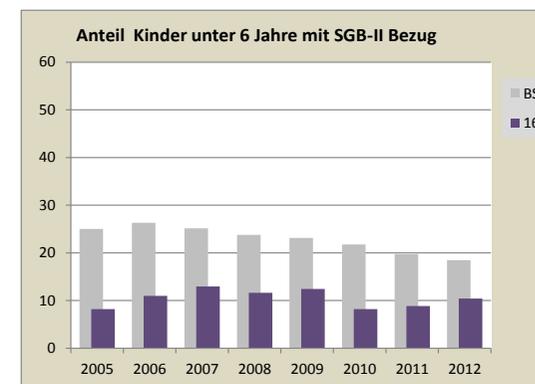
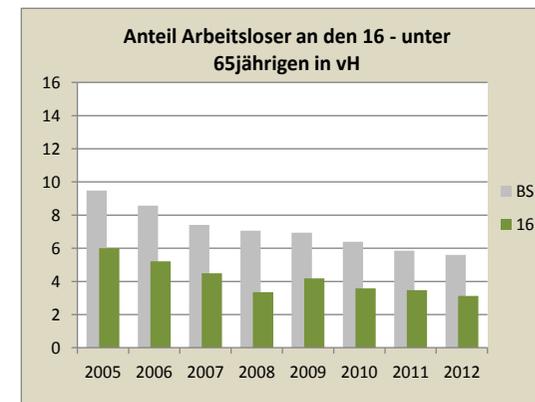
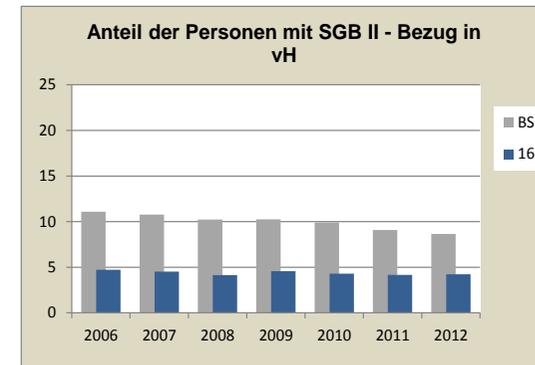
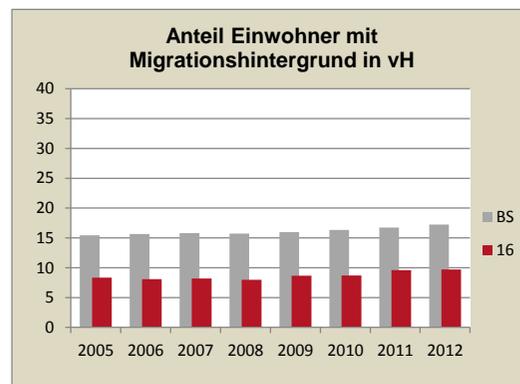
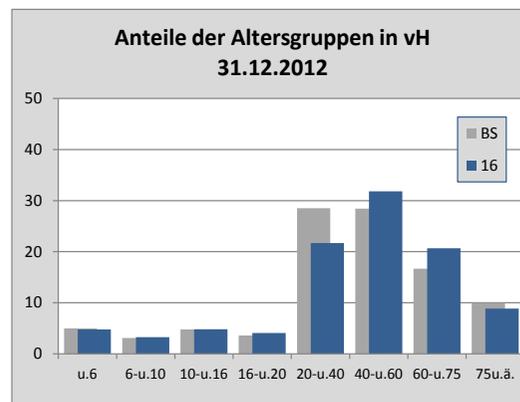
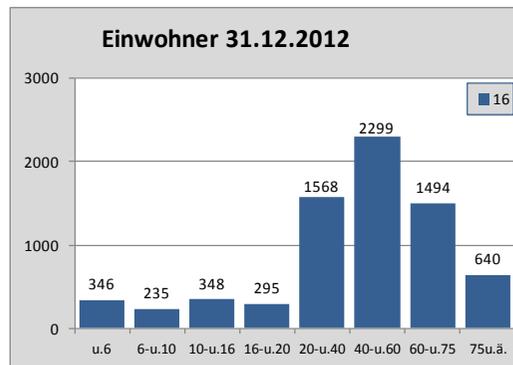
Pb 16

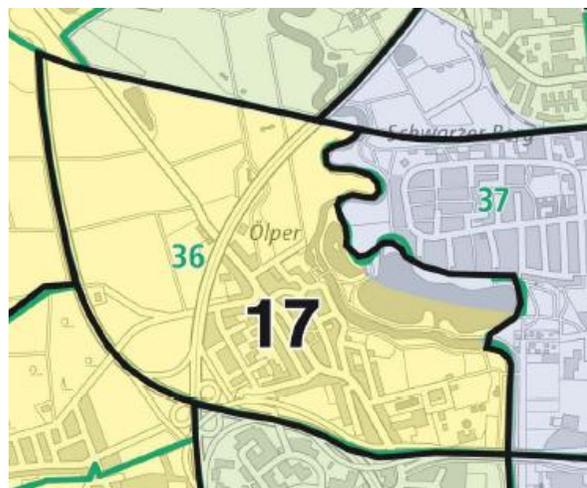
Völkenrode/Watenbüttel/Veltenhof

Liegt jeweils teilweise in den Stadtbezirken 321 und 322

Umfasst die Stat. Bezirke 33, 34, 35, 38, 39

- 7.225 Einwohner. Rückgang seit 2002 um 5,9 % vor allem durch rückläufige Zahlen von Kindern (6 bis u.10:- 23,5 %) und Jugendlichen (10 bis u.16: - 30 %). Anstieg der Altenbevölkerung um ein Drittel.
- Überdurchschnittlicher Anteil von 40- bis u. 60-Jährigen und 60- bis u. 75-Jährigen.
- Anteile der Migrationsbevölkerung, der SGB II Beziehenden, der Arbeitslosen und der Kinder in SGB II beziehenden Haushalten weit unter den stadtweiten Werten.

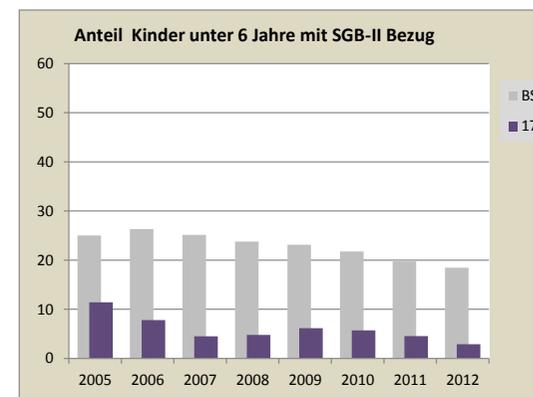
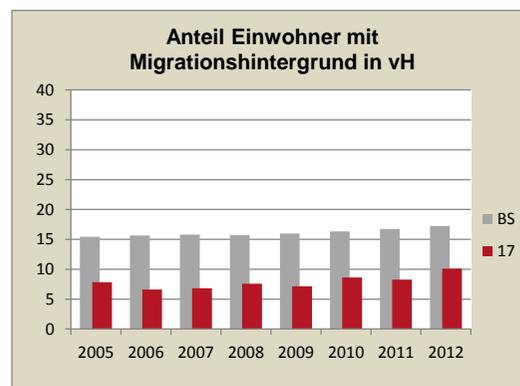
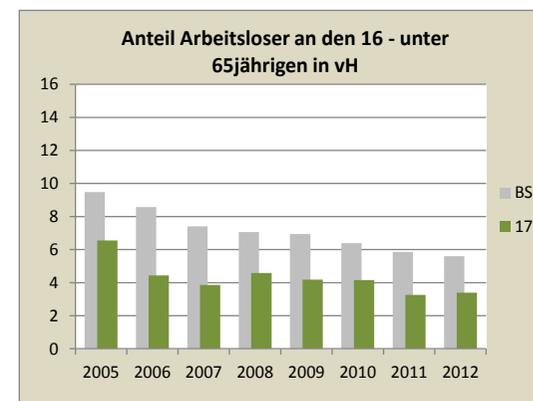
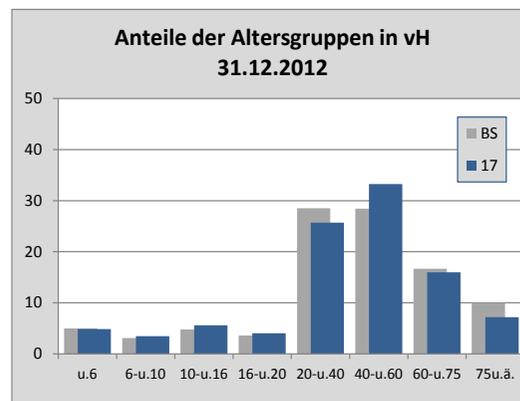
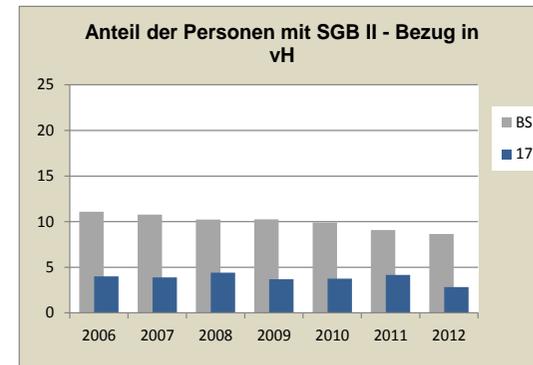
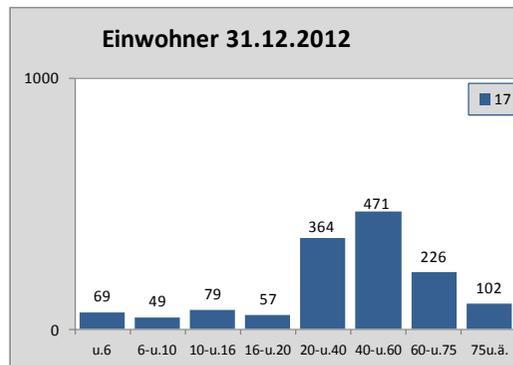




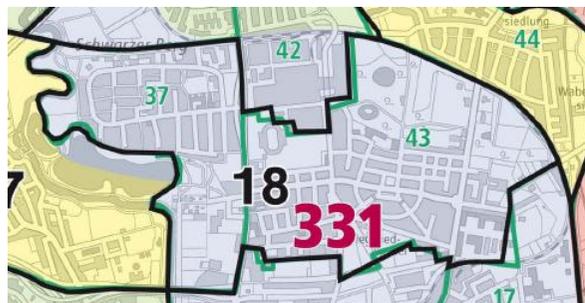
Pb 17 Ölper

Teil des Stadtbezirks 321
Identisch mit Stat. Bezirk 17

- 1.417 Einwohner. Entwicklung seit 2002 Zunahme um 1,8 %. Deutlicher Rückgang der Kinder und Jugendlichen (u. 6: - 26 %, 10- bis u.16: - 23 %).
- Leichter Anstieg der Einwohner mit Migrationshintergrund, bleibt weit unter dem stadtweiten Durchschnitt.
- SGB II-Bezug gering, auch Arbeitslosigkeit unter dem Durchschnitt. SGB II-Bezug bei Kindern gering und sinkend.



Stadtteilprofile 2013

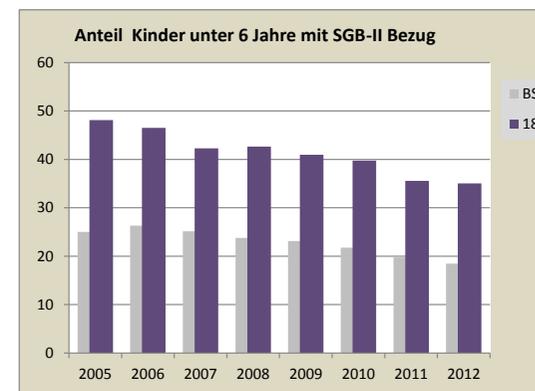
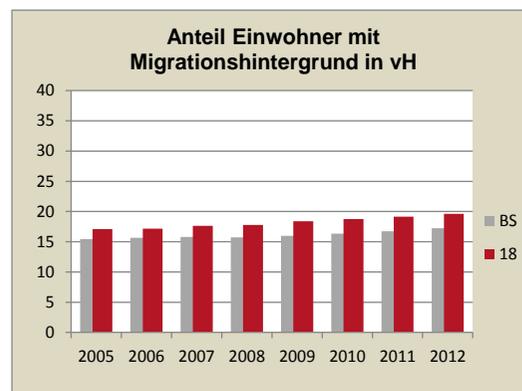
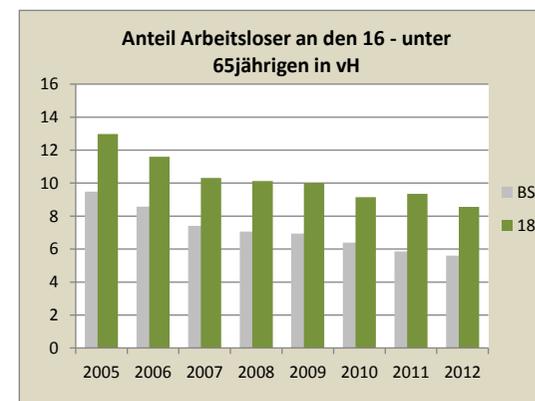
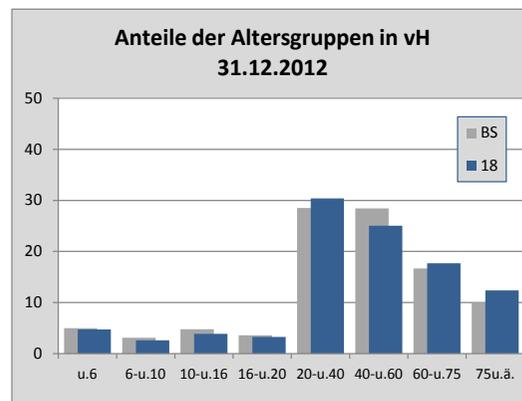
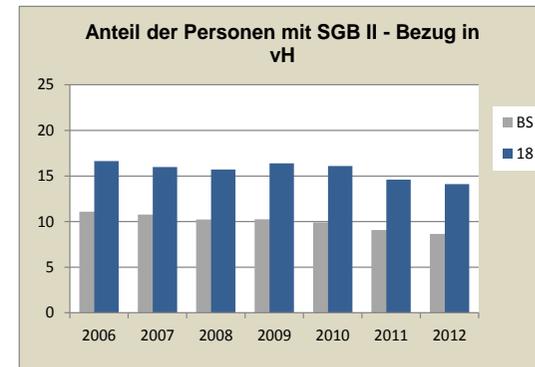
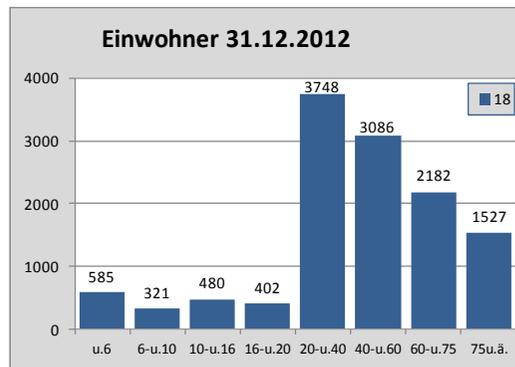


Pb 18

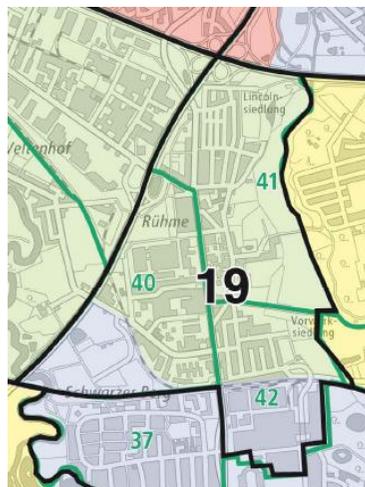
Siegfriedviertel / Schwarzer Berg

Teil des Stadtbezirks 331.
Umfasst die Stat. Bezirke 37 und 43

- 12.331 Einwohner. Rückgang seit 2002 um 2,3 % insbesondere bei älteren Kindern und Jugendlichen, aber auch in der Altenbevölkerung.
- Leicht erhöhter Anteil Älterer bleibt.
- Anteil der Migrationsbevölkerung leicht über dem Durchschnitt.
- Deutlich überdurchschnittliche Anteile von SGB II Beziehenden und Arbeitslosen.
- Hoher Anteil von Kindern in SGB II-Haushalten, leicht rückläufig bis 2011.



Stadtteilprofile 2013

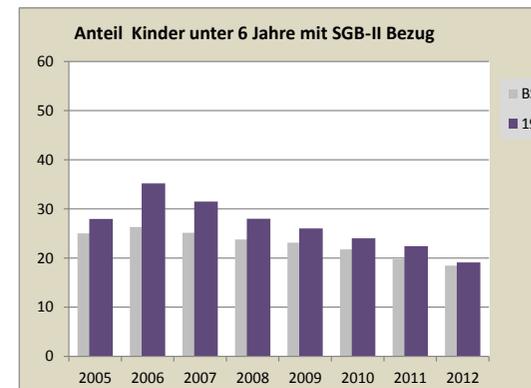
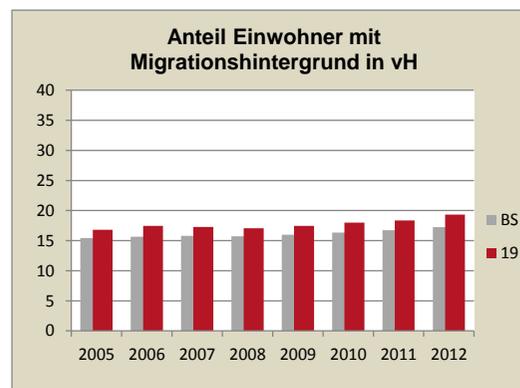
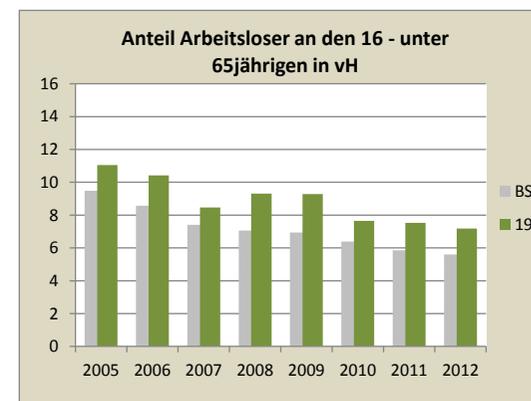
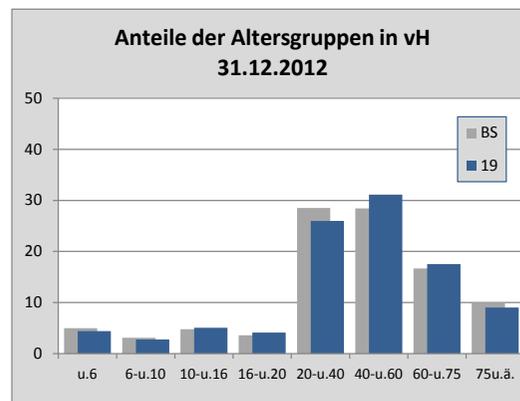
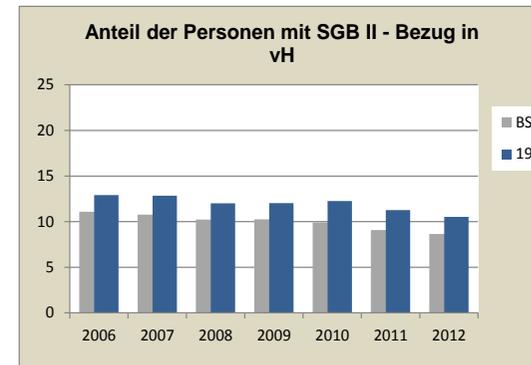
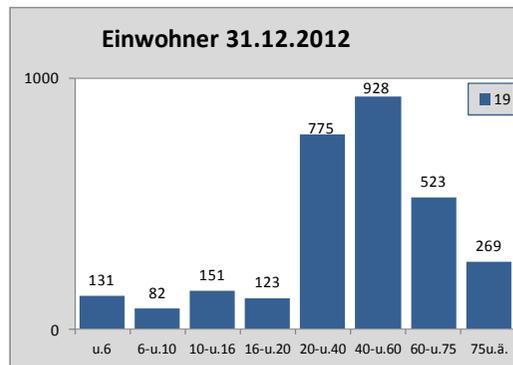


PB 19

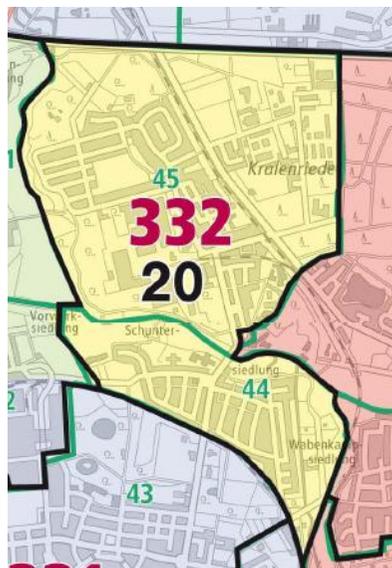
Rühme / Vorwerksiedlung

Im Wesentlichen Teil des Stadtbezirks 322. Enthält die Stat. Bezirke 40, 41, 42

- 2.982 Einwohner. Seit 2002 Rückgang um 4,5 %, vor allem bei Kindern und jüngeren Erwachsenen.
- Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund, SGB II-Bezug und Arbeitslosigkeit leicht über dem Durchschnitt.
- Bei Kindern in SGB II beziehenden Haushalten sinkende Quoten, nähern sich dem Durchschnitt der Stadt an.



Stadtteilprofile 2013



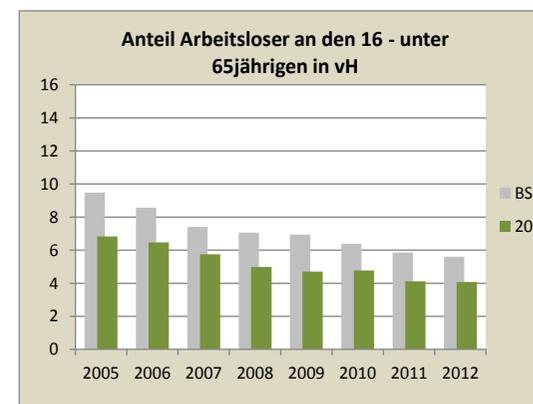
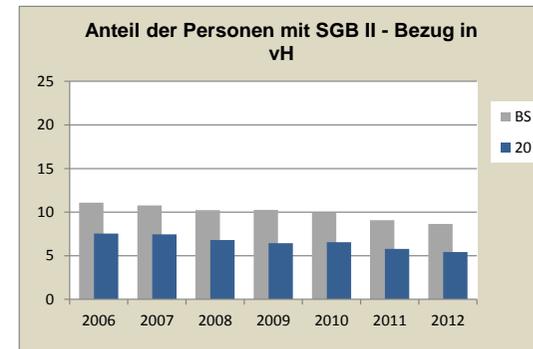
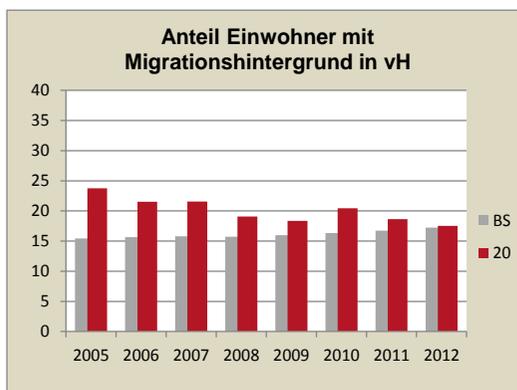
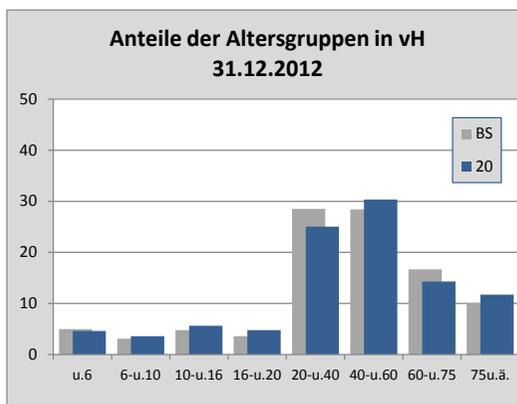
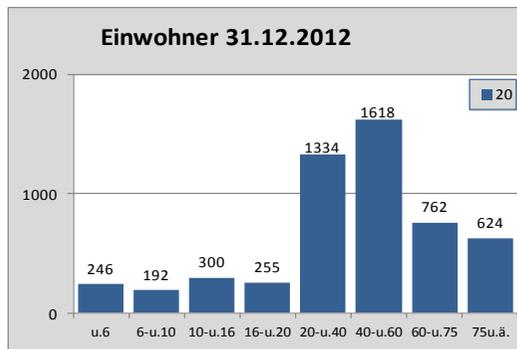
Pb 20

Kralenriede / Schuntersiedlung

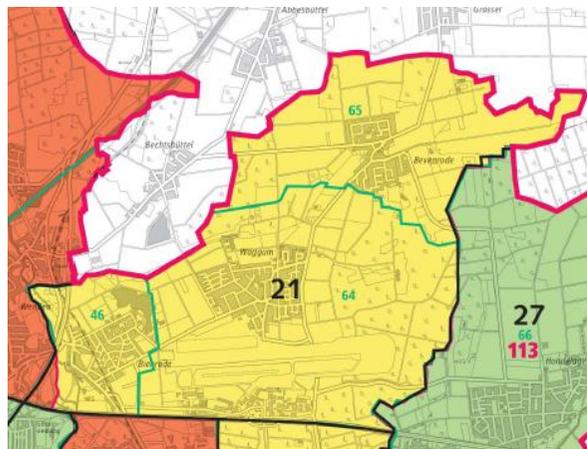
Identisch mit Stadtbezirk 332

Umfasst die Stat. Bezirke 44 und 45

- 5.331 Einwohner. Seit 2002 Rückgang um 8,6 % durch fast alle Altersgruppen bei Zunahme der Älteren.
- Überdurchschnittlicher Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund, v. a. durch Ansiedlung der Landesaufnahmebehörde in Kralenriede.
- Arbeitslosigkeit, SGB II-Bezug insgesamt und bei Kindern deutlich unter dem Durchschnitt.



Stadtteilprofile 2013

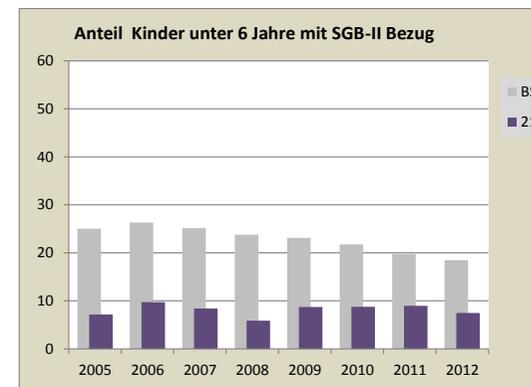
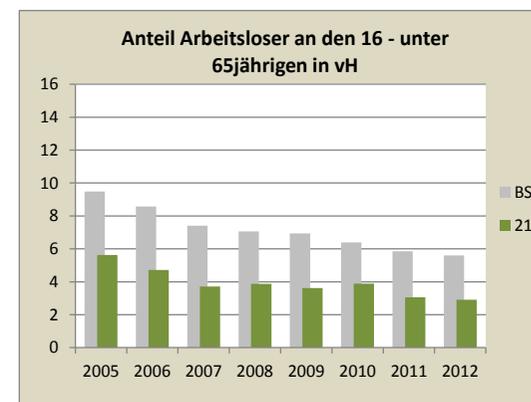
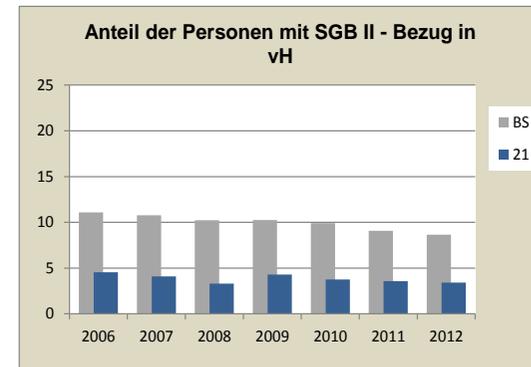
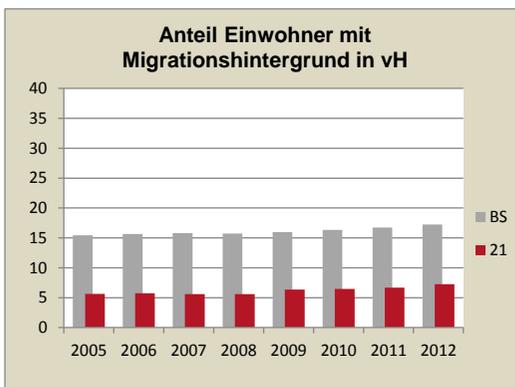
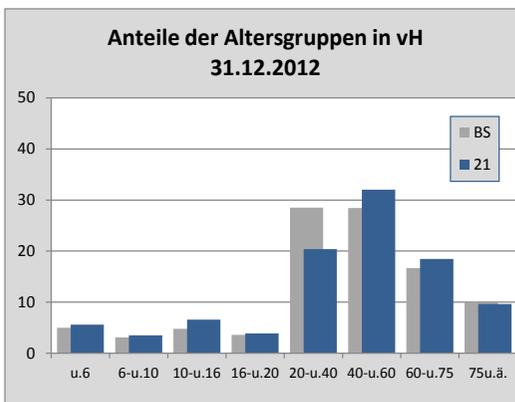
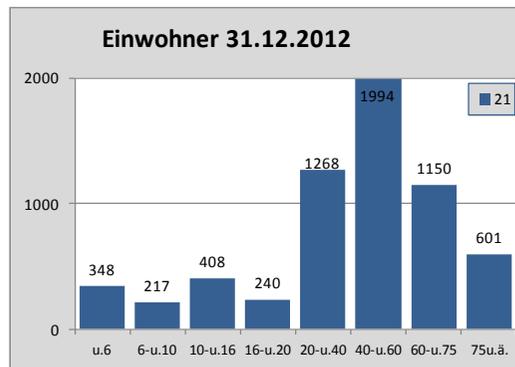


Pb 21

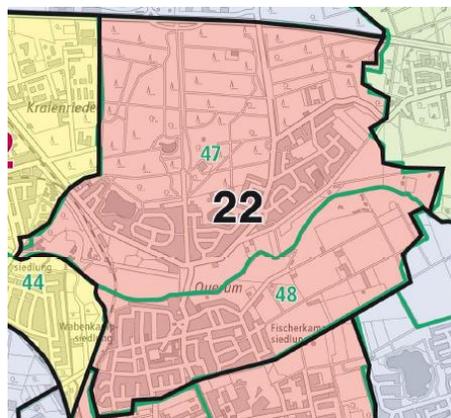
Bienrode / Waggum / Bevenrode

Teil der Stadtbezirks 112.
Umfasst die Stat. Bezirke 56, 64, 65

- 6.626 Einwohner. Zuwachs seit 2002 um 3,9 %. Starker Zuwachs der Älteren 75 u. ä. um 50 %.
- Anteile von Menschen mit Migrationshintergrund gering.
- Anteile von Personen mit SGB II-Bezug auch von Kindern und von Arbeitslosen weit unter dem Durchschnitt.



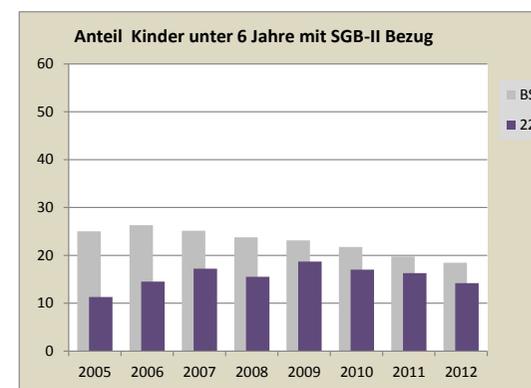
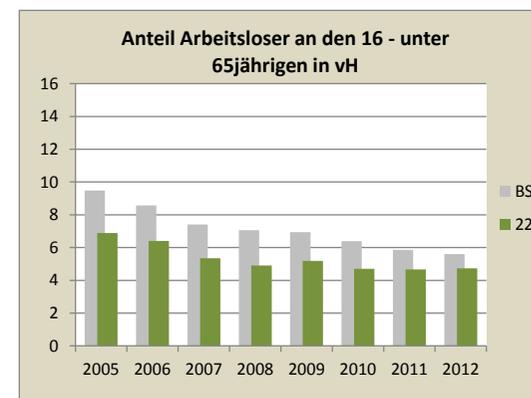
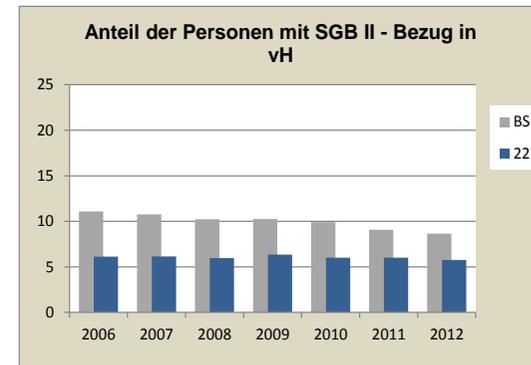
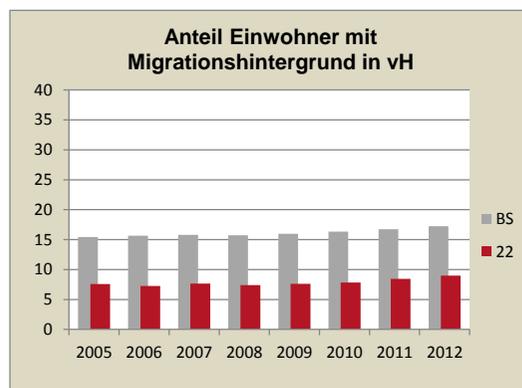
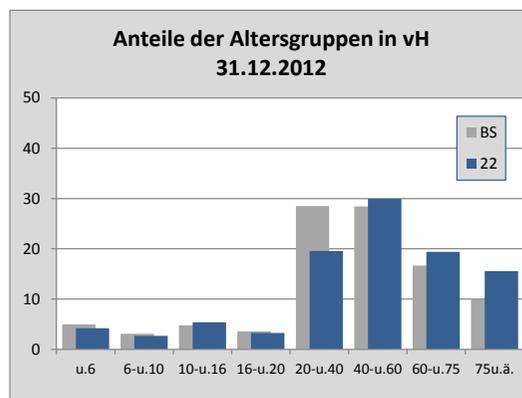
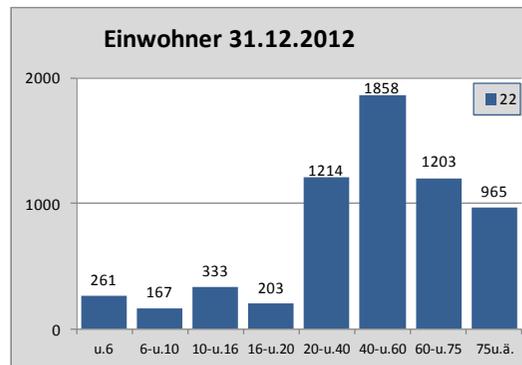
Stadtteilprofile 2013



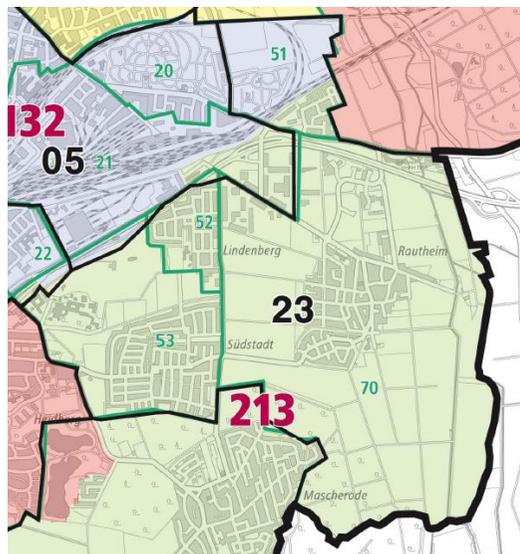
Pb 22 Querum

Teil des Stadtbezirks 112.
Umfasst die Stat. Bezirke 47 und 48

- 6.204 Einwohner. Rückgang seit 2002 um 3,2 % v. a. bei Kindern (u. 6: - 6 %, 6 bis u.10: - 14 %) und jüngeren Erwachsenen.
- Geringer Anteil von Erwachsenen zwischen 20 und 40, hoher Anteil Älterer (Pflegeeinrichtungen).
- Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund unterhalb der Hälfte des Durchschnittswerts.
- Auch die Anteile der SGB II Beziehenden und der Arbeitslosen unter Durchschnitt.
- Unterdurchschnittliche Werte für den SGB II-Bezug von Kindern, nähern sich aber den stadtweiten Werten.



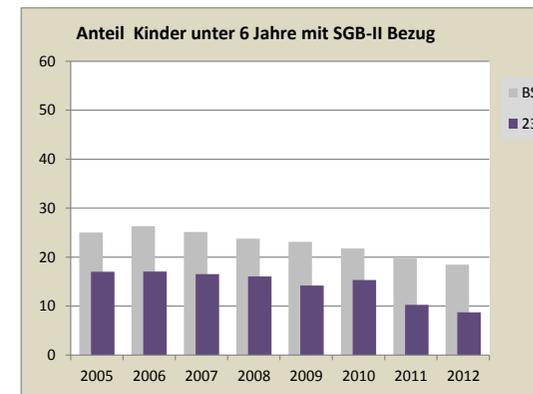
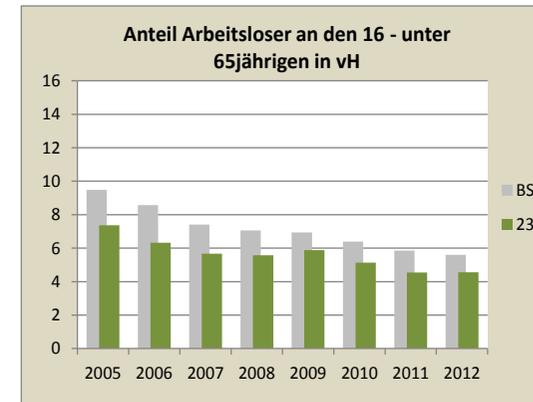
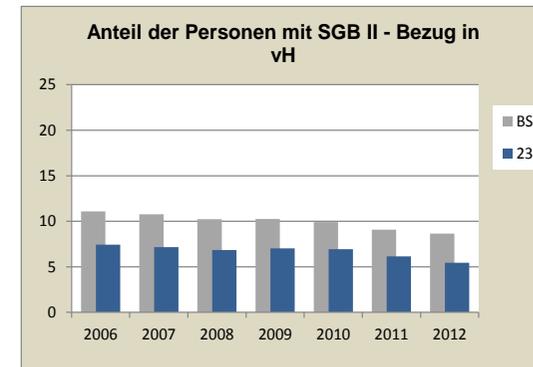
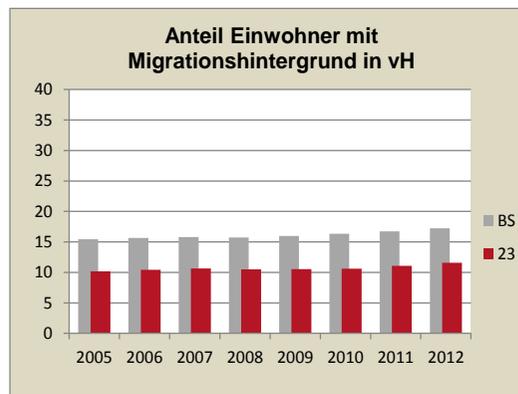
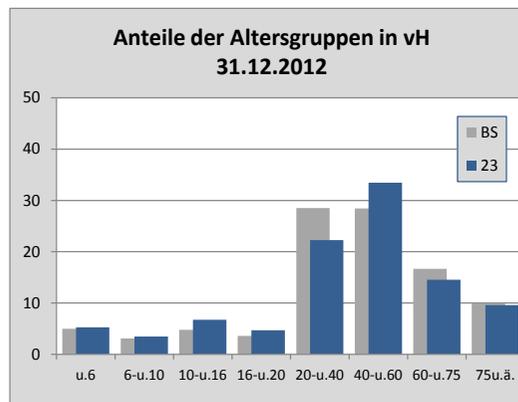
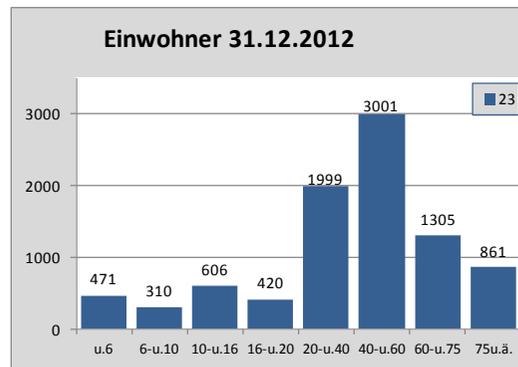
Stadtteilprofile 2013



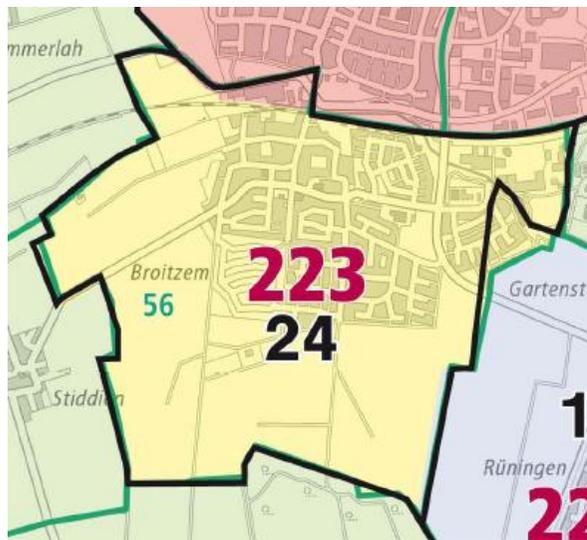
Pb 23 Südstadt / Rautheim

Teil des Stadtbezirks 213
Umfasst Stat. Bezirke 52, 53, 70

- 8.973 Einwohner. Seit 2002 Zuwachs um 5,7 %. Rückgang der Zahlen der jüngeren Kinder, starker Anstieg der Zahl der älteren Kinder und Jugendlichen (16 bis u. 20: + 30 %).
- Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund konstant ca. 10 %.
- Anteil der Menschen mit SGB-II Bezug und Arbeitslose unterdurchschnittlich.
- Anteil von Kindern in SGB-II beziehenden Haushalten unter den Werten der Stadt, auffälliger Rückgang 2011.



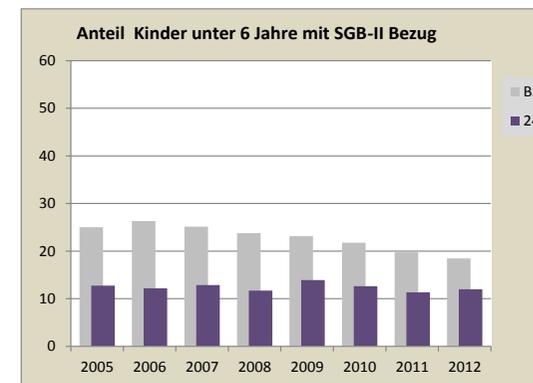
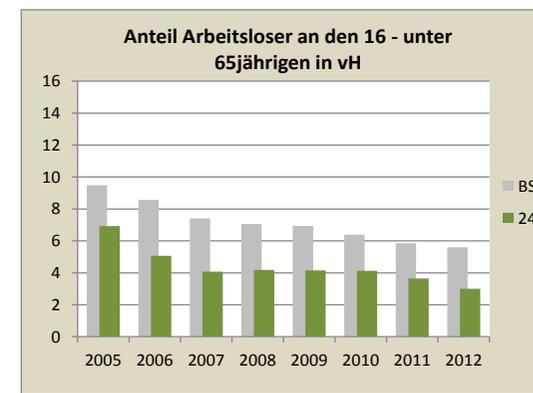
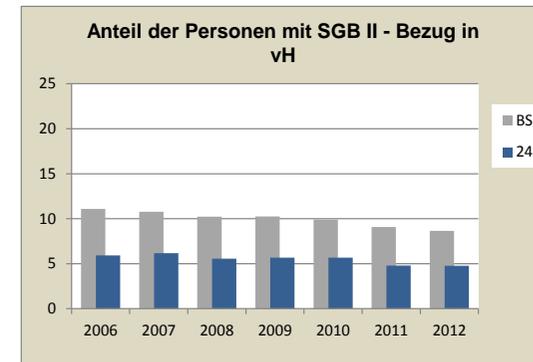
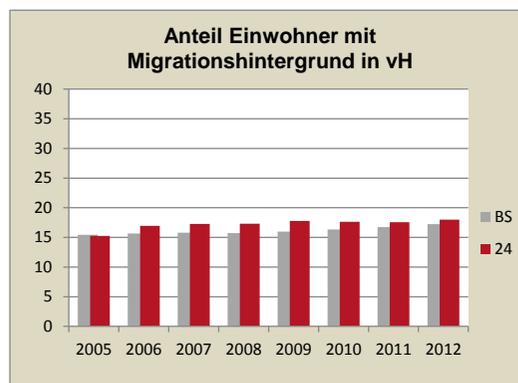
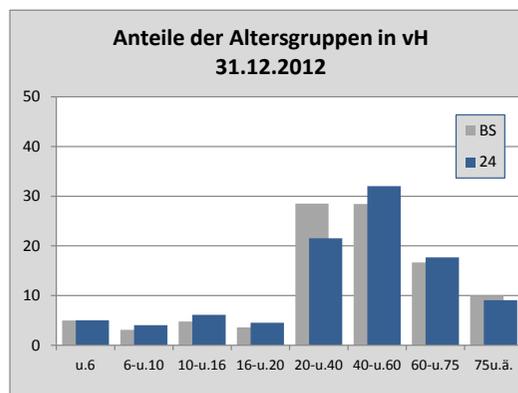
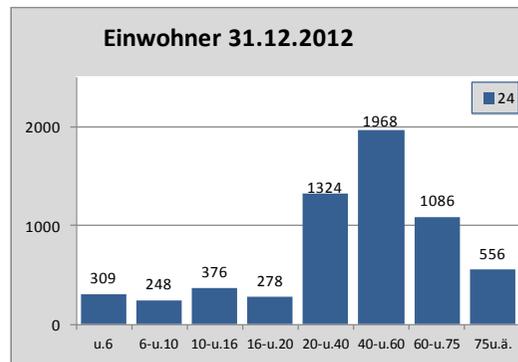
Stadtteilprofile 2013



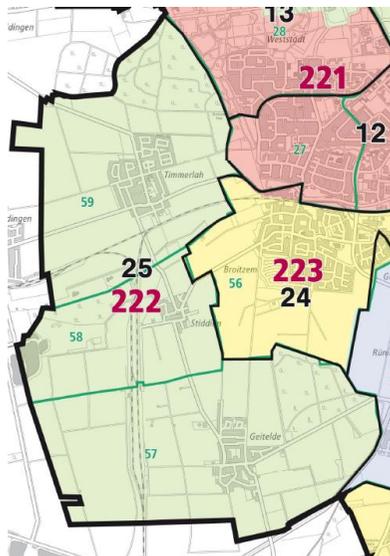
PB 24 Broitzem

Mit geringen Abweichungen identisch mit Stadtbezirk 223.
Identisch mit Stat. Bezirk 56

- 6.145 Einwohner. Zunahme seit 2002 um 16 % in allen Altersgruppen. Deutlicher Anstieg der 75-Jährigen und Älteren um 59 %.
- Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund leicht über dem Durchschnitt (v. a. Spätaussiedler),
- Anteile von Bewohnern mit SGB II-Bezug und Arbeitslosen sowie von Kindern mit SGB II-Bezug weit unter Durchschnitt.



Stadtteilprofile 2013

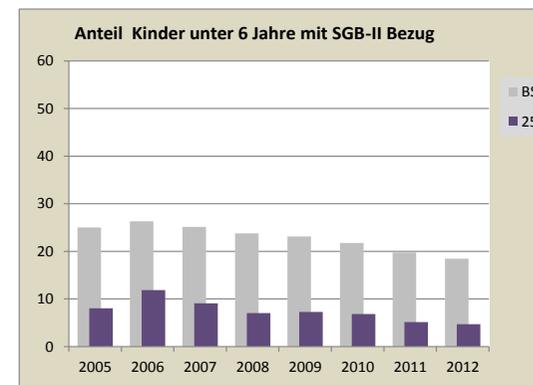
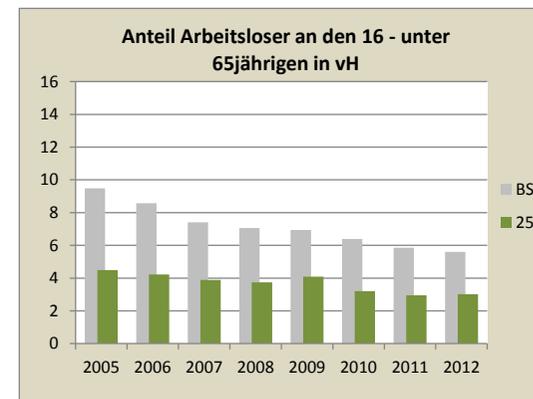
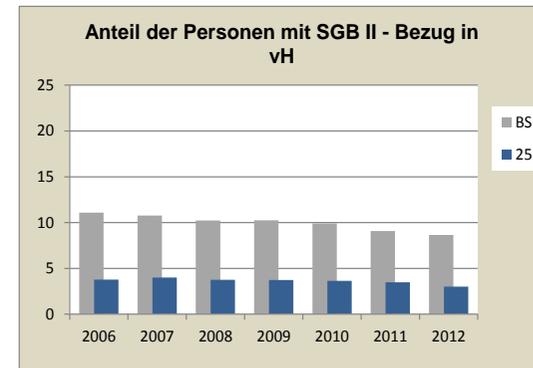
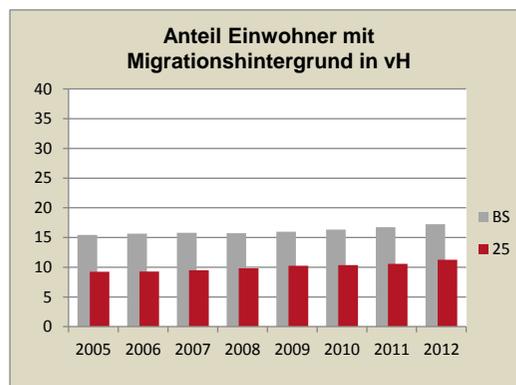
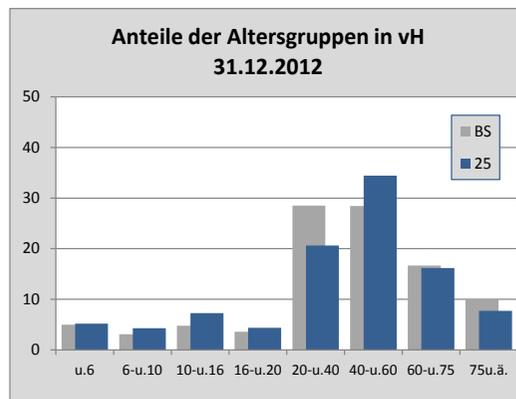
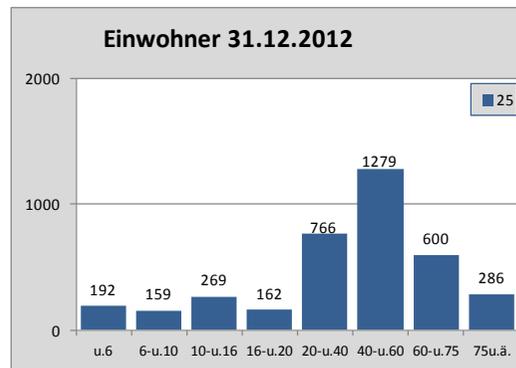


PB 25

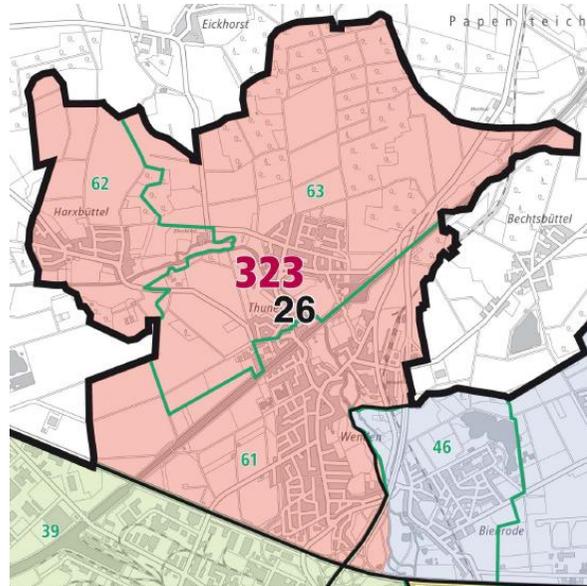
Geitelde / Stiddien / Timmerlah

Identisch mit Stadtbezirk 222.
Umfasst die Stat. Bezirke 57, 58, 59

- 3.713 Einwohner. Zunahme seit 2002 um 18 % quer durch alle Altersgruppen, v. a. in den Altersgruppen 16 bis u. 20 (+ 42 %), 40 bis u. 60 (+ 40 %) und ab 75 (+ 36 %).
- Anteile der Bewohner mit Migrationshintergrund unter dem städtischen Durchschnitt.
- Anteile der Arbeitslosen weit unter dem gesamtstädtischen Wert.
- Anteile der Personen mit SGB-II Bezug, auch von Kindern, gering.



Stadtteilprofile 2013

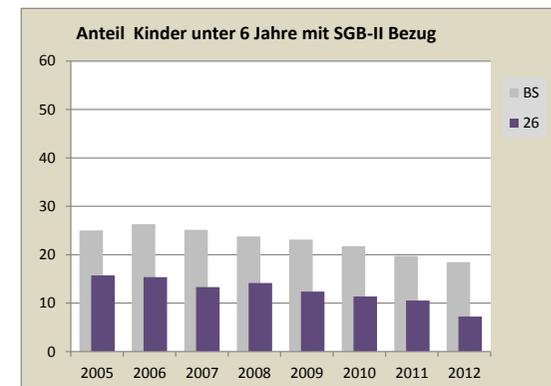
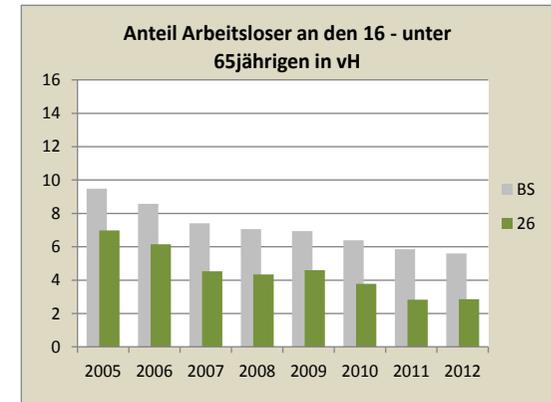
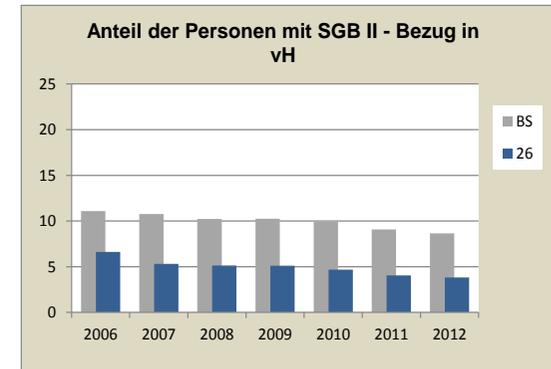
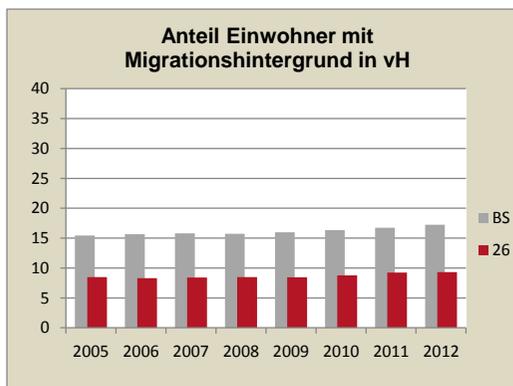
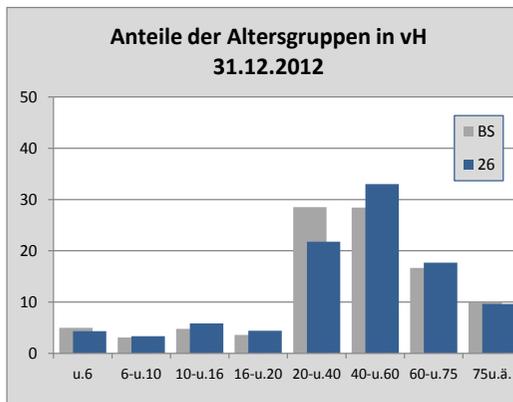
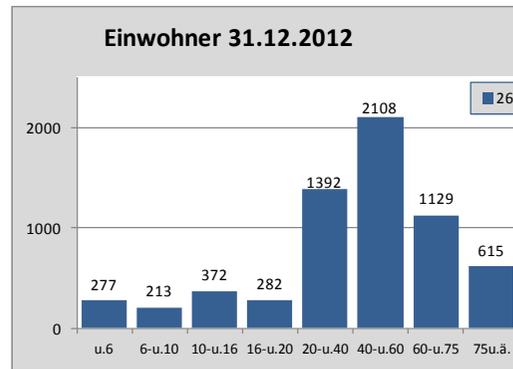


PB 26

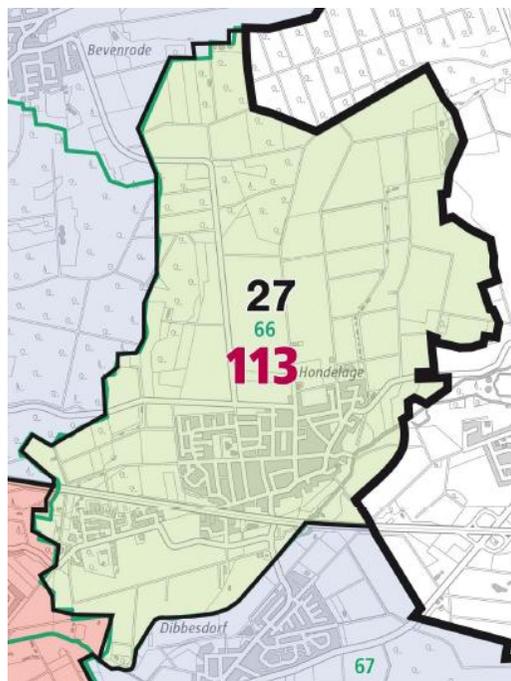
Wenden / Harxbüttel / Thune

In etwa identisch mit Stadtbezirk 323.
Umfasst die Stat. Bezirke 61, 62, 63.

- 6.388 Einwohner. Rückgang seit 2002 um 2 %, ergibt sich aus starkem Rückgang der Kinderzahlen (u. 6: - 23 %, 6 bis u.10: - 27 %) und starkem Anstieg der Ältesten (ab 75: + 43 %).
- Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund, der SGB-II Beziehenden, der Arbeitslosen und der Kinder mit SGB-II Bezug weit unter den städtischen Durchschnittswerten.



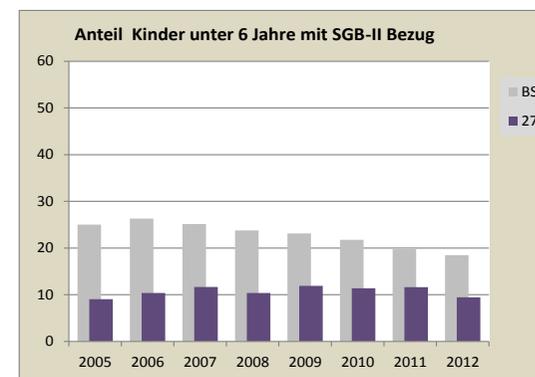
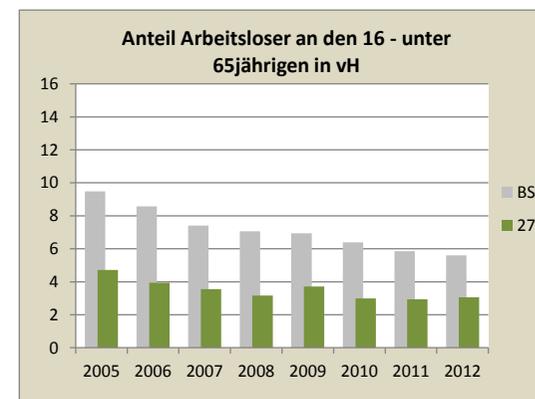
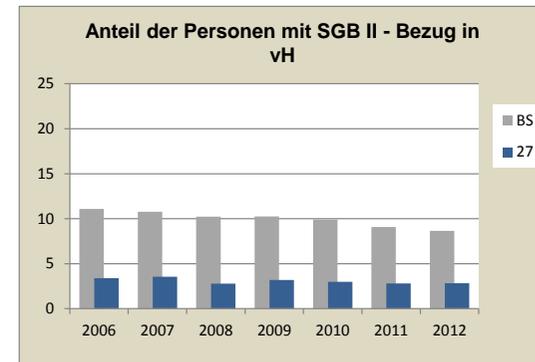
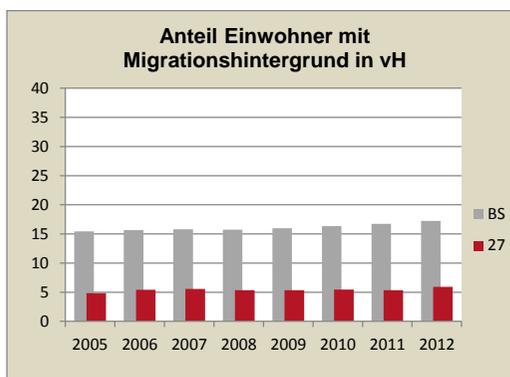
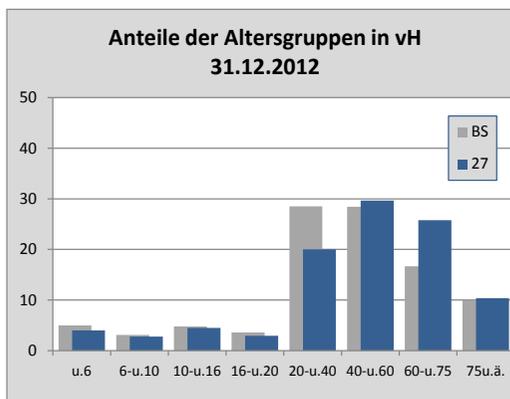
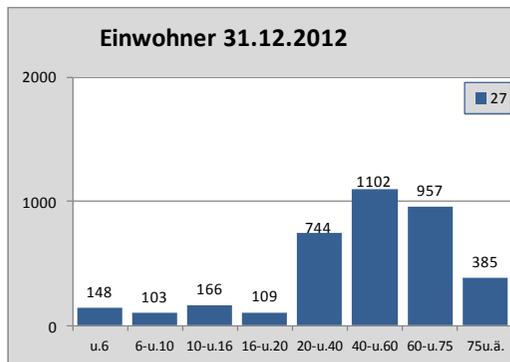
Stadtteilprofile 2013



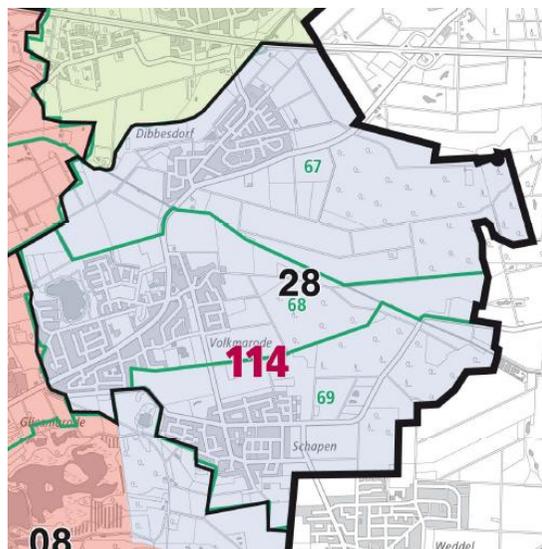
Pb 27 Hondelage

Identisch mit Stadtbezirk 113 und Stat. Bezirk 66

- 3.714 Einwohner. Rückgang der Bevölkerung seit 2002 um 6,5 % durch Verluste in allen Altersgruppen unter 60 bei Zunahme 75-Jähriger und Älterer um 59 %.
- Anteile von Bewohnern mit Migrationshintergrund, SGB II Beziehenden und Arbeitslosen im Verhältnis zur Gesamtstadt gering.



Stadtteilprofile 2013



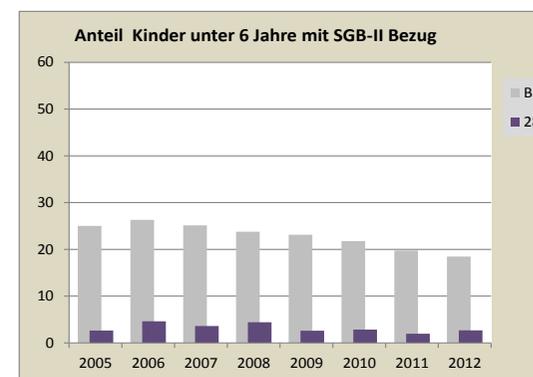
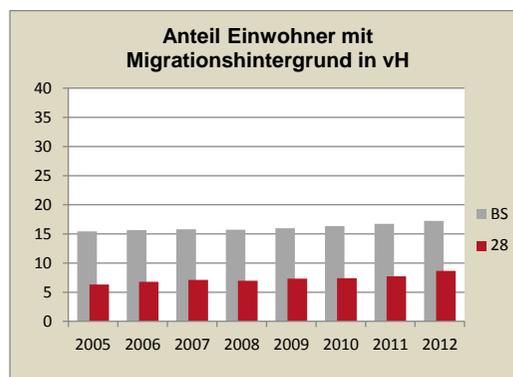
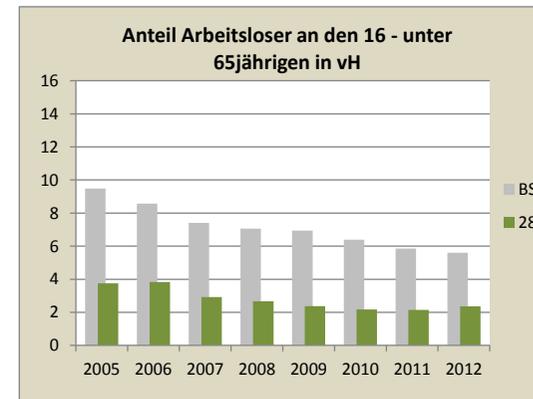
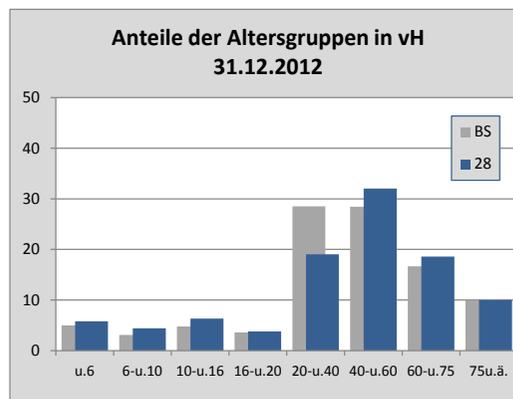
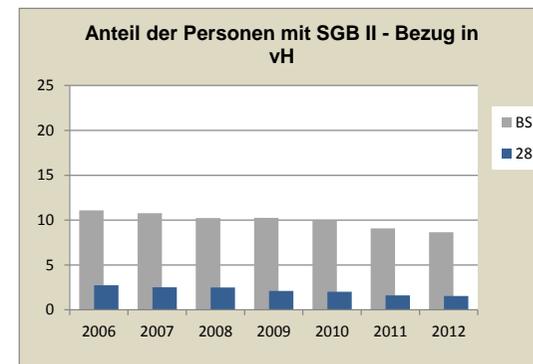
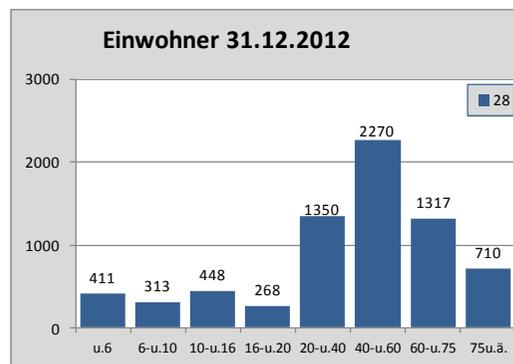
Pb 28

Dibbesdorf/Volkmarode/Schapen

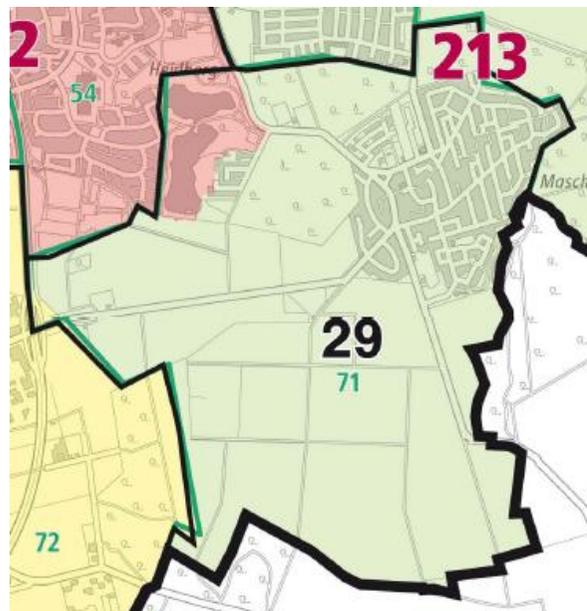
Identisch mit Stadtbezirk 114.

Umfasst die Stat. Bezirke 67, 68, 69.

- 7.087 Einwohner. Zunahme seit 2002 um 13 % sowohl durch gewachsene Kinderzahlen (u. 6: + 18 %, 6 bis u. 10: + 29 %) als auch durch Anstiege in der Altenbevölkerung (75 u. ä.: + 44 %).
- Anteile von Bewohnern mit Migrationshintergrund, SGB II Beziehenden und Arbeitslosen im Verhältnis zur Gesamtstadt gering.
- Zahl der Kinder mit SGB II-Bezug sehr klein.



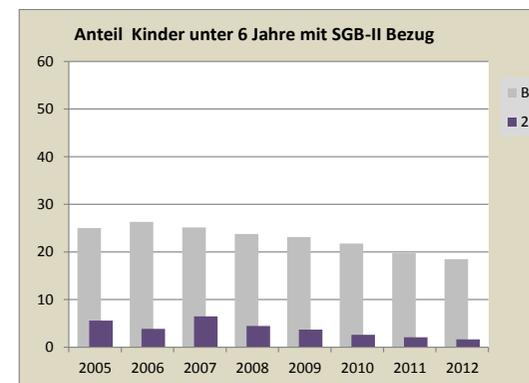
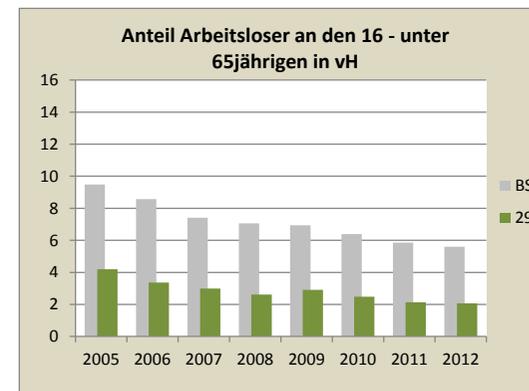
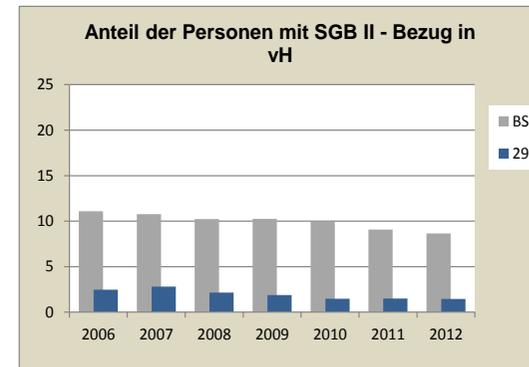
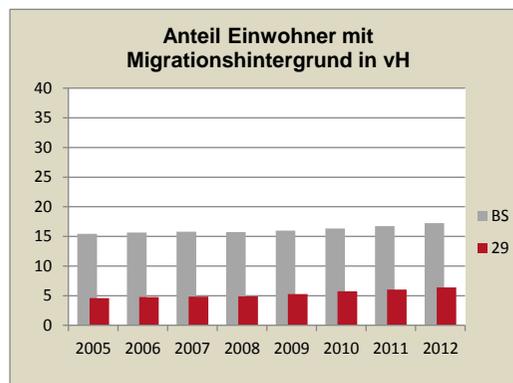
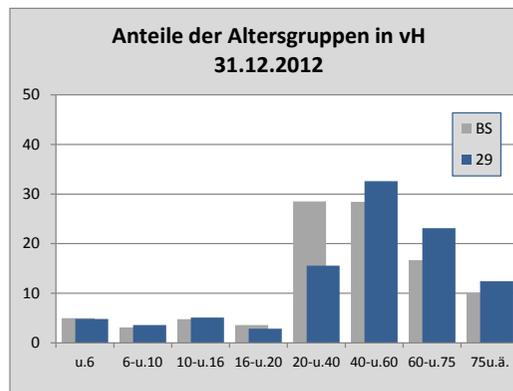
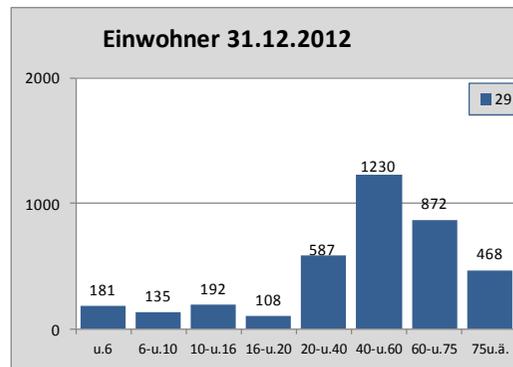
Stadtteilprofile 2013



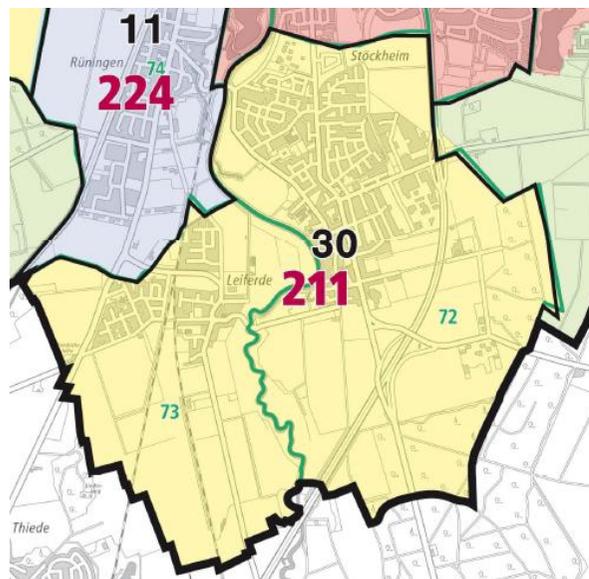
Pb 29 Mascherode

Teil der Stadtbezirke 212 und 213.
Identisch mit Stat. Bezirk 71.

- 3.773 Einwohner. Anstieg seit 2002 um 8 % durch alle Altersgruppen mit Ausnahme der 20- bis u. 40-Jährigen. Starker Anstieg der Älteren (75 u. ä.: + 44 %).
- Anteile von Bewohnern mit Migrationshintergrund, SGB II Beziehenden und Arbeitslosen im Verhältnis zur Gesamtstadt gering.
- Zahl der Kinder mit SGB II-Bezug sehr klein.



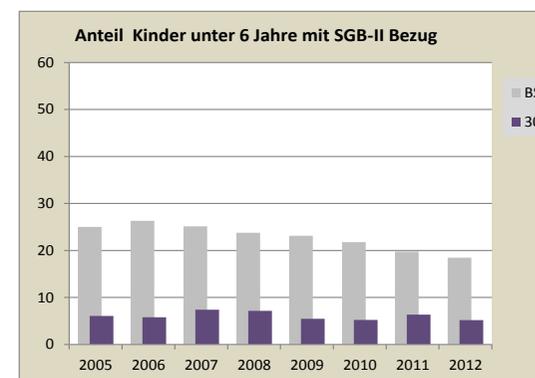
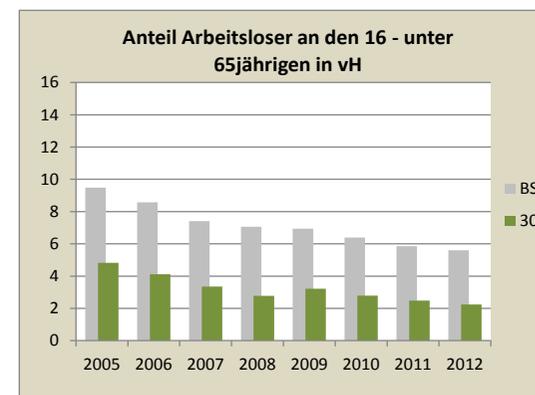
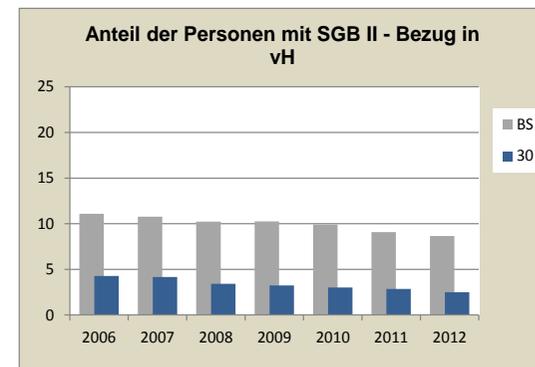
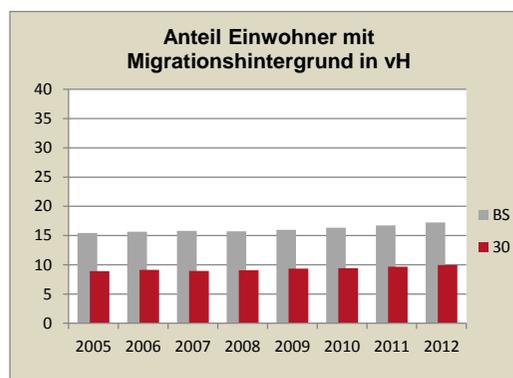
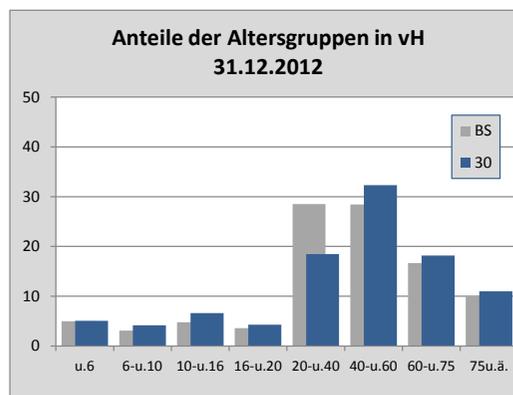
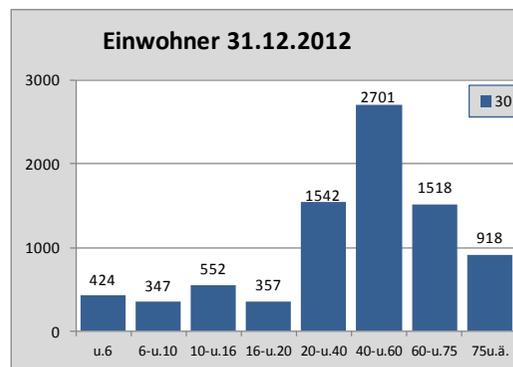
Stadtteilprofile 2013



Pb 30 Stöckheim / Leiferde

Identisch mit Stadtbezirk 211.
Umfasst die Stat. Bezirke 72 und 73.

- 8.389 Einwohner. Anstieg seit 2002 um 7 %. Zahl der Ältesten steigt um rund 69 %.
- Anteile von Bewohnern mit Migrationshintergrund unter dem Durchschnitt.
- Anteile der SGB II Beziehenden und Arbeitslosen im Verhältnis zur Gesamtstadt gering. Geringe Zahlen bei SGB II-Bezug unter 6 Jahren.



Indikatoren und mögliche Segregationstendenzen

Kann man von einer „sozialen und ethnischen Segregation“ der Stadt sprechen? Gibt es Hinweise aus den ausgewerteten Daten?

Das Deutsche Institut für Urbanistik definiert den Begriff Segregation wie folgt:

„Segregation ist nichts anderes als eine räumliche Abbildung sozialer Ungleichheit in einer Gesellschaft. Alle Bewohner einer Stadt kennen das Phänomen, dass sich soziale Gruppen unterschiedlich auf Wohnstandorte verteilen. Die Qualität des Wohnstandortes korrespondiert häufig mit dem sozialen Status der Gruppe: So gibt es so genannte Studentenviertel, Armutsviertel, Stadtteile, in denen überwiegend Migranten, ältere Menschen oder Familien leben. Segregation beschreibt also die räumliche Absonderung einer Bevölkerungsgruppe nach Merkmalen wie sozialer Schicht, ethnisch-kulturellem Hintergrund oder Lebensstil. Dies ist Realität und Normalität in vielen Großstädten. Auch wenn Segregation in den Medien häufig als Problem dargestellt wird, wird Segregation an sich nicht als problematisch erfahren. Wenn die Segregation freiwillig geschieht, das heißt, wenn Personen ähnlichen Lebensstils und ähnlicher Milieus – beispielsweise Künstler, junge Familien oder Migranten – ein Wohngebiet einem anderen vorziehen und dort in großer Zahl als Mieter und Eigentümer wohnen, ist dies kein Problem. Im Gegenteil, es können sich Netzwerke und Unterstützungsstrukturen bilden. Erst wenn sich die Segregation verbindet mit einer deutlichen Ungleichverteilung von Lebenschancen und gesellschaftlichen Privilegien über die in Frage stehenden sozialen Gruppen, wird sie zu Ausgrenzung, Ghettoisierung und Diskriminierung. Diese unfreiwillige Form der Segregation ist nicht Ergebnis einer Wohnstandortwahl, sondern von Zwängen, beispielsweise des Wohnungsmarktes. Die bestehenden sozialen Ungleichheiten werden durch die räumliche Konzentration von sozial und ökonomisch Benachteiligten noch verstärkt.“¹¹

In der Fachliteratur wird derzeit verstärkt über Segregationsentwicklungen in bundesdeutschen Großstädten diskutiert, angeregt u. a. durch die Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik „Segregation, Konzentration Polarisierung – sozialräumliche Entwicklung in deutschen Städten 2007 – 2009“¹². Vergleichbare Daten stehen für Braunschweig nicht zur Verfügung, daher wird auf vorliegende Daten zu Arbeitslosigkeit, SGB II-Bezug und Migrationsstatus zurückgegriffen. Verglichen wird die Verteilung in den Planungsbereichen.

Segregationstendenzen Indikator „Einwohner mit Migrationshintergrund“

Die Planungsbereiche mit den höchsten Migrantenanteilen sind zum Teil identisch mit denen der höchsten Quoten von Arbeitslosen und SGB II-Beziehenden. Abweichend davon finden sich die Planungsbereiche 02 und 20 unter den zehn mit den höchsten Migrantenquoten. Im nördlichen Ringgebiet dürfte dies einem höheren Anteil von Studierenden mit Migrationshintergrund geschuldet sein, in Kralenriede hängt dies mit der Ansiedlung der Landesaufnahmebehörde zusammen.

Die Tendenz in den Planungsbereichen mit überdurchschnittlichem Migrantenanteil ist nicht einheitlich. Auch hier lässt sich von einer Konzentration sprechen. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund liegt im Planungsbereich mit dem geringsten Anteil bei 34 % des städtischen Durchschnitts, in dem mit dem höchsten Anteil bei 218 %, also um den Faktor 6,4 über dem Planungsbereich mit dem geringsten Anteil.

Bezogen auf die Frage nach einer Segregation der Stadt entlang dem Indikator Einwohner mit „Migrationshintergrund“ lässt sich feststellen:

¹¹ Difu-Berichte 1/2006 – Segregation Was ist eigentlich Segregation? Quelle: <http://www.difu.de/publikationen/difu-berichte-12006/segregation.html>. Abgefragt 05.08.13

¹² Deutsches Institut für Urbanistik (Hg), Segregation, Konzentration, Polarisierung – sozialräumliche Entwicklung in deutschen Städten 2007-2009. Berlin 2012

- **Auch die Menschen mit Migrationshintergrund sind in der Stadt sehr unterschiedlich verteilt.**
- **Eine hohe Konzentration findet sich in Stadtteilen, die auch hohe Anteile von Arbeitslosen und SGB II-Beziehenden aufweisen.**
- **Die Konzentration erreicht aber nicht dasselbe Maß wie bei Arbeitslosigkeit und Armut, und sie hat eine andere Tendenz. Die Konzentration ist eher rückläufig.**
- **Während die Konzentration von Arbeitslosigkeit und Armut auf einzelne Planungsbereiche zunimmt, geht die Konzentration von Menschen mit Migrationshintergrund auf besonders betroffene Stadtteile tendenziell leicht zurück.**

In der Literatur wird darauf hingewiesen, dass eine Konzentration von Zuwanderern auf einzelne Stadtteile und Wohngebiete ihren Grund hat und ihre Vorteile haben kann, eine entsprechende Segregation nicht per se problematisch ist.¹³

Segregationstendenzen Indikator „Arbeitslosigkeit“

Die registrierte und in der amtlichen Statistik ausgewiesene Arbeitslosigkeit umfasst nur einen Teilbereich der Unterbeschäftigung, d. h. von Lebenslagen, in denen die Betroffenen ihren Lebensunterhalt nicht durch Erwerbstätigkeit bestreiten können. Umfangreiche Graubereiche bleiben damit unaufgedeckt. Der Indikator wird dennoch verwandt, weil allein dieser so aufbereitet vorliegt, dass auch Aussagen zur kleinräumigen Verteilung gemacht werden können.

Der Umfang der registrierten Arbeitslosigkeit ist in den einzelnen Planungsbereichen unterschiedlich ausgeprägt. Der Anteil Arbeitsloser an der Bevölkerung zwischen 16 und 65 Jahren liegt 2012 im Planungsbereich mit den niedrigsten Werten bei 2,1 %, im Planungsbereich mit den höchsten bei 10,4 %. Erreicht der eine Planungsbereich 37 % des Braunschweiger Durchschnittswerts, so liegt er im anderen bei 186 %. Die so ermittelte Arbeitslosendichte des am meisten betroffenen Planungsbereiches liegt um den Faktor 5,1 über dem des am wenigsten betroffenen.

Diese unterschiedliche Verteilung ändert sich im Lauf der Zeit kaum.

Absolut sinkt die Zahl der Arbeitslosen in allen Planungsbereichen. Die weniger werdenden Arbeitslosen konzentrieren sich aber zunehmend auf diese Planungsbereiche, d. h. der Rückgang der Arbeitslosigkeit wirkt sich auf die am meisten betroffenen Stadtteile am schwächsten aus. Noch deutlicher zu erkennen wären diese Tendenzen vermutlich, wenn man insbesondere den Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit betrachten würde. Dafür liegen entsprechende Daten nicht vor. Da Langzeitarbeitslosigkeit mit massiven finanziellen Problemen einhergeht, liegt es auf der

¹³ So der Soziologe Walter Siebel in der Fachzeitschrift Bauwelt: „Freiwillige Segregation hat wichtige Vorteile: Gerade neu Zugewanderte, die noch nicht vollständig in sozialstaatlichen Netzen integriert sind, sind auf informelle Hilfsnetze angewiesen. Solche Netze bilden sich in der Regel leichter unter Menschen mit ähnlichen Erfahrungen. Sie finden in den ethnischen Enklaven erste Informationen über die neue Umgebung, materielle Hilfen, Arbeitsmöglichkeiten, Schutz vor Isolation und Unterstützung in psychischen Krisen, die so oft mit Migration verbunden sind – oder auch nur Menschen, die dieselbe Sprache sprechen. Die Stadt als Mosaik verschiedener Lebenswelten bietet jene Räume des Übergangs, in denen der Schock der Migration gemildert wird. Allerdings sind Einwanderungsquartiere immer auch in Gefahr, zu Fallen zu werden, wenn sich Menschen – häufig nach gescheiterten Integrationsversuchen – in ein erstarrtes Herkunftsmilieu zurückziehen. Je größer die soziale Gruppe, je mehr sie ausgegrenzt wird, desto höher ist die Gefahr des Rückzugs. Erste und wichtigste Voraussetzung, dies zu vermeiden, wäre, für die Funktionsfähigkeit von Markt, Demokratie, Recht und Stadt zu sorgen. Wären es entsprechend ihrer Funktionslogik prinzipiell offene Systeme, brauchte es kaum mehr eine gesonderte Politik zur Integration von Zuwanderern. Das Wichtigste ist, dass Segregation freiwillig und nicht gezwungenermaßen durch Diskriminierung, Wohnungspolitik oder Marktmechanismen zustande kommt. Das muss die oberste Maxime städtischer Integrationspolitik sein.“

Bauwelt 48.2012 v. 21.12.2012 Quelle <http://www.bauwelt.de/cms/artikel.html?id=8115083> abgefragt 12.08.13

Hand, dass sich die betroffenen Menschen eher in Planungsbereichen und Wohngebieten mit niedrigerem Mietniveau finden lassen, insbesondere wenn die Dauer der Arbeitslosigkeit zum Bezug von Grundsicherung führt und deren Leistungen im Bereich der Kosten der Unterkunft einzuhaltende Obergrenzen enthalten.

Segregationstendenzen

Indikator „Bezug von Leistungen nach dem SGB II“

Amtliche Statistiken über die Verteilung von Armut und Reichtum sind auf kleinräumiger Ebene nicht greifbar. Der Bezug von Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende wird hier herangezogen als Indikator für Einkommensarmut. Es wird also nicht der gesamte Umfang von Einkommensarmut abgebildet. Diese Ungenauigkeit zieht sich durch alle Planungsbereiche gleichermaßen.

Der Blick auf die vorhandenen Daten zeigt, dass gemessen an diesem Indikator die Stadt stärker segregiert ist als gemessen am Indikator Arbeitslosigkeit. Die Spannen zwischen den am meisten und den am wenigsten betroffenen Stadtteilen sind deutlich weiter als bei dem Indikator Arbeitslosigkeit. Schon auf der Ebene der 30 Planungsbereiche wird dies deutlich. Kleinräumiger sind die Abweichungen noch größer.

Die Dichte des Bezugs von SGB II-Leistungen liegt im am geringsten betroffenen Planungsbereich bei 1,5 % (17 % des stadtweiten Durchschnitts), im meistbetroffenen Planungsbereich bei 20,4 % (236 % des stadtweiten Durchschnitts). Die Dichte des am meisten betroffenen Planungsbereichs liegt um den Faktor 14 über der des am wenigsten betroffenen. Die Abweichungen der Verteilungen des SGB II-Bezugs vom rechnerischen Durchschnitt der Stadt sind jeweils noch extremer als bei der Verteilung der Arbeitslosigkeit.

Auch bedingt durch den Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Armut sind es weitestgehend dieselben Planungsbereiche, die am stärksten und die am wenigsten betroffen sind. Die Verteilung ändert sich über die Jahre kaum. Die am meisten betroffenen und die am wenigsten betroffenen Planungsbereiche sind 2012 fast vollständig dieselben wie 2005.

Segregationstendenzen

Indikator "SGB II-Bezug bei Kindern unter 6 Jahren"

Als Hinweis auf die Problemdichte bei Kinderarmut wird der Bezug von SGB II-Leistungen bei den jüngeren Kindern gewählt. Der Indikator bildet die Problematik Kinderarmut nur unzureichend ab. Eine nicht genau zu beziffernde Anzahl von Kindern lebt an oder unterhalb der Armutsgrenze, ohne in die Statistik SGB II-Bezug Eingang zu finden. Ihre Zahl ist kleinräumig nicht zu ermitteln. Stellvertretend für alle armutsgefährdeten Kinder wird im Folgenden der Bezug von Leistungen nach dem SGB II für Kinder unter 6 Jahren dargestellt.

Die Fallzahlen sind 2006 bis 2011 insgesamt rückläufig, aber nicht in gleichen Maßen in allen Planungsbereichen. Es wächst die Konzentration der Kinderarmut auf besonders betroffene Stadtteile. Die zehn am meisten betroffenen Planungsbereiche sind 2012 dieselben wie 2005, die Positionen der einzelnen Planungsbereiche wechseln in den Jahren nur geringfügig.

Die bereits weiter oben konstatierte Entwicklung der Konzentration von Armutsproblemen bei Rückgang der absoluten Fallzahlen lässt sich hier – und verschärft – beobachten. Für Kinder ist die Stadt in ihren Stadtteilen noch stärker segregiert als für Erwachsene. Wie unterschiedlich die Lebenslagen der Kinder in den Planungsbereichen ausgeprägt sind macht auch der Vergleich der am stärksten und der am wenigsten betroffenen Planungsbereiche deutlich.

Im am stärksten betroffenen Planungsbereich leben 2012 46 % der Kinder in SGB II-Haushalten (250 % des Durchschnitts), am anderen Ende der Skala sind es 1,7 % (9 % des Durchschnitts). Die Dichte der Kinder unter 6 mit SGB II-Bezug liegt also im am stärksten betroffenen Planungsbereich um den Faktor 28 über der des am wenigsten betroffenen.

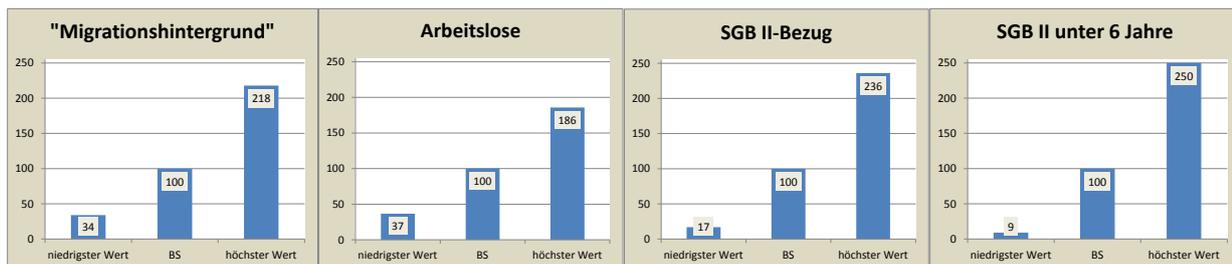
Zusammengefasst:

Die mit den Indikatoren beschriebenen Problemlagen sind in den Stadtteilen sehr unterschiedlich verteilt. Es ergibt sich ein weitgehend konsistentes Muster. Am oberen und am unteren Ende der Skala liegen weitgehend und über die Jahre weitgehend konstant die jeweils gleichen Planungsbereiche.

Abweichend in der Verteilung auf die Planungsbereiche und in der Tendenz seiner Entwicklung ist der Indikator Menschen mit Migrationshintergrund. Nach wie vor sind diese stärker in den Planungsbereichen zuhause, die von den anderen Indikatoren als besonders betroffene gekennzeichnet sind, aber nicht durchgängig und in der Tendenz mit einer Abnahme der Segregation.

Dies stützt die bundesweit gemachte Beobachtung, dass sich die Städte zunehmend entlang der Einkommenssituation aufteilen und Migrationshintergründe zunehmend an Bedeutung verlieren. Vor diesem Hintergrund wird auch der Begriff der „Parallelgesellschaften“ neu diskutiert.

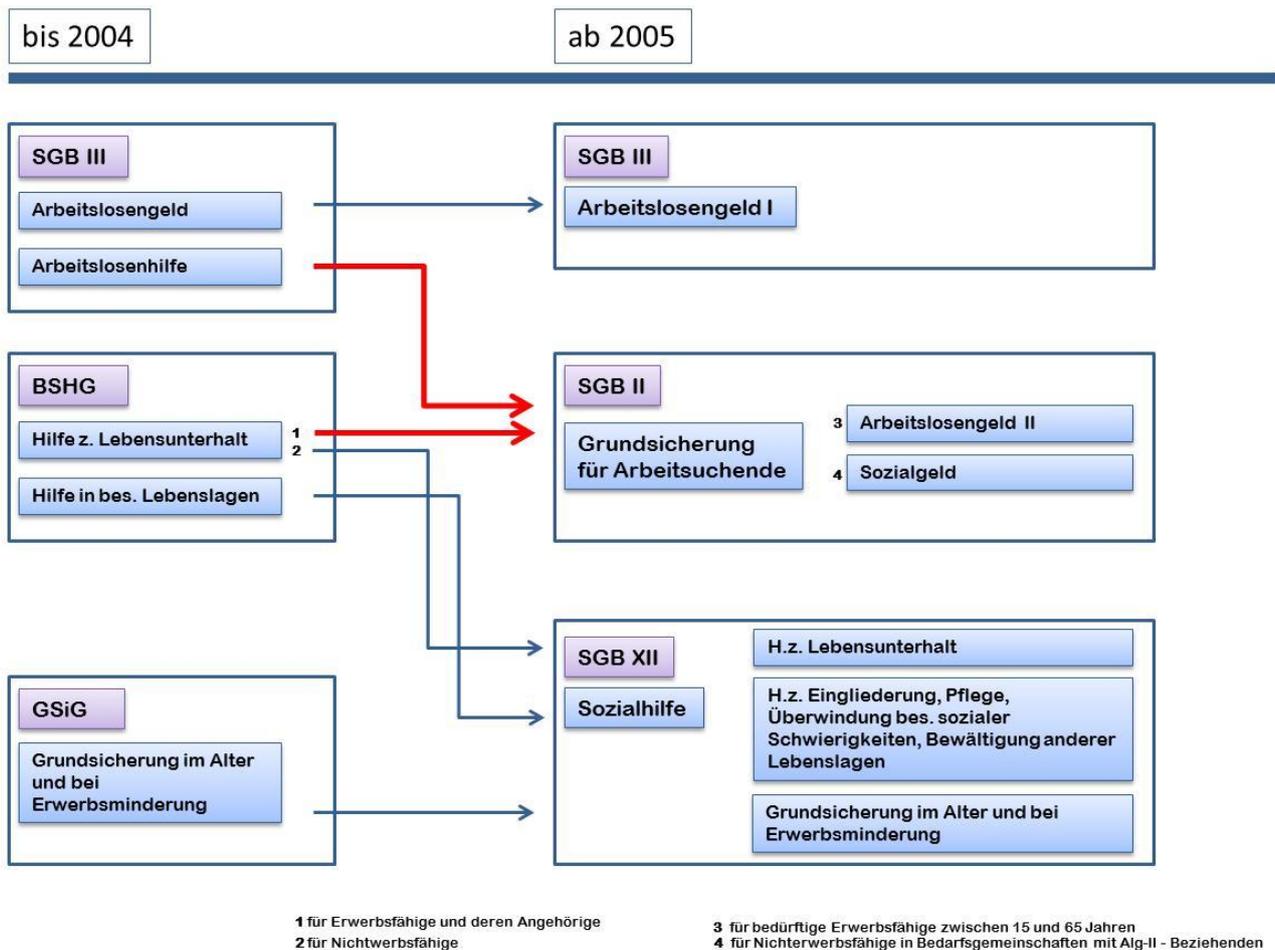
Das unterschiedliche Maß der Verteilung der untersuchten Merkmale wird deutlich, wenn man die jeweils am wenigsten betroffenen Planungsbereiche den jeweils am meisten betroffenen gegenüberstellt:



Der Indikator Kinderarmut weist dabei die stärksten Segregationstendenzen auf, die Problemlagen sind noch stärker ungleich verteilt als bei SGB II-Bezug aller Altersgruppen. Dieser trennt wiederum stärker als der Indikator Arbeitslosigkeit.

In den zahlreichen Veröffentlichungen der Stadtsoziologie zum Thema Segregation wird darauf hingewiesen, dass die Entwicklung der Städte eng mit einer räumlichen Trennung nach Schichten, Lebensstilen und ethnischer Herkunft verbunden ist. Wie in den eingangs zitierten Aussagen des Deutschen Instituts für Urbanistik ausgeführt, ist die Aufteilung der Stadt so lange unproblematisch oder möglicherweise positiv zu bewerten, wie sie freiwillig geschieht und nicht zur Ausgrenzung führt. Auf eine Segregation durch Armut trifft beides nicht zu. Besonders problematisch ist die deutliche und tendenziell zunehmende Konzentration der Kinderarmut. Anders als Erwachsene und Jugendliche können Kinder der Situation in ihrem unmittelbaren Umfeld kaum ausweichen. Vorschulische und schulische Bildungsangebote nehmen sie vor allem in diesem Umfeld in Anspruch. Weichen andere Eltern auf die Angebote anderer Stadtteile aus, bleiben sie hier unter sich. Der Gedanke, dass die Einrichtungen in besonders betroffenen Stadtteilen besonders gefördert werden müssen, hat zunehmend auch Eingang in die Braunschweiger kommunalen Planungen (Jugendhilfe, Integration von Migranten, Handlungskonzept Kinderarmut) gefunden.

Anhang: Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende

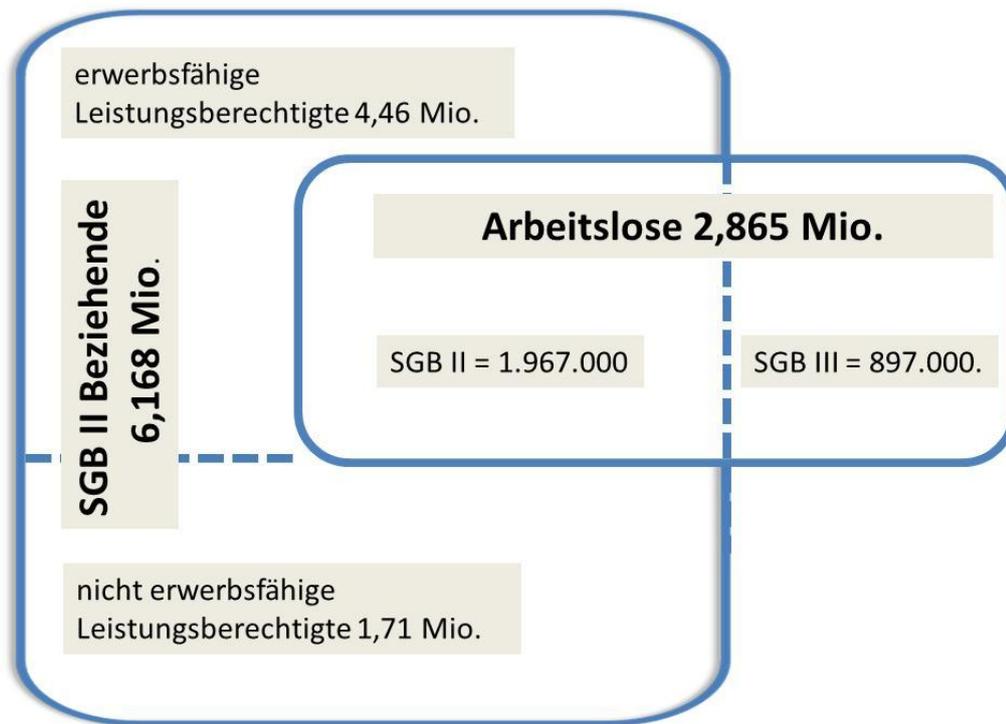


Mit dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt werden die damalige Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe für Erwerbsfähige in einem neuen Leistungssystem, der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Zweites Buch Sozialgesetzbuch – SGB II) zusammengeführt. Die Grundsicherung soll erwerbsfähige Hilfebedürftige bei der Aufnahme und Beibehaltung einer Erwerbstätigkeit unterstützen und den Lebensunterhalt sichern, soweit sie ihn nicht auf andere Weise bestreiten können. Eine der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts für erwerbsfähige Hilfebedürftige ist das Arbeitslosengeld II.

Das Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt ist im Wesentlichen ab 1. Januar 2005 in Kraft getreten.

Vor Inkrafttreten dieser grundlegenden Umgestaltung der sozialen Sicherung bestand diese im Kern aus den bedarfsabhängig gewährten Hilfen zum Lebensunterhalt im Rahmen des Bundessozialhilfegesetzes und den Versicherungsleistungen Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe. Reichten die Versicherungsleistungen zur Deckung des Bedarfs der Bedarfsgemeinschaft nicht aus, bestand ein Anspruch auf ergänzende Leistungen nach dem BSHG. Mit der Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende wurden die Leistungen für erwerbsfähige Bedürftige und den mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft Lebenden im SGB II zusammengefasst. Die ursprüngliche Sozialhilfe nach dem BSHG findet sich nun im SGB XII wieder und bezieht sich ausschließlich auf nichterwerbsfähige Bedürftige. Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wird nun ebenfalls im SGB XII geregelt.

Anhang: Überschneidung der Rechtskreise SGB II und SGB III



Die an eine Veröffentlichung der Bundesagentur für Arbeit angelehnte Grafik macht deutlich, wie sich die Rechtskreise SGB II und III überschneiden und welchen Umfang die einzelnen Gruppen der Leistungsbeziehenden jeweils haben.¹⁴

Rund 6,2 Millionen Menschen bezogen im Juni 2013 in Deutschland Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II.

4,5 Millionen von ihnen gelten als erwerbsfähig, d. h. in der Regel entweder sind sie erwerbstätig¹⁵ oder arbeitslos gemeldet. Weniger als die Hälfte von ihnen war bei einem Jobcenter arbeitslos gemeldet d. h. sie sind entweder erwerbstätig ohne ausreichendes Einkommen oder unterliegen nicht den Kriterien einer Arbeitslosmeldung, weil sie sich in einer Maßnahme oder ähnlichem befinden.

1,7 Millionen SGB II-Beziehende sind nicht erwerbsfähig. Dies sind zu 95 % Kinder unter 15, die zur Bedarfsgemeinschaft gehören.

Zwei Drittel der Arbeitslosen sind Leistungsbezieher nach dem SGB II. Ein Drittel der Arbeitslosen entstammt dem Rechtskreis SGB III, nicht alle von ihnen beziehen auch Leistungen.

¹⁴ <http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grusi-Schaubild.pdf> abgefragt Juli 2013

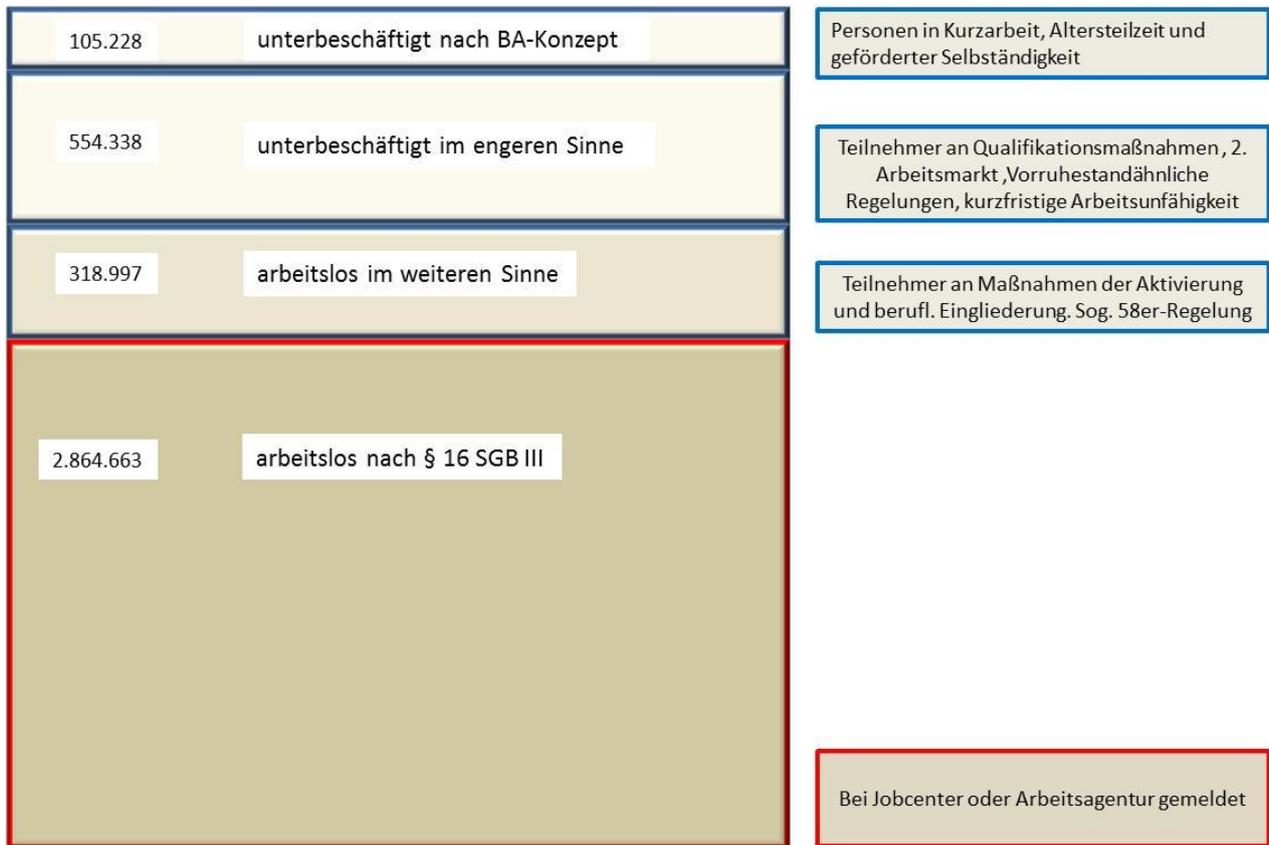
¹⁵ Zu den Erwerbstätigen, die auf ergänzende Grundsicherungsleistungen angewiesen sind („Aufstocker“) führt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung IAB aus: „Im April 2012 gab es 4,5 Mio. erwerbsfähige Empfänger von Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB II (Arbeitslosengeld II). Davon waren etwa 1,3 Mio. Personen erwerbstätig. Diese sogenannten Aufstocker erzielen zwar ein Erwerbseinkommen, können jedoch den Lebensunterhalt ihres Haushalts davon allein nicht bestreiten. Während die Zahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in den letzten Jahren spürbar abgenommen hat, wächst unter ihnen der Anteil der erwerbstätigen Leistungsbezieher: Im Jahr 2007 gab es 23 Prozent Aufstocker, bis 2011 ist ihr Anteil auf 29 Prozent gestiegen.“

Der Erwerbsumfang der Aufstocker ist im Durchschnitt nicht sehr groß, rund 40 Prozent gehen einer geringfügigen Beschäftigung nach. Allerdings ist auch ein nicht unerheblicher Teil der Aufstocker trotz einer Vollzeitbeschäftigung auf ergänzende Leistungen der Grundsicherung angewiesen. Gut 350 Tsd. also etwa jeder vierte abhängig beschäftigte Leistungsbezieher arbeitet in Vollzeit (Statistik der BA 2010).“

IAB Kurzbericht 14/2013. Quelle: <http://doku.iab.de/kurzber/2013/kb1413.pdf> abgefragt 12.08.13

Anhang: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung

Die Bundesagentur für Arbeit weist monatlich die Zahl der bei ihr und den Jobcentern registrierten Arbeitslosen aus. Nach eigener Einschätzung ist das Problem nicht ausreichender Beschäftigung damit nur unzureichend erfasst. Ergänzend entwickelte sie eine umfassende Arbeitsmarktstatistik, aus der Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung hervorgehen. Die darauf basierende Grafik¹⁶ zeigt die Verteilung im Juni 2013.



Demnach rechnet die BA mit einem Umfang von Unterbeschäftigung von 3,84 Millionen, weist zugleich eine Zahl von 2,86 Millionen bei ihr und Jobcentern erfasster Arbeitsloser aus. Diese Zahl bildet das Problem Arbeitslosigkeit nur sehr unzureichend ab, sie erfasst nur rund 75 % der Unterbeschäftigung. Dies ist zu beachten, wenn in der Darstellung Stadtteilprofile die Daten der Arbeitslosigkeit im engeren Sinne als Arbeitslose nach SGB II und III verwandt werden.

¹⁶ <http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Unterbeschaeftigung-Schaubild.pdf> abgefragt Juli 2013